



Plenarprotokoll

92. Sitzung

Freitag, 19. Juni 2015

Gemeinsame Beratung		Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	7774
		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7776
a) Regierungserklärung zur zu- künftigen Förderung der Land- wirtschaft und des ländlichen Raumes	7768	Oliver Kumbartzky [FDP].....	7778
		Angelika Beer [PIRATEN].....	7780
		Flemming Meyer [SSW].....	7782
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7784
b) Gemeinschaftsaufgabe „Verbes- serung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) hier: Rahmenplan für das Jahr 2015	7768	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/3073 an den Um- welt- und Agrarausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	7784
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3073			
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	7768		
Heiner Rickers [CDU].....	7771		

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein	7784	Beschluss: Annahme.....	7803
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2234		Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte Europabericht 2014-2015	7803
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3062		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2976	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3119		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	7803
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3120		Astrid Damerow [CDU].....	7805
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	7785	Regina Poersch [SPD].....	7806, 7815
Tobias Koch [CDU].....	7785	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7808, 7815
Beate Raudies [SPD].....	7788	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7809
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7789	Angelika Beer [PIRATEN].....	7811
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7791	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	7813
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7792	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7814
Lars Harms [SSW].....	7793	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7816
Monika Heinold, Finanzministerin	7794	Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss und alle weiteren Ausschüsse des Landtags zur abschließenden Beratung.....	7817
Beschluss: 1. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 18/3119 und 18/3120 2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/2234 in der Fassung der Drucksache 18/3062.....	7796	Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring 2015	7817
Historische Personenumlaufaufzüge erhalten	7796	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3074	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3064		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	7817
Christopher Vogt [FDP].....	7796	Olaf Schulze [SPD].....	7818
Hans-Jörn Arp [CDU].....	7798	Jens-Christian Magnussen [CDU].	7819
Wolfgang Baasch [SPD].....	7799	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7821
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7800	Oliver Kumbartzky [FDP].....	7822
Uli König [PIRATEN].....	7800	Angelika Beer [PIRATEN].....	7824
Lars Harms [SSW].....	7801	Flemming Meyer [SSW].....	7825
Monika Heinold, Finanzministerin	7801	Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	7826
Klaus Schlie [CDU].....	7802		

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldung- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2015 bis 2016 - BVanpG 2015-2016)	7826	Uli König [PIRATEN].....	7827
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7827
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7828
		Fragestunde	
		Frage 3	7828
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7828
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7828
		Fragestunde	
		Frage 4	7828
		Angelika Beer [PIRATEN].....	7828
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7828
		Fragestunde	
		Frage 5	7829
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7829
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7829
		Fragestunde	
		Frage 6	7829
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	7829
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7829
		Fragestunde	
		Frage 7	7830
		Daniel Günther [CDU].....	7830
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7830
		Uli König [PIRATEN].....	7830
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7830
		Fragestunde	
		Frage 8	7831
		Petra Nicolaisen [CDU].....	7831
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7831
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7831
		Fragestunde	
		Frage 9	7831
		Dr. Axel Bernstein [CDU].....	7831
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7832
		Uli König [PIRATEN].....	7832
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7832
Fragestunde			
Frage 2	7827		
Fragestunde			
Frage 1	7826		
		Sven Krumbeck [PIRATEN].....	7827
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7827
Fragestunde			
Frage 2	7827		
Fragestunde			
Frage 1	7826		
		Sven Krumbeck [PIRATEN].....	7827
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7827
Fragestunde			
Frage 2	7827		

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	7832
Drucksache 18/3090	
Beschluss: Annahme.....	7832

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:07 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Wir beginnen mit der Beratung am heutigen Tag.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung zur zukünftigen Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes

b) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)

hier: Rahmenplan für das Jahr 2015

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3073

Ich erteile dem Herrn Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck, für die Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guten Morgen von meiner Seite. Mit der **Genehmigung des Programms für die ländlichen Räume** vor wenigen Wochen ist die Entscheidung darüber gefallen, wie wir bis zum Jahr 2020 620 Millionen € in der Bruttosumme für das Land Schleswig-Holstein, vor allem für die ländlichen Räume, ausgeben. 620 Millionen € sind eine stolze Summe. Das ist mehr als eine halbe Milliarde Euro und rechtfertigt aus meiner Sicht allemal, dass wir erklären, wie und warum wir das Geld für welche Zwecke einsetzen.

Zunächst vielleicht zur Systematik: Die 620 Millionen € sind die Summe, die insgesamt ausgeschüttet wird. Die europäischen Gelder umfassen 419 Millionen €. Sie werden bis 2020 mit 80 Millionen € Landesgeld, 70 Millionen € vom Bund und weiteren 50 Millionen € von den Kommunen kofinanziert werden.

Diese Gelder sind immer umstritten gewesen. Diese Gelder sind deswegen umstritten gewesen, weil vor allem Teile der Landwirtschaft sagen, es handele sich um Bauerngeld, also Geld, das für die Bauern ausgegeben werden muss. Aus meiner Sicht ist das

(Minister Dr. Robert Habeck)

aber bestenfalls die halbe Wahrheit; denn in Wahrheit handelt es sich um Steuergelder. Diese Steuergelder sind somit öffentliche Gelder. Aus diesem Grunde halte ich heute diese Regierungserklärung, um deutlich zu machen, wie die öffentlichen Gelder verwandt werden. Ich meine, die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, wo eine Summe von mehr als einer halben Milliarde Euro bleibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Besonders deutlich wird dies in der Debatte, Bauerngeld sei Steuergeld, Anspruch auf öffentliche Gelder. Bei einem Teil dieser Gelder handelt es sich um eine **Umschichtung** von der sogenannten **ersten Säule** - das sind die Zahlungen, die für die Hektare ausgeschüttet werden - in die sogenannte **zweite Säule**, also die Säule, die die Gelder betrifft, die leistungs- oder aufgabenspezifisch gebunden ausgeschüttet werden. 17 % der 419 Millionen € aus dieser Umschichtung sind etwa 71 Millionen €. Das sind attraktive Gelder für das Land Schleswig-Holstein, weil diese Gelder nicht kofinanziert werden. Entsprechend haben wir diese Gelder vor allem in die Landwirtschaft hineingezogen, aber zielgebunden und aufgabendefiniert. Es handelt sich dabei um öffentliche Gelder, und die werden eben nicht mehr mit der Gießkase, sondern zielgerichtet ausgeschüttet.

Insofern ist diese damals umkämpfte, von der CDU, vom Bauernverband und vom Bundeslandwirtschaftsministerium abgelehnte, aber jetzt von vielen Seiten begrüßte Umschichtung - so kann Politik auch sein - aus meiner Sicht ein **Einstieg** in die grundsätzliche **Abschaffung der ersten Säule**, so dass öffentliche Gelder zukünftig nur noch für öffentliche Leistungen ausgegeben werden. Ich werde gleich noch ausführen, was das bedeutet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir setzen diese Gelder vor allem und nahezu ausschließlich im Bereich der Landwirtschaft für die Bereiche ein, die uns dies wert sein sollten, die aber im Preis für die landwirtschaftlichen Produkte nicht abgebildet werden, konkret für **Vertragsnaturschutz**. Wir erhöhen die Mittel von 28 Millionen € auf 57 Millionen € für den **Ökolandbau**, der aufgrund seiner besonderen Arbeitsstruktur und vieler Probleme, die wir im Bereich der konventionellen Landwirtschaft haben, nicht beschert wird und der die Dienstleistungen für Biodiversität und Klimaschutz deutlich erhöht.

Wir setzen sie ein für die **Reduzierung von Stickstoffeinträgen** in die Natur, sozusagen als Gewässerschutzgelder für Gewässerrandstreifen. Wir geben 10 Millionen € für **tierartgerechte Ställe** aus und stellen damit in einer anderen Form das aus meiner Sicht zu Recht von der alten Landesregierung abgeschaffte landwirtschaftliche Investitionsprogramm AFP wieder ein, aber nicht allgemein und als allgemeiner Zuschuss, sondern zielgebunden für tierart- und tierwohlgerechte Ställe, die eine neue Qualität in die Haltung bringen sollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir geben 8 Millionen € für den **Anbau von heimischen Eiweißpflanzen** aus, um zumindest in der Tendenz die Importabhängigkeit von meistens genveränderten Soja aus Südamerika zu reduzieren.

Wir fördern **Weidegang**, wir fördern **Beratung**, wir fördern **europäische Innovationspartnerschaften**. Das ist ein neues Instrument, das den Wissenstransfer aus den Hochschulen oder den Forschungsinstitutionen in die Landwirtschaft, aber auch umgekehrt aus der Praxis der Landwirtschaft in die Hochschulen und in die Forschungsinstitutionen bringen soll. Und wenn ich das mit Dank und auch ein bisschen Stolz für mein Haus sagen darf: In diesem Bereich sind wir tatsächlich federführend in Deutschland, und viele Leute schreiben bei uns ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ziel dieser Maßnahmen ist es, die starre Trennung zwischen ökologischer und naturschutzberücksichtigender Landwirtschaft und konventioneller Landwirtschaft aufzuheben. Ziel dieser Maßnahmen ist, eine Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft und eine Leistungsfähigkeit der ökologischen Landwirtschaft herzustellen. So sind nahezu alle Programmbausteine so angelegt, dass sie für beide Berufssegmente passen. Sie sind eine Einladung an die konventionelle Landwirtschaft, sich dieser Debatte offen zu stellen und die Förderprogramme anzunehmen. Sie sind aber natürlich auch eine unterstützende Maßnahme für die Bereiche der Landwirtschaft, die aus ihrer eigenen Motivationslage heraus schon so arbeiten. Insofern hoffe ich tatsächlich, dass sich die mitunter harsche Debatte über diese Förderprogramme ein bisschen lockert und sich das zu einer gemeinsamen Debatte zusammenschließen kann.

Die Gelder werden neben der Ökologisierung der Landwirtschaft so ausgegeben, dass der **ländliche**

(Minister Dr. Robert Habeck)

Raum als attraktiver, lebenswerter und gerade angesichts des demografischen Wandels erhaltenswerter Raum gestützt wird. Dazu haben wir uns anders als im vorherigen Programm eine Reihe neuer Maßnahmen einfallen lassen. Wir haben sie programmiert und genehmigen können. Vielleicht kann man es unter dem Schlagwort von der **Diversifizierung der Förderung** fassen. Gelder für den ländlichen Raum geben wir jetzt nicht mehr nur ausschließlich für die Landwirtschaft aus, sondern das Geld kann auch für die Bereiche Schule und Bildung, also den Erhalt eines kleinteiligen Bildungsangebotes vielleicht gerade in den Orten, in denen die Grundschule davon bedroht ist, geschlossen zu werden, genutzt werden, immerhin 30 Millionen €. Noch einmal danke an das Bildungsministerium für die konstruktive Zusammenarbeit. Es waren ja auch da ein paar gesetzliche Änderungen notwendig.

Wir geben Geld für **Kultur und Kulturleistungen** aus. Wir fördern den **Breitbandausbau** und den **Wegeausbau**. Das gab es bereits vorher. Beim Wegeausbau haben wir die Summe stabil gehalten, beim Breitbandausbau noch einmal deutlich erhöhen können.

Wir fördern aber auch **Direktvermarktung** und **kleinteilige Angebote**, um im ländlichen Raum neue Berufsbilder, so will ich es einmal sagen, für Bauern zu schaffen, die sich ein bisschen breiter aufstellen wollen. Wir fördern erstmalig **touristische Angebote** im ländlichen Raum. Diese sollen sich vor allem mit Naturangeboten verzahnen, sodass es eine neue Synergie geben kann. Ich danke dem Tourismusministerium und Reinhard Meyer, dass er sehr wohl erkannt hat, dass ein attraktiver Naturraum auch ein attraktiver touristischer Raum ist. Die alte Gegenüberstellung von Massentourismus auf der einen Seite versus Naturschutz auf der anderen Seite kann sich mit den Geldern, die wir hier haben, ein bisschen aufheben.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viele **Programmpunkte** sind **Angebote**. Gerade weil wir im Bereich Eiweiß, im Bereich tierartgerechte Ställe und im Bereich Tourismus neue Wege beschreiten, wissen wir ehrlicherweise nicht, ob sie ausreichend finanziert sind oder ob wir nachbessern müssen, ob sie angenommen werden oder überzeichnet werden. Das tolle an diesem Programm ist, dass wir neue Wege beschreiten. Das schließt mit ein, dass wir nachsteuern müssen, wenn bestimmte Programme sehr begehrt und andere weniger begehrt sind. Aber es ist allemal besser, als den alten

Trott fortzusetzen und die Gelder mit der Gießkanne auszuschütten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Dazu gehört auch, die etablierten und gut eingespielten **AktivRegionen** weiter zu unterstützen. Das tun wir mit 63 Millionen € bis 2020 für die AktivRegionen. Da ist also eine Menge Geld für eine Menge Kreativität im ländlichen Raum. Ich hoffe, dass das angenommen wird. Ich bin froh, dass die AktivRegionen die allgemeine Strategie freiwillig selber unterstützen. Wir haben mit den AktivRegionen vereinbart, dass Programmschwerpunkte im Bereich Klimawandel, Energie, Daseinsvorsorge und Bildung gesetzt werden sollen. Also auch da eine Konzentration auf die von uns und wahrscheinlich von allen Fraktionen als maßgeblich erkannten Programmpunkte.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit hoffe, ich, dass die Öffentlichkeit sieht, dass das Geld gut angelegt wird, dass das **Steuergeld** sinnvoll und **mit Bedacht ausgegeben** wird. Ich weiß wohl, dass viele Leute sagen: „620 Millionen €, 419 Millionen € - so viel Geld für den ländlichen Raum, so viel Geld für die Landwirtschaft, so viel Geld für den Naturschutz!“. Ich möchte aber in Erinnerung rufen, dass etwa das Fünffache ohne eine Aufgabenbeschreibung ausgeschüttet wird. Wer also sagt: „Die europäischen Zahlungen für den ländlichen Raum sind zu hoch, es gibt zu viel Geld für den ländlichen Raum“, der sollte mit der Kritik nicht bei diesem Programm ansetzen, sondern bei den undifferenzierten und unkonditionierten Zahlungen, die einfach pro Hektar ausgeschüttet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Insofern meine ich, dass mit dem Programmansatz, mit der Maßgabe „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ und mit der Art, wie diese öffentlichen Leistungen definiert sind, eine klare politische Linie erkennbar ist und Transparenz darüber eingeführt wird, wie diese Gelder verwendet werden.

Ich danke allen, nicht nur den Mitarbeitern in der Verwaltung, sondern ausdrücklich auch den Verbänden, die sich an diesem Prozess konstruktiv beteiligt haben, dafür, dass dieser über zwei Jahre dauernde, unglaublich mühsame Prozess jetzt zu einem Ende gekommen ist. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor ich die Aussprache eröffne, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne Bürgerinnen und Bürger aus Klein Offenseth-Sparrieshoop, aus Elmshorn - das sind Gäste der Frau Abgeordneten Raudies -, dann Gäste der Max-Planck-Schule in Kiel und der Schule am Brook in Kiel-Gaarden. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen in Schleswig-Holsteins Landtag!

(Beifall)

Anders als hier ausgedrückt spricht jetzt der Fachmann für das Thema von der CDU, das ist der Abgeordnete Rickers. Sie haben 10 Minuten.

Heiner Rickers [CDU]:

Der Präsident hat ja erkannt, dass ich es bin. Ich finde, das ist schon genug der Ehre. Herr Präsident, ich freue mich, dass ich zu dem Thema sprechen darf.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die **Regierungserklärung** war zu diesem Schleswig-Holstein durchaus immer wieder betreffenden Thema **Landwirtschaft und ländliche Räume**. Herr Minister, Sie sind der Landwirtschaftsminister. Deswegen ist es wichtig, dass Sie Stellung beziehen. Es ist auch klar, dass wir aus der Opposition nicht alles gutheißen können, sondern dass wir im Gegenteil vieles ganz anders sehen.

Gefreut hat mich, dass Sie am Schluss von **undifferenzierten Flächenprämien** gesprochen haben, die irgendwie gezahlt würden, bezogen auf die ersten 300 €/ha, ohne dass irgendjemand dafür Ansprüche stelle, öffentliches Geld für öffentliche Aufgaben. Das stimmt ja nicht. Es ist ja nicht undifferenziert, sondern daran hängen etliche Auflagen. Sie hängen berechtigterweise an Auflagen, um Standards zu erfüllen und Standards zu halten. Deswegen gibt es das Geld. Das ist auch richtig so. - Da klatschen nicht mal meine eigenen Leute.

(Beifall CDU - Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es ist noch früh am Morgen!)

- Dr. Stegner, der Präsident hat ja gesagt, ich sei der Fachmann. Vielleicht war es etwas zu fachspezifisch. Das mag ja sein. Dann versuche ich es gleich noch einmal ein wenig einfacher.

Herr Minister, das war gestern Abend beim Staatsempfang in Flensburg eine durchaus anerkennenswerte Begrüßungsrede. Der Bundesforstverein hat

getagt. Da geht es immer wieder um Themen Nachhaltigkeit, Entwicklung in den Forsten, aber auch in den ländlichen Räumen. Sie sind relativ schnell zur Minderheitenpolitik gekommen. Ich komme jetzt zum eigentlichen Kern: **Minderheitenpolitik** ist in Ordnung. Sie sagen, der Stand der Demokratie, die Höhe der Demokratie werde daran gemessen, wie man mit seinen Minderheiten umgehe. - Richtig, auch das haben wir erkannt. Aber Sie dürfen doch die Mehrheit nicht vergessen. Das tun Sie hier.

(Beifall CDU und FDP)

Die **Mehrheit** bedeutet, dass Sie auch die **Bauern**, die aktiv, jeden Tag, 365 Tage im Jahr, besonders wenn sie Vieh halten - diese haben sie ja auch verstärkt im Fokus -, ihre Arbeit mit sehr viel Engagement, sehr viel Nachhaltigkeit und durchaus mit der Überlegung, wie es in Zukunft weitergehen soll, verrichten, nicht aus dem Blick verlieren dürfen.

Jetzt komme ich zu Ihrer Rede. Vergessen Sie die Mehrheiten nicht. Wir haben hier mehrfach über die 13.000 landwirtschaftlichen Betriebe und alles, was dazugehört, diskutiert. Es betrifft 100.000 Menschen in Schleswig-Holstein, die davon leben, dass Landwirtschaft als Wirtschaft funktioniert. Und Sie gehen mit keinem Wort auf diese Bauern, die jeden Tag ihre Arbeit tun, ein! Das ist das Problem.

(Beifall CDU und FDP)

Warum stellen Sie nicht auch einmal lobend dar, was wir heute haben? - Wir haben es mehrfach versucht. Schauen Sie sich einmal den Hamburger Rand an. Da gibt es mehr Pferde als Kühe. Die Landwirte dort lassen ihre Flächen so beweiden, wie Sie sich das ökologisch vorstellen. Gucken Sie an die West- oder an die Ostküste. Alle Bauern betreiben, wenn auch nicht hauptberuflich - manchmal aber auch das -, in Teilen erneuerbare Energieanlagen. Sie sind in Ihrer Rede mit keinem Wort auf diese Geschäftsfelder eingegangen. Das ist alles nachhaltig, das sind alles **Alternativen**. Wollen Sie diese unterstützen, wollen Sie das abwürgen, oder haben Sie auch Ideen, wie Sie diesen Landwirten aus der EU-Agrarpolitik künftig in irgendeiner Form behilflich sein werden?

Wir haben - auch das ist ein Riesenspfund, was Sie hier im Landtag nie öffentlich zugeben - in Dithmarschen das größte Anbaugelände für Kohl in Europa.

(Beifall CDU und FDP)

Auch da - das gebe ich gerne zu - gibt es **ökologisch wirtschaftende Betriebe**, die nicht nur Kohl,

(Heiner Rickers)

sondern vermehrt auch Gemüse anbauen - ein Riesenpfund für dieses Land. Das ist auch keine Minderheit, sondern gehört eher zu den Mehrheiten. Sie wissen ganz genau, dass wir sowohl an der Ost- als auch an der Westküste unwahrscheinlich starke **Ackerbaubetriebe** haben, die mit diesem Grundstandort sehr vorsichtig, bewusst und nachhaltig für die nächsten Generationen umgehen. Auch diese müssen unterstützt werden. Kein Wort des Lobes!

Sie sprechen von Minderheitenpolitik. Erkennen Sie es doch einmal an, loben Sie unsere Bauern, sagen Sie doch einmal, was diese heute alles leisten!

(Beifall CDU und FDP)

Zeigen Sie mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen, besonders in der zweiten Säule, einen Weg auf, wie man mit den Problemen, die uns durchaus heute schon bekannt sind, umgeht.

Sie verbreiten Angst im Land, und ich kann Ihnen auch sagen, weswegen: Flächenknappheit. **Flächenknappheit** ist ein Problem, über das wir jeden Tag diskutieren. Regeln Sie es im neuen Naturschutzgesetz so, dass wir ein Vorkaufsrecht für die Verbände und den Staat haben und die Fläche dadurch noch knapper wird?

Schaffen Sie es vielleicht in irgendeiner Form, dem aus meiner Sicht lang bekannten Problem wie dem **Jakobskreuzkraut** mit Mitteln, die die Landwirtschaft schon lange kennt - auf Naturschutzflächen nicht nur pflügen, sondern vielleicht auch einmal rechtzeitig eine Pflanze auszureißen -, Herr zu werden? Das kann doch nicht so ein Problem sein. Das hätten die Bauern doch schon lange gelöst.

(Beifall CDU und FDP)

Schaffen Sie es vielleicht auch mit innovativen Ideen - auch das haben wir öfter diskutiert -, dass die **Nährstoffüberschüsse**, die vornehmlich aus dem nordwestlichen Raum in Schleswig-Holstein kommen, in irgendeiner Weise dorthin gebracht werden, wo sie denn sinnvoll auch verwertet werden können, nämlich im Südosten Schleswig-Holsteins, dort, wo die Äcker noch etwas aufnehmen können?

Schaffen Sie es vielleicht auch, nicht nur mit Verordnungen und **Ordnungsrecht** zu kommen? Ich verweise in diesem Zusammenhang immer auf den Knickschutz. Das war am Ende auch irgend so ein Kompromiss, der eigentlich keinen wirklich verbesserten Schutz darstellt.

Schaffen Sie es vielleicht auch, den **Bauern** die **Angst** zu nehmen, die morgen eine Siloplatte bauen müssen und deswegen vielleicht ihren Hof aufge-

ben müssen, weil sie nicht wissen, wie es weitergehen soll, und ihnen zu helfen?

Ich glaube, das schaffen Sie mit dem, was Sie hier vorgestellt haben, im Moment nicht.

Ich komme nun zu dem, was man vielleicht anders machen sollte. Sie haben die **Mittel** von 28 Millionen € auf 57 Millionen € für den **Ökolandbau** erhöht. Das ist eine gute Idee, die müssen Sie fördern. Dieser Bereich muss auch irgendwie in Gang kommen, und diese Landwirte müssen auch einen Markt finden. Die Frage ist aber, ob sie, wenn sie langfristig am Tropf der Politik hängen, auch Zukunftsängste haben werden. Heute am Tropf - morgen andere Politik - morgen ist die Kasse wieder leer - morgen fällt Griechenland. Wer weiß, was kommt! Auch wenn Sie die Mittel von 28 Millionen € auf 57 Millionen € erhöhen, leben diese Landwirte mit einer gewissen Angst.

Da ist der Fehler vielleicht auch in Ihrem System. Sie geben 10 Millionen € für **tiergerechte Ställe** aus. Ich sage Ihnen nun einmal, was Bayern im Jahr für diesen Bereich ausgibt, auch wenn wir uns nicht immer mit Bayern vergleichen können. Bayern gibt 75 Millionen € aus, und dies nicht für die Ökolandbauställe, sondern für die konventionelle Landwirtschaft. Es gibt dort Programme, aus denen nach Vorgabe der Landesregierung für das Tierwohl Standardställe bis zu 75 %, wenn es richtig gut läuft, gefördert werden. Da ist es doch klar, dass es dem Tier dann nachher wesentlich besser geht. Es ist auch klar, dass dort auch der konventionelle Landwirt dieses Programm annimmt.

(Beifall CDU)

Hier gibt es - nur zum Vergleich - lächerliche 1,2 Millionen € im Jahr für tiergerechte Ställe. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich prophezeie Ihnen, dass das so gut wie nicht angenommen wird.

Ich komme noch einmal zu den **Mitteln** der **zweiten Säule**. Ein Riesenproblem - das werden Sie in der Praxis erleben - sind die **Vorgaben**, die bei all diesen **Agrarumweltmaßnahmen** aufgelegt wurden. Wir haben versucht, dies im Umwelt- und Agrarausschuss zu diskutieren. Sie hatten darauf hingewiesen, dass Verbände und Politik eingebunden waren. Alle fanden die Programme ganz hervorragend.

Jetzt kommen wir aber zur Praxis. Da höre ich immer nur, dass die Auflagen, die damit verbunden sind, so hoch sind - auch ich habe versucht, diese Programme für dieses Jahr in Anspruch zu nehmen -, dass sie am Ende von der konventionellen

(Heiner Rickers)

Landwirtschaft - das ist wieder die Masse und nicht die Minderheit - gar nicht angenommen werden können.

(Beifall CDU)

Sie schütteln den Kopf. Es ist einfach zu sagen: Der Prallteller soll verboten werden, Sie müssen schlitzeln. Das ist gar nicht so leicht, wenn Sie Steine im Acker, hügeliges Gelände oder kleine Strukturen haben. Das betrifft eigentlich alle die, die Sie eigentlich in der Landwirtschaft unterstützen wollen.

Es ist auch nicht so einfach, wenn Sie Grünlandprämien ausgeben und diese mit so vielen Auflagen verbinden, dass sie der konventionelle Landwirt am Ende gar nicht in Anspruch nimmt. Also sind Ihre gesamten Programme genau auf die Leute zugeschnitten, die zur Minderheit gehören. Das ist absolut der falsche Weg.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Internet: Auch da wissen Sie, dass sich viele selbst geholfen haben. Ich komme ja aus dem Kreis Steinburg, dem Vorzeigekreis in Sachen Internet. Wir sind ganz weit vorn, haben 60 % der Kreisfläche erschlossen. Dies erfolgte über kommunales Engagement über den Kreis und die Kommunen direkt, wohl mit Unterstützung, aber ohne viel Hilfe aus der Regierung in Kiel. Das läuft hervorragend und macht Schule. Das wird auch weitergehen.

Wegebau im ländlichen Raum: Sie sagen immer, die Landwirte wollen mit dem großen Güllewagen fahren. Das ist ja gar nicht unser Ansinnen. Das, was heute marode ist, muss im Kern erneuert werden. Hier waren wir doch schon auf einem sehr guten Weg. Der Weg, der dort geschaffen wird, muss multifunktional sein. Es geht nicht, dass Sie über eine Straßenausbaubeitragssatzung verpflichtend den Knüppel - sprichwörtlich - auf die Wege legen.

Letztes Thema: **Küstenschutz, Agrarstruktur.** Hervorragend ist, dass die Mittel nicht gekürzt werden und auch für den Küstenschutz - da sind wir uns einig - etwas gemacht wird. Ich komme ja nun - das haben Sie über Weihnachten ja verfolgt - aus dem Gebiet Bramau/Stör. Da wird natürlich gar nichts gemacht außer blockiert. Da könnte man vielleicht auch baggern. Sie müssen den Kopf schütteln, das ist mir klar; aber da kann man vielleicht auch einfache Lösungen finden.

Fazit: genug Geld ist da. Wir haben ein Riesenproblem im Küstenschutz - darauf gehen Sie leider auch nicht ein -, und das sind die Ausgleichsfaktoren. Wenn der Deich verstärkt wird, muss im Land

ausgeglichen werden. Das kann doch zukünftig nicht unser Ansinnen sein.

Ich erinnere - dann komme ich zum Schluss - an Ihr Zitat aus dem Umweltausschuss aus dem letzten Jahr. Ich hatte damals gefragt: Wie soll denn der Ausgleich erfolgen, wenn im Rahmen der Fehmarnbelt-Querung der Tunnel Richtung Fehmarn - unter der Ostsee zumindest zur Hälfte auf dem Hoheitsgebiet des Landes Schleswig-Holstein - kommt? Ausgeglichen werden muss ja an Land. Wir graben unter der Ostsee und gleichen an Land aus. Die Fläche ist sowieso schon knapp, und keiner weiß, wo der Ausgleich erfolgen soll.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Heiner Rickers [CDU]:

Am Ende schaden Sie auch dort unseren Bauern.

(Zuruf SPD: Lassen Sie es sein!)

Die Dänen machen es anders und intelligenter. Sie sagen: Wenn wir unter der Ostsee graben, brauchen wir auch nicht an Land ausgleichen. Die machen dafür keinen Ausgleich. Informieren Sie sich. Dann wissen wir, wie es besser geht.

Ich komme jetzt wirklich zum Schluss, Herr Präsident. - Hören Sie auch auf unsere Ratschläge. Denken Sie daran, die Praxis muss ihre Programme auch praxisrelevant umsetzen können. Wenn Sie nach einem Jahr merken, dass das Geld nicht abgerufen wird, dann fragen Sie durchaus einmal bei dem agrarpolitischen Sprecher der CDU nach; der hat andere Ideen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir noch zwei Gäste ganz besonders, die heute bei uns sind. Das sind die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Ruth Kastner, und der Bürgermeister von Klein Offenseth-Sparrieshoop, Günther Korff. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ende Mai wurde das **schleswig-holsteinische Entwicklungsprogramm für die ländlichen Räume** von der **EU-Kommission** genehmigt. Ihnen, Herr Minister Dr. Habeck, und Ihrem Haus gilt dafür Dank und Anerkennung. Das war eine Menge Arbeit! Das ist Fördergeld für die gesamte Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Der Minister hat es gesagt: Öko gegen konventionell ist nicht das Thema dieser Förderperiode.

Ganz ehrlich gesagt, lieber Kollege Heiner Rickers, wenn ich im Land unterwegs bin - ich habe fast alle Kreisbauernverbände besucht -, dann erlebe ich stolze, zukunftsorientierte, verantwortungsbewusste Landwirte, die nicht ängstlich auf die Dinge starren, die da kommen, sondern die selbst gestalten wollen.

(Heiner Rickers [CDU]: Das ist gut!)

Davor habe ich große Achtung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein stehen vor vielschichtigen **Herausforderungen**. Das sind die demografische Entwicklung, die Sicherung der Grundversorgung und der dauerhafte Schutz der natürlichen Lebensräume und natürlich die Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur. Das ist die große Herausforderung, und in dem vielen Geld liegt die große Chance Schleswig-Holsteins, Wege aufzuzeigen.

Für die ländlichen Räume sind die zentralen Orte mit einem Angebot der Grundversorgung von besonderer Bedeutung. Aber es sollen auch soziale Orte sein. Denn im Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Entwicklung der ländlichen Räume müssen die Bedürfnisse der Menschen stehen, die hier leben, wohnen und arbeiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre Potenziale, ihren Ideenreichtum wollen wir fördern, und wir wollen ihrer Kreativität für die Gestaltung des Lebens im ländlichen Raum den nötigen Freiraum bieten. Dafür haben diese Fördermittel wirklich große Chancen.

Ein besonderer Schwerpunkt ist das Thema der **Bildung**. Der Minister hat es genannt. Wir wollen - wenn möglich - die Schule im Dorf lassen. Der andere wichtige Aspekt ist die leistungsfähige **Breitbandversorgung**, denn die ist für das Leben und für das Wirtschaften im ländlichen Raum von be-

sonderer Bedeutung. Und es ist gut, dass hier ELER-Förderungen und die Breitbandinitiative des Landes am gleichen Strang ziehen, um Wertschöpfung im ländlichen Raum zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, neue Bildungsangebote zu konzipieren und die medizinische Versorgung zu sichern. Denn nur mit einer vernünftigen Lebens- und Arbeitsperspektive - modern nach vorn ausgerichtet - werden die Menschen in ihrer Heimat bleiben oder den ländlichen Raum für sich neu entdecken. Da ist es gut, dass neben diesen ganzen Förderungen das alles Thema der Landesentwicklungsstrategie ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu den Chancen und Möglichkeiten der AktivRegion hat der Minister etwas gesagt.

Der **Schwerpunkt** des **ELER** liegt im Bereich der Landwirtschaft. Hier soll eine nachhaltige, standortangepasste Landbewirtschaftung unter Berücksichtigung von Umwelt-, Tier- und Gesundheitsschutz, eine Stärkung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit, Herr Rickers, der land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Betriebe und der Vermarktungseinrichtungen gefördert werden. Hier wird von der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein gesprochen.

Die heutige **Form der intensiven Landwirtschaft** - ich meine hier intensiv im Gegensatz zu extensiver Landwirtschaft - hat Auswirkungen auf die Ressourcen Boden, Wasser und Luft. Strukturvielfalt und Biodiversität sind deutlich zurückgegangen. Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik kommt in seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ zu dem Ergebnis, dass es im Bereich Tierschutz, aber auch im Umweltschutz erhebliche Defizite gibt. In Kombination mit einer veränderten Einstellung zur Mensch-Tier-Beziehung führt dies zu einer verringerten gesellschaftlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung. Hier ist genau die Chance, die für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein eröffnet wird, und die Bauern vor Ort sehen das auch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Landwirtschaftspolitik geht für uns über den eigentlichen Produktionsbereich hinaus und ist in wesentlichen Teilen Politik zur **Entwicklung der ländlichen Räume**. Machen wir uns nichts vor, das ist ein komplexes Geflecht von Wechselbeziehungen und gesellschaftlicher Erwartung. Gesellschaft und Landwirtschaft haben sich immer weiter voneinander entfernt, so weit, dass viele Menschen gar keine

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Vorstellungen mehr davon haben, wie ihre Lebensmittel produziert werden. Auf der einen Seite werden die idyllischen Bilder des ländlichen Lebens idealisiert, auf der anderen Seite erwartet der Verbraucher im Supermarkt die niedrigsten Lebensmittelpreise.

Und doch: Verbraucher und Verbraucherinnen entwickeln zunehmend ein **Bewusstsein für Ernährung**. Sie wollen wissen, woher die Lebensmittel kommen, wie sie produziert werden und wie die Haltungs- und Schlachtbedingungen für die Tiere waren. Umfragen zeigen, dass unsere Gesellschaft auch bereit ist, dafür mehr Geld auszugeben. Das konnten wir heute gerade wieder in den „Kieler Nachrichten“ lesen. Bio-Produkte und Produkte aus der Region sind ein wachsender Markt. Auf diesem Weg wollen wir unsere Landwirte unterstützen, denn sie sind im Lebensmitteleinzelhandel einem immer größeren Preisdruck ausgesetzt.

In der letzten Woche wurde an der CAU die Johann-Heinrich-von-Thünen-Medaille verliehen. Der Festvortrag des Preisträgers hatte den Titel: „Agrarökonomie im Wandel der Zeit“. Er stellt fest, dass nach einer Phase autistischer Ökonomie eine Relativierung der reinen Lehre der Produktionssteigerung kommen muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist genau der Punkt, an dem wir stehen.

Es ist dieser **Weg in eine nachhaltige Landwirtschaft**, den wir mit Fördermitteln begleiten und gestalten. Dabei bedeutet Nachhaltigkeit, dieses oft genutzte und manchmal nicht komplex begriffene Wort, das gleichberechtigte Miteinander von Ökologie, Ökonomie und sozialen Belangen. Es geht um die gesellschaftliche Förderung im Sinne des Gemeinwesens.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen, dass **Biodiversität in der Kulturlandschaft** die gemeinsame Herausforderung ist. Wasserschutz, Klimaschutz, Naturschutz, Düngeverordnungen, Regelungen beim Pestizideinsatz - alles das ist nötig, um die gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft zu erhalten. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist doch die Voraussetzung für wirtschaftlich erfolgreiche Landwirtschaft.

Das alles geht nur mit der Landwirtschaft vor Ort. Nur mit der Landwirtschaft können wir gestalten. Dabei müssen wir die Gegebenheiten akzeptieren. Dithmarschen ist anders als Lauenburg und Feh-

marn anders als die Elbmarsch. Deshalb müssen wir in den Bereichen Vertragsnaturschutz, Ackerlandstreifen, Bienenweide und Eiweißprogramm die regionalen Begebenheiten aufnehmen und eventuell an Förderaktionen anpassen.

Wir müssen **Innovation und Forschung** sichern. Von besonderer Bedeutung sind die europäischen Innovationspartnerschaften, die der Minister erfolgreich auf den Weg gebracht hat. Hier werden Produktivität und Nachhaltigkeit zusammen gedacht und zusammengebracht. Die Förderung der angewandten Wissenschaft, der Transfer von Forschungsergebnissen und Innovation sind die Impulse für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft.

Ich habe vor Ort Landwirte kennengelernt, die sich mit großem Interesse und durchaus mit Motivation und Freude auf diesen Weg machen wollen. Sie sehen zwar auch Probleme, doch sie haben auch Vorstellungen von Lösungsansätzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das, was uns in Schleswig-Holstein so wichtig sein muss, ist die enge Verbundenheit der Landwirtschaft mit der Ernährungswirtschaft. Das hängt alles zusammen, und daran hängt nach unserer Auffassung auch die Entwicklung des ländlichen Raums. Hier setzt diese neue Förderperiode Akzente. Wir brauchen eine in die ländlichen Räume eingebundene Landwirtschaft mit regionaler Veredlung und Weiterverarbeitung. Schon jetzt sind Produkte aus Schleswig-Holstein weltweit gefragt. Sie werden jedoch zu einem großen Teil immer noch als Rohware oder nur wenig verarbeitet exportiert.

Daher ist es richtig, die Fördermittel so zu verwenden, dass die Wertschöpfungskette noch stärker innerhalb des Landes zu etablieren ist. Wir brauchen Wirtschaftszweige und Unternehmen, die die bei uns produzierten Rohstoffe mit ihrer besonderen Qualität verarbeiten und für regionale Märkte bereitstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

„Regionaler Markt“ ist nicht das, was ich mit dem Fahrrad oder zu Fuß erreiche, sondern die Regionalität müssten wir schon ein Stückchen weiter denken, und ich bin ganz sicher, dass uns das gelingen auch wird. Anerkannte Erzeugergemeinschaften und kleine und mittlere Unternehmen können Fördermittel beantragen.

Ein besonderes Thema sind die **Schlachtkapazitäten**. In Schleswig-Holstein gibt es immer noch zu

(Kirsten Eickhoff-Weber)

wenig davon. Diese Herausforderung müssen wir annehmen - für die Tiere, aber auch für die Landwirtschaft und für die Verbraucher, die wissen wollen, wo das Tier gezeugt, geboren, gemästet und geschlachtet und wo das Fleisch verarbeitet wurde. Wir müssen aber aufpassen; denn der Strukturwandel unter den Schlachtunternehmen schreitet weiter voran. In vielen Gesprächen, die ich geführt habe, wurde deutlich, dass große Sorge besteht, dass Schleswig-Holstein noch tiefer in den Konzentrationsprozess der fleischverarbeitenden Industrie gerät. Diese Sorge teilen wir; denn bei solchen Konzentrationen sind die landwirtschaftlich produzierenden Betrieben klar im Nachteil.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Ich bin jetzt auf den letzten Metern. - Wir wollen eine regional eingebundene, nachhaltig wirtschaftende, ressourcenschonende Landwirtschaft. Wir wollen eine zukunftsfähige Ernährungswirtschaft mit guter Arbeit und fairen Löhnen. Schleswig-Holstein muss mit Qualität in Verbindung gebracht werden. Vor allem auch für eine zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume brauchen wir eine nachhaltige Produktion, den Einklang von Ökologie, Ökonomie und sozialen Belangen. Das muss im echten Norden zusammengehören. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben noch nie so **gut ausgebildete Landwirte** mit so viel auch historischem Wissen draußen im Land gehabt. Gerade dieses Programm kann auf der Basis viel Gutes bewirken.

Auch ich weiß: Der eine oder andere Landwirt ist in Diskussionen höchst aufgeregt, der eine oder andere Umwelt- oder Tierschützer auch. Aber ich denke,

aufgrund des hohen Bildungsstands haben wir eine gute Chance, wirklich zu gestalten. Wir wissen ja aus Erfahrung, wie zielstrebig Bauern reagieren, wenn der Rahmen anders gesetzt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

ELER, ZPLR, EPLR, GAK - das sind alles Floskeln. Man gewinnt den Eindruck, andere Kreise sollten diese agrarpolitische Diskussion nicht mit führen. Alle Agrarpolitiker sind in einer Debatte wie dieser versucht, mit Fachbegriffen und Buchstabenkürzeln nur so um sich zu werfen.

Einerseits führen wir hier eine **agrarpolitische Debatte**; denn die Förderung des ländlichen Raums ist gewissermaßen ein Kind der Agrarpolitik. Andererseits ist dies keine Fachdebatte. Das Thema geht weit über die Agrarpolitik hinaus und betrifft das ganze Land.

Schleswig-Holstein ist ländlich geprägt. Rund 97 % der Landesfläche - je nachdem, wo man die Stadtgrenzen sieht - sind ländlicher Raum, und 78 % unserer Bürgerinnen und Bürger leben im ländlichen Raum. Die **Entwicklung dieses ländlichen Raums** heißt Wirtschaftsförderung, heißt Infrastruktur, heißt Grundversorgung, heißt Bildungschancen, das bedeutet, die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum gut zu gestalten. Ich denke, Schleswig-Holstein ist auch durch dieses Programm im Sinne der Zukunftsfähigkeit hervorragend aufgestellt.

Ich möchte einen Dank an den Minister und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und viele andere richten, die sich in den zähen Verhandlungen hervorragend geschlagen haben. Es hat lange gedauert. Mit diesem Programm für die ländlichen Räume werden in der kommenden Förderperiode immerhin 420 Millionen € EU-Mittel und 620 Millionen € Gesamtmittel ins Land kommen. Das ist mehr als jemals zuvor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das muss man besonders vor dem Hintergrund sehen, dass die damalige Bundesregierung - es war auch schon Kanzlerin Merkel - bei den Verhandlungen zur mittelfristigen Finanzplanung der EU - wenn ich es freundlich sagte, würde ich sagen - keine glückliche Hand hatte. Sie hat im Grunde ganz andere Interessen verfolgt. Das sehen wir daran, wohin die Mittel gegangen sind.

Wir profitieren jetzt bei der **ELER-Förderung** davon, dass eine **Angleichung zwischen den Bundesländern** stattfindet. Sie ist zwar noch nicht voll-

(Bernd Voß)

ständig vollzogen, aber wir sind auf dem Weg. Uns kommt auch zugute, dass in einigen Bereichen die Fördersätze der EU angehoben werden, dass also weniger Landesmittel erforderlich sind, um diese Mittel zu aktivieren. Ohne dies - ich glaube, das ist ein offenes Geheimnis - wäre es schwierig geworden, ein Programm zu stricken, das einerseits die Möglichkeiten des EU-Fonds voll ausschöpft, andererseits aber auch keine zu großen Löcher in den Landeshaushalt reißt.

Im Einzelplan 13 ist ein großer Anteil der Landesmittel zur **Kofinanzierung der EU-Mittel** gebunden. Ohne die EU-Mittel geht also überhaupt nichts. Rechnet man noch die Haushaltsposten hinzu, die zur Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben gebraucht werden, bleibt nicht viel Gestaltungsspielraum außerhalb dieser EU-Kofinanzierung. Daher die große Bedeutung der EU-Mittel und die Notwendigkeit, sie klug und intelligent einzusetzen.

Das jetzt von der EU-Kommission für Schleswig-Holstein **genehmigte Programm** mit einer Laufzeit bis 2020 plus drei Jahren, also insgesamt **bis 2023**, ist für den ländlichen Raum so bedeutsam und wegweisend für diese Legislaturperiode und über die nächste Legislaturperiode hinaus. Daher ist die Phase der Programmierung, die jetzt hinter uns liegt, auch so wichtig gewesen.

Die **Landesregierung** hat die richtigen **Schwerpunkte** gesetzt. Sie sind heute bereits mehrfach genannt worden. Ich will sie an dieser Stelle nur kurz anreißen: Küstenschutz, Hochwasserschutz, Umweltprogramme, Vertragsnaturschutz, Gewässerschutz, Breitbandversorgung, Basisdienstleistungen, insbesondere auch die neue Herausforderung der Bildungsinfrastrukturen im ländlichen Raum, die Förderung der AktivRegionen, neue Ansätze bei der Vermarktung, das AFP für bescheidene Leuchttürme und im Grunde auch die neuen Instrumente von EIP, der Vernetzung von Forschung und Praxis.

Ich habe eingangs gesagt, die **Förderung des ländlichen Raums** sei ein Kind der Agrarpolitik. Zu der Frage, wie es dazu gekommen ist, an dieser Stelle ein ganz kurzer **agrarpolitischer Rückblick**.

Noch bis Ende der 80er-Jahre war Agrarpolitik hauptsächlich Preispolitik, war Marktstützung. Entstanden war das System in einer Zeit, in der die Produktionssteigerung noch das Ziel war, in der die Steigerung der Arbeitsproduktivität das Ziel war, das Freisetzen der Arbeitskräfte, im Grunde der Ausbau des Produktionsvolumens. Mit dem Einset-

zen der Überproduktion, mit den mit der Intensivierung verbundenen problematischen Nebenwirkungen in Bezug auf Umwelt, biologische Vielfalt und Entleerung der ländlichen Räume geriet diese Politik immer mehr in die Kritik. Verteidigt wurde die alte Denke aber noch lange mit dem Argument, dass durch diese Form der Intervention in landwirtschaftliche Märkte indirekt etwas vom Wohlstand und von den guten Lebensverhältnissen auch in den ländlichen Raum hineingetragen würde, sodass sich das schon fände.

Daher heute die Vorsicht mit den Instrumenten der Intervention. Sie kosten letztlich alle Beteiligten öffentliches Geld, sie kosten die öffentliche Hand viel Geld, sie kosten das Unternehmen viel Geld, führen zu neuen Butterbergen. Zukunftssichere Markt- und Wettbewerbspolitik sieht anders aus. Entscheidend sind Maßnahmen zur Mengenanpassung, zur Stärkung der Wettbewerbsposition und zum Kartellrecht.

Heute werden aus dem Europäischen Agrartopf noch viele Maßnahmen für den ländlichen Raum finanziert, die nur am Rande mit Landwirtschaft zu tun haben, und auch einige Maßnahmen, die überhaupt keinen direkten Bezug zur Landwirtschaft mehr erkennen lassen. Ist die ländliche Entwicklungsförderung erwachsener geworden? Ist sie zu einer **Entwicklungsförderung** geworden, die die Wirtschaftskräfte des ländlichen Raums wirklich aufnimmt? Ich würde sagen, bis dieses Kind erwachsen ist, dauert es noch ein bisschen. Es ist auf dem guten Weg, befindet sich aber noch in den Fleckjahren. Wir brauchen eine konsistente Förderung für den ländlichen Raum, am besten eng vernetzt mit kommunalen Investitionen in die Daseinsvorsorge, mit Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum und auch mit einer gezielten Sozialpolitik für den ländlichen Raum. Wir brauchen eine Agrarpolitik, die nicht den beiden erstgenannten Bereichen zuwiderläuft und die letztlich eine bäuerliche Struktur erhält und fördert.

Die Debatte um den **effizienten Einsatz der Gelder** der EU-Agrarpolitik und der Mittel für den ländlichen Raum ist überhaupt nicht neu. Sie wird zu jeder der siebenjährigen Finanzperioden erneut geführt, und das inzwischen seit 30 Jahren nicht mehr allein von den Bauernverbänden, nicht mehr allein von den Konzernen der Lebensmittelbranche. Viele Organisationen, Umweltverbände, Verbraucherverbände, kritische Bauernverbände und auch die Grünen sind dabei. Sie bringen sich frühzeitig ein. Auch jetzt lautet wieder die Devise: Nach der Reform ist vor der Reform.

(Bernd Voß)

Die Kommission hat mit jeder **Reform** gute **Vorschläge** aufgegriffen. Das kann man nur immer wieder betonen. Aber Ministerrat, nationale Regierungen und dieses Mal auch das Parlament haben sie wieder kassiert. Die Länder hätten in dieser Reform eine Kappungsgrenze mit Beschäftigungsfaktor ziehen können. Sie hätten Umschichtungen zugunsten kleinerer Betriebe in einer Größenordnung von 30 % machen können. 15 % der Mittel hätten schon von den Direktzahlungen hin zu den Mitteln für ländliche Entwicklung umgeschichtet werden können. Insofern sind diese 4,5 %, die jetzt von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet werden, ein Einstieg in einen Systemwechsel, der aus meiner Sicht zur Überführung der großen Direktzahlungsgelder in anspruchsvolle leistungsgebundene Maßnahmen führen könnte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die Herausforderungen sind erheblich. Ich nenne nur einige aktuelle Beispiele, die auch Schleswig-Holstein betreffen: Heute schon zitiert worden ist der Wissenschaftliche Beirat für Agrarökonomie der Bundesregierung von unserem schwarzen Bundeslandwirtschaftsminister. Im März ist die Stellungnahme zur **Zukunft der Tierhaltung** vorgelegt worden, die eine grundlegende Reform der Tierhaltung im Sinne der bekannten Tierwohldiskussion fordert. Die Kosten liegen nach dem Wissenschaftlichen Beirat in Deutschland bei jährlich 5 Milliarden €. Das entspricht der Summe der gesamten Direktzahlungen und ungefähr 400 %, also dem Vierfachen aller ELER-Mittel. Dies sage ich, um die Dimension aufzuzeigen. Dies wird natürlich nur auf den Märkten zu erwirtschaften sein. Der Wandel wird aber im Sinne einer zukünftigen Wirtschaftsentwicklung des ländlichen Raums auch von Mitteln aus der ländlichen Entwicklung mitfinanziert werden müssen.

Auch wenn der Einsatz von Glyphosat nach jahrzehntelang steigendem Einsatz massiv wird reduziert werden müssen, wovon inzwischen nicht nur die Grünen ausgehen, brauchen wir im **Ackerbau** völlig andere Anbauverfahren. Das wird nicht so einfach gehen, auch das ist eine Herausforderung.

Schleswig-Holsteins Grünland und die Milch sind gerade mit Blick auf eine Qualitätsstrategie eine Herausforderung. Die Umsetzung der **Wasserrahmenrichtlinie** in Schleswig-Holstein ist kein Selbstzweck und wird noch viele Geldmittel erfordern. Den **Moorschutz** und den **Klimaschutz** werden wir zusammen auch nur dann schnell umsetzen können, wenn wir Alternativen zum vollständigen

Vernässen und zur Nutzungsaufgabe einerseits und dem tief Entwässern und dem intensiven Bewirtschaften andererseits finden. Dann nenne ich noch alle Facetten des demografischen Wandels, den es positiv zu gestalten gilt.

Ländliche Entwicklungsprogramme sind keine Nice-to-have-Projekte mit Kuschelfaktor, wie die CDU es manchmal darstellt. Ländliche Entwicklung muss raus aus der Logik des Reparatur- und Ausgleichsprogramms für die Fehlentwicklung der herrschenden Agrarpolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Dies gilt auch für die **Strukturentwicklung im ländlichen Raum**. Dazu sind wir in Schleswig-Holstein gut aufgestellt. Ich glaube, dieses Programm ist eine Herausforderung, und diese Herausforderung wird bleiben, aber wir werden sie schon meistern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Habeck, Sie sagten in Ihrer Regierungserklärung den Satz: Die Landesregierung bekennt sich zum ländlichen Raum. Ich sage: Was selbstverständlich ist, bedarf doch eigentlich keiner Betonung.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Zuruf Lars Winter [SPD])

- Herr Winter, die **Förderung des ländlichen Raums** ist die Kernaufgabe des Umweltministers. Das bleibt sie auch, auch wenn Sie gedanklich schon am Wolf vorbei durch das Jakobskreuzkraut hindurch Richtung Berlin unterwegs sind. Die Förderung des ländlichen Raums bleibt bis 2017 Ihre Aufgabe.

(Beifall FDP)

Gleichwohl: Die Genehmigung von 620 Millionen € Fördergeldern ist gut für unser Land, und hier gebührt Ihnen, Herr Dr. Habeck, Dank für Ihre Anstrengungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Hauke Götsch [CDU])

(Oliver Kumbartzky)

Auch der **Einsatz der Mittel** findet, wenn auch nicht uneingeschränkt, aber doch in Ansätzen, unsere Zustimmung. Gerade die Förderung der AktivRegionen, der Ausbau des Breitbands in der Fläche und die Modernisierung der ländlichen Wege sind richtige Maßnahmen. Hier wird der ländliche Raum gefördert. Auch die 68 Millionen € für den Hochwasser- und Küstenschutz sind sinnvoll und zu begrüßen. Es ist wichtig, dass unsere Küsten so gut wie möglich geschützt werden und dass Schleswig-Holstein optimal auf Sturmfluten vorbereitet ist. Mangelnder Küstenschutz kann Menschen, Tiere, Natur und Vermögen in höchste Gefahr bringen. Das wäre unverantwortlich. Deshalb sind die Mittel für den Küstenschutz natürlich goldrichtig eingesetzt.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Es gibt auch unbestritten gute Gründe, den **ökologischen Landbau** zu fördern. Die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln steigt, und ökologischer Anbau trägt zu mehr Artenvielfalt bei. Auf ökologisch bewirtschafteten Flächen leben im Schnitt 30 % mehr Arten als auf vergleichbaren konventionellen Flächen. Ökobauern erbringen Umweltleistungen, und weil diese nun einmal Geld kosten, ist eine Kompensation dafür angemessen. Das sage ich ganz klar, allerdings:

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber, aber!)

Wie nachhaltig sich ökologisches Wirtschaften tatsächlich auswirkt, ist noch nicht klar. Aussagekräftige Messungen von Ressourcenverbrauch und -erhalt gibt es bislang nicht, auch das ist Fakt. Das Problem ist aus unserer Sicht auch nicht die Förderung an sich, sondern die **Verteilung der Mittel**. Die besondere Schwerpunktsetzung auf die Förderung des Ökolandbaus erscheint eher der politischen Profilierung zu dienen, als wirklich sachlich begründet zu sein.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Problematisch ist schon, ob es bei einer so geringen Anzahl von Förderberechtigten überhaupt zu einem kompletten **Mittelabfluss** kommen wird. Das ist doch des Pudels Kern: Werden am Ende des Tages sämtliche Mittel verbraucht, oder muss es am Ende wieder Umschichtungen geben?

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Schließlich reden wir über 500 Betriebe und 37.000 ha und damit eben nur über 4 % der bewirtschafteten Fläche.

Zweifelhaft ist auch, ob die Förderung selbst nachhaltig ist. Die Förderung allein schafft keine unternehmerische Entwicklungsperspektive, sondern führt die Betriebe direkt in die staatliche Abhängigkeit. Sie machen die Betriebe vom Staat abhängig, Sie machen die Betriebe abhängig von Legislaturperioden. Tatsächlich liegt der durchschnittliche **Gewinn von Betrieben mit ökologischem Anbau** in der Regel über dem von konventionellen Vergleichsbetrieben, das aber nur aufgrund der staatlichen Förderung. Im Übrigen werden schon heute die positiven Einkommenseffekte teilweise durch die gestiegenen Preise für Betriebsmittel überlagert. Hinzu kommt der Aspekt, dass die Betriebe, die jetzt die Förderung über das Land erhalten, auch den Landesmindestlohn von 9,18 € zahlen müssen. Auch hier haben wir im Vergleich zu anderen Bundesländern, in denen der Mindestlohn von 9,18 € nicht fällig wird, einen Nachteil.

Hinzu kommt: Nur zu fördern, ist zu kurz gedacht. Eine Garantie auf eine Förderung für den Rest des Betriebslebens, das wissen Sie auch, kann es nicht geben. Nach einer Studie des Thünen-Instituts in Braunschweig steigen jedes Jahr 606 **Landwirte** aus dem **Ökolandbau** aus. Auch das muss man sich vor Augen führen: Zwei Drittel von diesen Landwirten kehren zurück zu **konventionellen Anbaumethoden**. Man muss sich die Frage stellen: Warum wechseln so viele Biolandwirte zurück? Die Gründe sind neben den geringen Erträgen vor allem die strengen Bio-Richtlinien sowie die umfassenden Dokumentationspflichten und Kontrollen und die unzureichenden Vermarktungsmöglichkeiten.

Die Ausdehnung der ökologischen Landwirtschaft ist von Ihnen als Koalition politisch gewollt, das nehmen wir natürlich zur Kenntnis. Wenn das aber wirklich so ist, dann ist eine Politik, die allein auf finanzielle Förderung setzt, zu kurz gesprungen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Frau Eickhoff-Weber, man muss sich auch mit den Höfen beschäftigen, die aufhören. Das sollte man wirklich einmal prüfen. Es sollte doch gerade für einen grünen Minister ein Anliegen sein, hier ein **nachhaltiges Wachstum** zu gewährleisten. Die geplanten 6 Millionen € für Direktverarbeitung und Vermarktung reichen hier sicherlich nicht aus.

Natürlich sind Vermarktungsmöglichkeiten und wettbewerbsfähige Wertschöpfungsketten primär

(**Oliver Kumbartzky**)

Aufgabe der Wirtschaft, doch kann sich die Politik hier durchaus für **faire Marktbedingungen** einsetzen. Genau das haben Sie, Herr Minister, früher von anderen eingefordert. Jetzt müssen Sie sich gerade an diesen Themen messen lassen. Die Zusammenarbeit zwischen Einzelhandel und Landwirtschaft - auch der konventionellen Landwirtschaft - in der Initiative Tierwohl kann hier als Beispiel dienen.

Fördermittel verteilen, ist das eine, aber die **Rahmenbedingen** zu schaffen, ist das andere. Zumindest fragwürdig ist es auch, nur den Ökolandbau zu fördern, während die konventionelle Landwirtschaft in weiten Teilen von Ihnen außer Acht gelassen wird. Politik ist immer eine Frage der Prioritätensetzung, und die Verteilung der ELER-Mittel zeigt eines ganz deutlich: Priorität genießt die konventionelle Landwirtschaft bei Ihnen definitiv nicht.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch gut so!)

- Das ist auch gut so, das war gerade ein Zwischenruf von den Grünen. Wir nehmen diesen Zwischenruf zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, der ökologische Landbau wird massiv gefördert, und die **konventionelle Landwirtschaft**, die immerhin 95 % der Flächen stellt, steht bei Ihnen hintenan; und das, obwohl sich gezeigt hat: **Betriebswirtschaftliche Eigenverantwortung der Landwirte** kann zum **Naturschutz** beitragen und so gesellschaftlichen Fortschritt bringen. Vertragsnaturschutz, Allianz Gewässerschutz, Initiative Tierwohl: Überall arbeiten Landwirte zum Wohl der Allgemeinheit konstruktiv mit. Die konventionelle Landwirtschaft trägt unmittelbar zum Naturschutz bei.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die konventionelle Landwirtschaft ermöglicht ein Mehr an Naturschutz, weil hier zum Wirtschaften weniger Flächen gebraucht werden als beim Ökolandbau. Daher bleiben mehr Flächen übrig, die man der Natur überlassen kann. Sie honorieren dies damit, dass Sie im Bereich der konventionellen Landwirtschaft mit einem Mehr an Ordnungsrecht regieren oder einfach untätig bleiben. Das ist definitiv der falsche Weg. Selbstverständlich muss die Agrarpolitik sowohl die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die Umwelt im Blick haben, aber Sie dürfen nicht die Erzeuger vergessen.

Letztlich zeugt die Verteilung der ELER-Mittel von einer ziemlich selektiven Wahrnehmung des ländlichen Raums. Konventioneller und ökologischer

Landbau müssen gleichwertige Zweige der Landwirtschaft sein. Dies muss sich in einer ausgewogenen Förderung niederschlagen. Wenn man - so wie Sie, Herr Dr. Habeck - mit dem Anspruch antritt, den ländlichen Raum stärken zu wollen, aber einen großen Teil der Fördersumme nur auf 4 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche zur Verfügung stellt, dann fördert man nicht den ländlichen Raum, dann fördert man allenfalls eine kleine Ecke.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Den Effekt kann ich dabei wirklich nicht erkennen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Wortmeldung Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch? - Für die Piratenfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Grüne und PIRATEN bei Naturschutz und Landwirtschaft häufig sehr nah beieinander sind, ist kein Geheimnis. So wird es Sie nicht wundern, dass sowohl das Landesprogramm ländlicher Raum als auch die Programmierung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz unsere Zustimmung finden.

(Beifall PIRATEN, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung greift regelmäßig unsere Ideen auf, beispielsweise die Umweltpartnerschaft zur Vermeidung von Plastikmüll oder die Erhöhung des Erdölförderzinses, um externe Umweltkosten und -risiken auszugleichen. Wir revanchieren uns dann entsprechend an anderer Stelle.

In der Natur würde man so etwas als Symbiose bezeichnen - eine Partnerschaft, von der beide Seiten profitieren können, wenn sie das denn wollen.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere derzeitige **Agrarpolitik** entfernt sich von einer solchen Symbiose leider immer weiter. Ein Beispiel ist die **Tierhaltung**. Für viele Tierarten ist es ursprünglich durchaus von Vorteil gewesen, sich domestizieren

(Angelika Beer)

zu lassen, etwa weil die Tiere in der Obhut des Menschen besser vor Räufern geschützt sind als in der freien Wildbahn.

Bei Milchkühen muss man sich allerdings fragen, ob diese Rechnung noch aufgeht. So geben Hochleistungskühe heute nur noch rund drei Jahre lang Milch. Danach sind sie in der Regel ausgezehrt und verbraucht. Innerhalb dieser Zeit haben viele Kühe gesundheitliche Probleme, ich nenne zum Beispiel die Euterentzündung, wodurch die Milch von Hochleistungskühen deutlich häufiger und mehr Eiter enthält als die Milch von Kühen, die nicht so extrem überzüchtet sind.

Auch das Beispiel Pute möchte ich noch einmal ansprechen. Sie sind inzwischen so überzüchtet, dass der Puter die Pute gar nicht mehr decken kann. Es geht nicht nur um künstliche Besamung. Von „natürlich“ kann auch hier kaum noch die Rede sein.

Als Symbiose - ich glaube, darin werden wir uns schnell einig - kann man das Zusammenleben von Mensch und Nutztier also kaum noch bezeichnen. Ich weiß, viele von Ihnen wird das jetzt aufregen, aber der Begriff der einseitigen Ausbeutung trifft es wohl eher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ähnlich verhält es sich mit der Luft, dem Boden und den Gewässern, an deren Reinhaltung und langfristiger Fruchtbarkeit unzählige Organismen beteiligt sind. Es ist ein komplexes Zusammenspiel von Lebewesen, die hier gemeinsam am Werke sind. Auch hier bringen wir uns derzeit wenig partnerschaftlich in den Gesamtprozess ein. Wir beschlagnahmen immer mehr Fläche für unsere Zwecke, wobei die lebensfreundlichen Nischen, die die Kulturlandschaft zu bieten hat, immer weniger werden. Das belegen sowohl der jüngste Jagd- und Artenschutzbericht des MELUR als auch die Artenschutzberichte des Bundesamtes für Naturschutz.

Dass wir hier deutlich besser werden müssen, liegt also auf der Hand. Wir müssen uns wieder stärker an der Symbiose orientieren, und die Landwirtschaft ist hier der zentrale Wirkungsbereich. Sie ist deshalb so zentral, weil kaum ein anderer Wirtschaftszweig so unmittelbar in die natürlichen Kreisläufe eingreift, wie die Agrarwirtschaft es tut. Idealerweise sollten verbesserte Tier- und Umweltschutzstandards über den Verkaufserlös sichergestellt werden, denn es ist ja ganz klar, dass die Landwirte wie jeder andere Unternehmer auch am Ende des Tages auch einen Gewinn erwirtschaften müssen.

Leider stellt der Markt derzeit nicht genug Geld bereit, um eine flächendeckende nachhaltige Landwirtschaft zu ermöglichen. Die Preise sind abhängig vom Weltmarkt, und der Preiskampf im Lebensmittelhandel ist so hart wie in kaum einem anderen Wirtschaftszweig. Wo Gewinnmargen teilweise nur noch im Promillebereich liegen - das haben wir oft genug diskutiert -, entsteht beinahe zwangsläufig ein Markt, in dem Masse vor Klasse geht. Mit Blick auf den **Naturschutz** kann man hier sogar von einem Marktversagen sprechen.

Glücklicherweise - das zeigt sich sowohl im Bio-, als auch im Fairtrade-Sektor - gibt es immer mehr Menschen, denen Herkunft und Produktion der von ihnen gekauften **Lebensmittel** wichtig sind. Das ist gut, und das soll auch unterstützt werden. Insgesamt reicht es bislang aber noch nicht aus, um die Auswirkungen der allein auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktion auszugleichen. Im Gegenteil: Dass Bio und Fairtrade im Mainstream angekommen sind - das ist hier schon unterstrichen worden -, führt inzwischen sogar dazu, dass auch in diesen Bereichen die Erwartungen an niedrige Preise stetig zunehmen. Bio und Fairtrade werden also auch immer konventioneller.

Der Ansatz unserer Landesregierung, die **Agrarförderung** verstärkt für nachhaltige Anbaumethoden, freiwillige Agrar- und Umweltmaßnahmen sowie Verbesserungen des Tierwohles zu vergeben, ist daher nicht nur legitim, sondern vollkommen richtig. Dort, wo es der Markt systembedingt nicht richten kann, ist es absolut sinnvoll, Subventionen so einzusetzen, damit die Gesellschaft insgesamt davon profitiert. Schließlich ist es die Gesellschaft, die die zu verteilenden Mittel erarbeitet.

Zur Förderung des ländlichen Raumes ist schon einiges gesagt worden, und ich möchte mich daher auf den Bereich konzentrieren, der uns PIRATEN besonders wichtig ist, den **Breitbandausbau**. Insbesondere für den ländlichen Raum sind damit viele Chancen verbunden, sowohl wirtschaftlich als auch für die Gesellschaft selbst.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

So hat der ländliche Raum das Problem, dass die Jobangebote hier recht überschaubar sind. Ein schnellere Internetanbindung, ein schnellerer Internetzugang bietet nun sowohl im Bereich der Home-Office als auch hinsichtlich der Möglichkeiten, sich selbstständig zu machen, zahlreiche Perspektiven, die wir unterstützen möchten.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Angelika Beer)

Wir alle wissen, dass die Unterhaltung öffentlicher Bibliotheken im ländlichen Raum relativ teuer ist, weshalb viele Gemeinden ihr Angebot in den letzten Jahren zurückgefahren haben. Das Internet kann die öffentliche Bibliothek zwar nicht vollständig ersetzen, aber der Zugang zu Informationen und Wissen bleibt so grundsätzlich erhalten.

(Beifall PIRATEN)

Außerdem verbessert sich mit dem Breitbandausbau die Aussicht auf eine vernünftige Online-Ausleihe. In dem Dorf, in dem ich lebe, ist das ein wunderbares Angebot und wird auch von fast allen genutzt.

(Beifall PIRATEN)

Zur Art der Breitbandförderung möchte ich noch anmerken, dass wir Maßnahmen wie das Verlegen von Leerrohren und Planungsvorarbeiten absolut richtig finden, denn bei der Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken ist es aus unserer Sicht wichtig, Mitnahmeeffekte zu vermeiden.

(Beifall PIRATEN)

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es sicher sinnvoll, sich die zukünftigen Förderprojekte genau anzugucken. Auch wir kennen das Problem und haben die Frage: Ist es so, dass diese Projekte wirklich abgerufen werden? An dieser Stelle richten wir die Bitte an die Landesregierung, regelmäßig Zwischenergebnisse über den Mittelabfluss zur Verfügung zu stellen, damit wir gemeinsam beraten können, wie vielleicht noch eine Feinjustierung erfolgen kann, damit diese Mittel tatsächlich abgerufen werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Im März letzten Jahres haben wir im Landtag über die Verwendung der ELER-Mittel für die neue Förderperiode von 2014 bis 2020 debattiert. Damals befand sich das Programm auf der Zielgeraden, und es ging eigentlich nur noch um die Feinjustierung. Seit letztem Monat wissen wir es: Das Programm ist mit der EU-Kommission abgestimmt und genehmigt. Damit haben wir nun end-

lich Planungssicherheit, und das ist eine unheimlich gute Nachricht für unser Land.

(Beifall SSW, SPD und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Programmierung abzustimmen und festzulegen, ist immer eine große Herausforderung, besonders für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums. Dafür gilt auch von unserer Seite ein besonderer Dank.

(Beifall Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Rund 420 Millionen € **ELER-Mittel** stehen zur Verfügung. Das sind 117 Millionen € mehr für Schleswig-Holstein als in der alten Förderperiode. Dazu kommen noch die Mittel zur Kofinanzierung vonseiten des Bundes, des Landes und der Kommunen, was insgesamt rund 200 Millionen € zusätzlich auslöst. Damit haben wir circa 620 Millionen € für die neue Förderperiode, die dem ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Wie der Minister schon sagte, ist das eine beachtliche Summe.

Es mag wohl kaum jemanden wundern, dass die Förderschwerpunkte dieser Landesregierung anders gesetzt wurden und es für die kommende Förderperiode deshalb neue Schwerpunkte gibt. Wichtig ist und bleibt aber, dass die **Fördermittel** für Maßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung im **ländlichen Raum** weiter genutzt werden. Dies stellen wir sicher.

Die Förderung der Umsetzung der EU-rechtlichen Vorgaben beispielsweise des Vertragsnaturschutzes, der Wasserrahmenrichtlinie oder zur biologischen Vielfalt trägt zur Stärkung des ländlichen Raums bei und schafft Einkommen und Beschäftigung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit werden künftig Maßnahmen stärker gefördert, die insbesondere umweltpolitischen Zielen gerecht werden. Diesen Ansatz verfolgt auch die EU in ihrer Zielsetzung.

Wenn wir über europäische **Agrarpolitik** reden, dann reden wir über den größten EU-Haushaltsposten, wir reden über Steuergelder, und wir reden über das süße Gift von **Subventionen**.

(Lars Harms [SSW]: Wohl war!)

Über Jahrzehnte wurden die Mittel überwiegend für Direktzahlungen oder für Produktionsprämien genutzt. Diese Art der Subventionspolitik hat die europäische Landwirtschaft in ein Abhängigkeits-

(Flemming Meyer)

verhältnis geführt. Auf der anderen Seite wird seit Jahren immer wieder gefordert, dass sich die Landwirtschaft dem Markt stellen soll. Das kann auf Dauer nicht funktionieren, denn das ist eine Vermengung von freier Marktwirtschaft und Planwirtschaft.

Mit der Umsteuerung in der Förderkulisse gehen wir einen Schritt weg von marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlung. Die Vorzeichen haben sich geändert. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zeit. Denn mittlerweile spielen andere Kriterien und Fakten eine unheimlich wichtige Rolle, die es zu berücksichtigen gilt. Wir reden über öffentliche Gelder. Das bedeutet, dass das öffentliche Interesse in der Förderung stärker berücksichtigt werden muss als bisher.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gesellschaftliche Belange müssen stärker in den Fokus der Förderpolitik gerückt werden. Das heißt, auch die Landwirtschaft muss sich den Herausforderungen wie Klimawandel, Umweltschutz, Biodiversität und Wassermanagement stellen. Aus diesem Grund sind wir mit der neuen Förderkulisse genau auf dem richtigen Weg.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Freunde, es geht mitnichten darum, eine Grundsatzdebatte anzufangen, welche Art der Landwirtschaft die richtige oder gar die bessere ist. Für den SSW sage ich ganz deutlich: Wir brauchen beide Formen der Landwirtschaft, die konventionelle ebenso wie die ökologische. Beide haben ihre Berechtigung. Daher gilt: Wer die Kriterien erfüllt, bekommt für die erbrachten Leistungen die entsprechenden Mittel.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Weiterentwicklung und Sicherstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im ländlichen Raum gehört aber wesentlich mehr. Es geht dabei auch um Daseinsvorsorge. Hier hat sich der **Breitbandausbau** in den letzten Jahren zu einem echten K.o.-Kriterium entwickelt, wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen oder die Entscheidung über einen Wohnstandort im ländlichen Raum geht.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass für die kommende Förderperiode der Ansatz für den Breitbandausbau massiv erhöht wurde.

Aber auch der demografische Wandel wird künftig stärker Berücksichtigung in der Förderkulisse finden. Der ländliche Raum darf nicht ausbluten. Daher werden wir künftig auch lokale Infrastrukturmaßnahmen, Nahversorgung und Mobilität fördern.

Kommen wir nun zu einem Punkt, der für den SSW von besonderer Bedeutung ist und der für uns Vorrang hat: Das ist der Küsten- und Hochwasserschutz. Ein Teil der Programmmittel wird weiter für den Küsten- und Hochwasserschutz verwendet. Das ist richtig so. Wenn es um **Küstenschutz** geht, dann reden wir von der Unterhaltung und gegebenenfalls vom Neubau von Küstenschutzanlagen, von notwendigen Sicherungsmaßnahmen im Wattenmeer, Sandaufspülungen oder Vorlandarbeiten.

Um es deutlich zu sagen: Wir reden beim Küstenschutz von einer Solidaraufgabe, aus der wir uns nicht zurückziehen dürfen. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die von allen getragen werden muss. Das können wir nicht den Küstenbewohnern allein überlassen und sie zur Kasse bitten oder sie mit einer Sonderabgabe belegen. Das wäre so, als würde man die Anwohner von Bahntrassen oder Autobahnen für Lärmschutzmaßnahmen zur Kasse bitten. Das ist völlig absurd und abwegig.

Wir wissen um die Notwendigkeit von Küstenschutzanlagen. Wer dies infrage stellt, der macht ein Fass auf, das besser geschlossen bleibt. Außerdem könnte sich der Bund dann mit denselben Argumenten aus der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz herausziehen und den Schutz vor Sturmfluten und dem steigenden Meeresspiegel allein den Küstenländern überlassen. Das geht nicht.

(Beifall SSW und SPD)

Das Programm für die Verwendung von ELER-Mitteln ist genehmigt. Wir wissen, wie und wofür das Geld bis 2020 einzusetzen ist, und das ist gut so. Ich bin überzeugt, dass wir damit einen richtigen Weg eingeschlagen haben. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiesen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Lieber Kollege Oliver Kumbartzky! In aller Kollegialität, das war ja wohl ein Schmalln, dass wir ausschließlich die ökologische Landwirtschaft im Fokus hätten. Das Fünffache geht in die erste Säule. Wir stellen uns gern dem, was Sie sagten. Wenn wir eine Nachhaltigkeitsdebatte über Landwirtschaft führen, ist Biolandwirtschaft erst einmal nur ein Wort. Es geht darum, welcher Energieverbrauch, welcher Ressourcenverbrauch in der **Landwirtschaft** sich an Nachhaltigkeitskriterien messen lassen muss. Natürlich gibt es zahlreiche Studien, die belegen, dass der **Ökolandbau** bei Wasserschutz, Luftschutz und so weiter die Nase vorn hat.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das habe ich auch gesagt!)

Wir treten in dieser Frage gern in einen Wettbewerb mit der FDP, aber wahrscheinlich brauchen wir Grünen da keine Nachhilfe von Ihnen.

Ich möchte etwas zum Beitrag der CDU sagen. Herr Kollege Voß hat das ausgeführt. Woher kommt eigentlich die Agrarförderpolitik? Zu Zeiten von Sicco Mansholt war fast die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, die Produktion war gering, die wachsende Industrie hatte Nachfrage nach Arbeitskräften, und die Ernährung der Bevölkerung nach dem Krieg war zu sichern. Dem diente eine Förderpolitik, wie wir sie kennen, mit der Folge: wachsen oder weichen. Herr Rickers, konservativ heißt nicht, dass ich an Förderinstrumenten festhalte, die ihre gesellschaftliche Aufgabe erledigt haben.

Der Minister hat einen dreistelligen Millionenbetrag mehr ins Land geholt, als zu erwarten war. Das ist eine Leistung für sich. Auch Tobias Koch wird unterschreiben, dass das gut fürs Land Schleswig-Holstein ist.

(Vereinzelter Beifall)

Wir streiten uns über die Art, wie wir mit diesen Mitteln für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft umgehen. Die Landwirtschaft muss Gemeinwohlleistungen erbringen - Wasser, Luft, Landschaft, Tierwohl. **Tierwohl** ist das Skurrilste, wenn man das wirtschaftlich misst. Der Produktionsfaktor Tier soll sich wohlfühlen - das passt nicht zusammen. Daher muss darüber nachgedacht werden, wie wir den gesellschaftlichen Anspruch mit der Wirtschaftsform verbinden können.

Wo sind die Grenzen des Wachstums? Um diese Frage drückt sich der Bauernverband, drückt sich die CDU. Wie wenig Bauern verträgt das Land? Einen in einer Dreihundert-Einwohner-Gemeinde oder einen halben? Oder nur einen pro Amt? Ich sage Ihnen zum Landgrabbing: In den mittel- und osteuropäischen Ländern gehört inzwischen ein Viertel des Landes Kapitalgesellschaften, die mit Landwirtschaft nichts zu tun haben. Herr Rickers, Sie werden die Grünen noch anbetteln und sagen: Bitte verbündet euch mit uns! Mein inneres Bild ist, dass wir hier irgendwann einmal den stellvertretenden CEO eines internationalen Hedgefonds als Präsidenten des Bauernverbandes Schleswig-Holstein haben werden, und der sagt immer noch: Wir müssen die kleinen Bauern im Lande retten, macht bitte keine Politik zugunsten der **gesellschaftlichen Ansprüche** an die landwirtschaftliche Produktion.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Sie schüren Ängste!)

Meine Damen und Herren, wir Grüne setzen uns dafür ein, dass es viele grüne Bauern in Schleswig-Holstein gibt. Das brauchen wir: Power-to-the-Bauer - und nicht immer Wachstum ohne Grenzen. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Tagesordnungspunkt 2 ist mit der Regierungserklärung und der Aussprache erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 35 schlage ich nach einer Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Landesregierung über die Behandlung von Vorlagen der Landesregierung nach den Gesetzen über die Gemeinschaftsaufgaben aus der 14. Wahlperiode vor, den vorgelegten Bericht in den Fachausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/2234

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/3062

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3119

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3120

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Vertrauen auf Ihre Lesekompetenz verweise ich auf die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, insbesondere auf den dritten Absatz. - Vielen Dank.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank für den umfassenden Bericht. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch von der CDU-Fraktion.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Die CDU-Fraktion steht für Transparenz bei der **Veröffentlichung von Bezügen**, und zwar zu 100 % und nicht nur zu 50 %, wie uns die Finanzministerin meinte, vorwerfen zu müssen. Oder würden Sie, Frau Heinold, auch Ihren Parteifreunden in Rheinland-Pfalz den Vorwurf machen, nur zu 50 % für Transparenz zu sorgen?

Der Gesetzentwurf der dortigen rot-grünen Landesregierung sieht nämlich vor, bei Beteiligung des Landes an privatrechtlichen Unternehmen die Vergütung offenzulegen. Regelungen für den kommunalen Bereich enthält das Gesetz in Rheinland-Pfalz hingegen nicht. Die Sparkassen sind in Rheinland-Pfalz nach § 3 des Gesetzes von der Veröffentlichung der Bezüge explizit ausgenommen. Die **Kommunen** sind nämlich Träger der Sparkassen, haften aber nicht für sie; und somit ist auch gar keine Gefahr gegeben, dass der Steuerzahler für Verluste der Sparkassen aufkommen muss, wie es in der Gesetzesbegründung der Landesregierung für die Veröffentlichung der Bezüge heißt.

Das rheinland-pfälzische Transparenzgesetz enthält damit genau die Position, die die CDU in Schleswig-Holstein vertritt: Ja zu einer gesetzlichen Regelung auf Landesebene, aber nicht von oben herab den Kommunen etwas vorschreiben, was diese in eigener Entscheidungskompetenz genauso gut selber regeln können.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Tobias Koch [CDU]:

Immer gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Koch, wenn Sie schon die Praxis von Rot-Grün in anderen Ländern zum Vorbild nehmen, würden Sie den Kolleginnen und Kollegen, die mit der Materie nicht so vertraut sind, bestätigen, dass der ebenfalls rot-grüne Entwurf in Nordrhein-Westfalen, das rote Gesetz in Hamburg - so sage ich einmal -, das Gesetz in Berlin allesamt Sparkassen und die kommunale beziehungsweise städtische Ebene umfassen?

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Tobias Koch [CDU]:

Das kann ich nicht bestätigen, weil das Gesetz in Nordrhein-Westfalen kein rot-grüner Entwurf war, sondern auf die CDU/FDP-Regierungszeit zurückgeht. Das hilft mir in der Argumentation nicht so richtig weiter; das sehe ich ein.

(Heiterkeit)

Ich will mich da herauslavieren, indem ich sage: Der aktuelle Gesetzentwurf ist der in Rheinland-Pfalz. Er befindet sich seit wenigen Tagen dort in der Beratung. Insofern haben die aus Rheinland-Pfalz offensichtlich aus der Erfahrung im Nordrhein-Westfalen gelernt und die richtigen Schlüsse daraus gezogen. Das sollten wir genauso tun.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Meine Damen und Herren, mit dieser Positionierung machen wir keinen Rückzieher und erst recht

(Tobias Koch)

keine Kehrtwende. Wenn Sie sich meine Rede im Rahmen der ersten Lesung zu diesem Gesetzentwurf im Oktober des letzten Jahres anschauen, werden Sie feststellen, dass ich mich auch damals schon sehr kritisch mit der im Gesetz formulierten Hinwirkungspflicht auseinandergesetzt habe. Sie wissen ganz genau, dass das Land nicht die gesetzgeberische Zuständigkeit hat, um den Kommunen bei der zur Veröffentlichung von Bezügen Vorschriften zu machen. Ansonsten hätten Sie es einfach in das Gesetz hineinschreiben können. Stattdessen wählen Sie den Umweg - quasi durch die Hintertür - mit einer Hinwirkungspflicht für kommunale Vertreter in den Unternehmensgremien. Damit heben Sie den Verfassungsgrundsatz der kommunalen Selbstverwaltung auf, und das ist für uns als CDU nicht akzeptabel.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Sicherlich gibt es mitunter die Notwendigkeit, unterschiedliche Rechtsnormen gegeneinander abzuwägen. Ein Beispiel dafür haben wir in der mündlichen Anhörung erlebt, als uns der Datenschützer erläuterte, dass das öffentliche Interesse an Transparenz stärker wiegen würde als die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen. Ich fand das eine bemerkenswerte Argumentation. Man könnte damit in anderem Zusammenhang genauso argumentieren, dass das öffentliche Interesse an Sicherheit stärker wiegen würde als der Schutz von personenbezogenen Daten. Aber gut, das ist eine andere Debatte, die ich jetzt an dieser Stelle nicht führen will.

Wie ließe sich nun aber ein Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte **kommunale Selbstverwaltung** rechtfertigen? Eine wirklich schlimme Begründung kam dafür von dem Vertreter von Transparency in der mündlichen Anhörung. Er argumentierte sinngemäß, die kommunalen Abgeordneten würden den Vorständen von Stadtwerken, Sparkassen und kommunalen Unternehmen die dicken Gehälter zuschanzen, weil diese im Gegenzug den örtlichen Sportverein fördern würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, GRÜNEN und SSW, ich bin mir sicher, dass ist nicht Ihre Position, das ist nicht das Bild, das Sie von unseren Gemeindevertretern und Kreistagsabgeordneten haben. Sie müssen sich aber schon bewusst sein, dass Sie genau diesem Misstrauen und diesen Vorurteilen Vorschub leisten, indem sie die kommunalen Vertreter mit einer Hinwirkungspflicht quasi entmündigen. Auch wenn ich Ihnen in keiner Weise unterstellen will, dass Sie die Sichtweise des Vertreters von Transparency teilen, so fehlt es Ihnen

anscheinend doch an genügend Vertrauen zu unseren kommunalen Abgeordneten.

Es bedarf keines Eingriffs in die kommunale Selbstverwaltung, wenn Sie den demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertretern in den Gemeindevertretungen und Kreistagen genügend vertrauen würden, über die Veröffentlichung von Bezügen in eigener Verantwortung zu entscheiden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Deshalb wundert es auch überhaupt nicht, dass bei diesem Gesetzesvorhaben die kommunalen Landesverbände, aber auch die Verbände der kommunalen Unternehmen und der Sparkassen nicht an Ihrer Seite sind, sondern Sie diese geschlossen gegen sich haben. Wenn Sie aber schon derartige Regelungen für die kommunale Ebene vornehmen, dann wäre es das Mindeste gewesen, dass Sie den Konnexitätsgrundsatz beachten und den zusätzlichen finanziellen Aufwand ausgleichen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Frau Raudies, auf diesen Einwand habe ich gewartet. Sie werden mir sofort sagen: vollkommen unnötig, das sei finanziell irrelevant, wenn sie das alles in den Abschlussberichten - -

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Das ist Ihre Argumentation. Die habe ich erwartet. Aber wir haben von Ihnen schon oft genug gehört, dass es nicht notwendig sei, **Konnextität** herzustellen, denn es würden auf kommunaler Ebene keine Kosten anfallen, nur um anschließend feststellen zu müssen, dass millionenschwere Ausgleichszahlungen an die Kommunen fällig wurden.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Jetzt mal konkret eine Beispielrechnung!)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt der Veröffentlichung von Bezügen zu, sofern es sich dabei um juristische Personen des öffentlichen Rechts auf Landesebene handelt,

(Beifall CDU)

sofern es sich dabei um private Unternehmen mit Landesbeteiligung handelt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Tobias Koch [CDU]:

Wir stimmen ebenfalls bei Landesbeteiligung oder Zuwendungsempfängern des Landes zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie noch eine letzte Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

(Volker Dornquast [CDU]: Ob es die letzte ist, weiß ich nicht! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Eine letzte Frage von mir? Na, ich weiß nicht! Ich bin ja selber in kommunalen Aufsichtsräten! - Weitere Zurufe)

Tobias Koch [CDU]:

Immer.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Koch, können Sie mir vielleicht doch - ich bin ja ein neugieriger Mensch - in diesem konkreten Beispiel, also nicht mit einem abstrakten Verweis, darstellen, wo Konnexität gegeben ist? Sie wissen, dass bei Konnexität verschiedene Auflagen erfüllt sein müssen. Es muss eine Aufgabe übertragen werden oder bei der Aufgabenerfüllung ein Standard höher gesetzt werden, und es muss ein direkter zahlenmäßiger Nachweis der kommunalen Gebietskörperschaft sein. Können Sie mir - Sie haben auch kommunale Erfahrung - für Ihre Gebietskörperschaft einen Fall konstruieren, wie viele Mehrkosten es geben würde, wenn man die Bezüge des Geschäftsführers eines kommunalen Unternehmens ganz normal in Ihrem Amtsblatt veröffentlicht, das Sie sicherlich auch haben?

- Herr Kollege Dr. Dolgner, im Grunde war die Antwort in Ihrer Frage enthalten. Sie setzen einen neuen Standard, nämlich die Veröffentlichung von Bezügen, eine Konkretisierung dieser Aufgabewahrnehmung, Veröffentlichung von Bezügen. Das wird gewissen Mehraufwand mit sich bringen. Ich kann ihn nicht beziffern. Das war aber auch nicht die Frage.

- Doch, das war die Frage!

- Es wird einen gewissen Mehraufwand mit sich bringen, weil es gewissen Koordinierungs-, Abstimmungs-, Beratungsbedarf, Gremiensitzungen gibt, weil es entsprechend zu veröffentlichen ist, in welcher Form auch immer. Wir brauchen hier gar nicht über die Höhe zu streiten. Es geht hier um den Grundsatz der Konnexität. Sie sagen immer, das sei zu vernachlässigen, das sei gering, das spiele gar keine Rolle. Das war auch heute in Ihren Zwischenrufen Ihre Argumentation.

Genau das haben wir bereits mehrfach erlebt. Hinterher mussten wir dann feststellen, dass doch Kos-

ten anfallen. Sie vereinbaren mit den Kommunen dann anschließend millionenschwere Ausgleichszahlungen. Wir wollen mal gucken, ob wir das bei diesem Gesetz auch erleben werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Tobias Koch [CDU]:

Ich meine, seine Frage von vorhin ist damit beantwortet. Das war in der Tat nicht das stärkste Argument, aber es ist zu berücksichtigen. Man kann sich nicht einfach immer über bestehende Rechtsgrundsätze hinwegsetzen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das, was das tatsächlich kostet, gehört auch zu den Rechtsgrundsätzen der Konnexität.

(Zuruf CDU)

- Ja, es ist doch so. Wenn Herr Koch einen solchen Vorwurf in den Raum stellt, dann interessiert mich das auch zahlenmäßig. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass die **Länge der Gremiensitzungen** nach Ihrer Auffassung zu erheblichen Mehrkosten führt. Das finde ich spannend. Dann haben Sie auch Kosteneinsparpotenziale für die Verwaltung anhand der Länge der Gremiensitzungen. Ich finde Ihre Argumente sehr bedenkenswert und teilweise auch bedenklich. - Dies war aber nur eine Bemerkung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Kollege Dr. Dolgner, wir lesen das im Protokoll noch einmal nach. Von Länge der Gremiensitzungen habe ich, glaube ich, nicht gesprochen, sondern von Mehraufwand bei den Gremiensitzungen, von Vorbereitung und Koordination und vielleicht auch noch von der Anzahl von Gremiensitzungen, um etwas vorzubereiten und zu klären.

Aber noch einmal: Es ist ein winzig kleiner Teilaspekt. Sie sollten jetzt nicht versuchen, Nebelkerzen zu werfen. Ich lasse dazu jetzt auch keine weiteren Fragen mehr zu. Das ist in der Tat nur ein Detailpunkt. Dass Sie sich damit aber noch nicht einmal

(Tobias Koch)

beschäftigt haben, dass Sie in Ihrem Gesetzesvorhaben darauf noch nicht einmal eingehen, weil Sie es gar nicht für nötig halten, in Ihrem Gesetzentwurf darauf einzugehen, Herr Dr. Dolgner, halte ich wiederum für bedenklich.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Sie haben sich mit der Frage der **Konnexität** nicht beschäftigt. Sie stellen nämlich fest, Konnexität sei nicht gegeben. So etwas haben Sie schon öfter gemacht. Immer wieder stellen wir dann aber hinterher fest, es ist doch so, es ist Konnexität gegeben. Sie dagegen vernachlässigen das am Anfang immer. Das war meine Botschaft, und das gilt in diesem Fall genauso.

Ich möchte nun gern zum Ende meiner Rede kommen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke! - Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wären bereit - das macht unser Änderungsantrag auch deutlich -, der Grundintention dieses Gesetzentwurfs auf Landesebene zuzustimmen. Die Artikel 1 und 2 sind für uns völlig unstrittig. Wir lehnen aber die Regelungen durch die Hintertür für die kommunale Ebene ab. Deshalb schlagen wir vor, die Artikel 3 bis 5 zu streichen.

Sollte dieser Änderungsantrag keine Mehrheit finden, sehen wir uns leider gezwungen, auch dem gesamten Gesetzesvorhaben unsere Zustimmung zu verweigern. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Preetz und der Elbschule in Glückstadt. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist es soweit: Schleswig-Holstein bekommt ein **Transparenzgesetz**, auch wenn es bei uns etwas umständlicher

„Vergütungsoffenlegungsgesetz“ heißt. Dafür ist der Name aber auch Programm.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir regeln damit die **Offenlegungspflichten für Vorstands- und Aufsichtsgremien in öffentlichen Unternehmen**. Ich erspare mir jetzt die Aufzählung, welche Unternehmen damit gemeint sind. Das ist in der Gesetzesbegründung ausführlich dargelegt worden. Deswegen beschränke ich mich auf die Gründe, warum wir das tun.

Warum also tun wir das? Vertrauen ist die Grundlage jeder funktionierenden Demokratie. Und hier geht es nicht um eine Neiddebatte, sondern um das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit. Insbesondere leuchtet das Argument ein, dass der Eigentümer Anspruch auf diese Informationen hat. Jeder von Ihnen, der Aktien besitzt, weiß, dass dies in einer Aktiengesellschaft kein Geheimnis ist. Eigentümerin öffentlicher Unternehmen ist die öffentliche Hand, die letztlich auch die Risiken trägt - leider gab es immer mal wieder auch schlechte Beispiele -, und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Diese zentralen Informationen müssen daher so veröffentlicht werden, dass Bürgerinnen und Bürger sie einsehen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So wie die Gehälter von Ministerinnen und Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären und die Diäten der Abgeordneten öffentlich sind, dürfen auch die Bezüge des Führungspersonals öffentlicher Unternehmen kein Geheimnis sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Wettbewerbsnachteil leitet sich daraus nicht ab; denn Transparenz ist nur für den von Nachteil, der etwas zu verbergen hat.

Meine Damen und Herren, die CDU kritisiert nun gerade auch Herr Koch - die **Einbeziehung der Kommunen**, und dies auch noch durch die Hintertür. Ich denke, im Gesetz steht doch ausdrücklich drin: Wir ändern die Gemeindeordnung. Wo also ist da die Hintertür? Deutlicher können wir es doch eigentlich gar nicht mehr sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es traurig, dass Sie diese große Keule schwingen müssen, um zu begründen, warum Sie den Gesetzentwurf ablehnen. Am besten gefiel mir

(Beate Raudies)

Ihr Appell an uns, doch Vertrauen in die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und in deren Entscheidungen zu setzen. Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten insoweit mangelndes Vertrauen. Ich erinnere insoweit nur an die Debatten zum FAG und zum Kommunalen Haushaltskonsolidierungsgesetz, in denen Vertreter Ihrer Fraktion gesagt haben, man könne den Kommunen und den Kommunalvertretern nicht alles durchgehen lassen. Wenn es darum gehe, Haushaltsfehlbeträge auszugleichen, dann müsse man dem schon nachgehen und müsse hinterfragen, wie diese Fehlbeträge denn zustande gekommen seien. Es ist schon lustig, zu sehen, wie sich die Debatten ins Gegenteil verkehren, wenn es einem denn passt.

(Beifall SPD)

Das fand ich schon spannend.

Wir halten es für inkonsequent, eine staatliche Ebene auszunehmen. Deshalb kann ich auch keinen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung erkennen, sondern ich sehe hier gleiches Recht für alle.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land hat dazu die Gesetzgebungskompetenz. Wie sollten die Kommunen es denn sonst regeln? Ich sehe auch keinen zusätzlichen und überhöhten **bürokratischen Aufwand** für die kommunalen Gesellschaften, wie der Gemeindetag oder jetzt auch Herr Koch dies befürchten. Auch heute schon - „Ein Blick in das Gesetz erleichtert die Rechtsfindung“, sagte einer meiner Professoren immer - müssen kommunale Unternehmen Abschlüsse unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung erstellen. Daher ist Ihr Argument an den Haaren herbeigezogen, Herr Koch.

Meine Redezeit läuft mir nun leider weg. Sonst könnte ich Ihnen aus meiner Erfahrung als Verwaltungsrätin der Sparkasse einiges dazu erzählen. Aber das können wir nachher beim Kaffee machen.

Außerdem sind die Regelungen notwendig, weil bei privatrechtlich organisierten Gesellschaften die Gemeindevertretung heute nur wenig Möglichkeiten hat, die Offenlegung dieser Daten zu verlangen. Wenn kein Aufsichtsrat existiert oder einzelne Fraktionen aufgrund des Mehrheitsprinzips darin nicht vertreten sind, sind für diese Personen die Informationsmöglichkeiten oftmals gleich null. Und das ist auch nicht gut.

Bewusst verzichten wir auf die Einbeziehung der Kammern und ihrer Versorgungswerke; denn Kammern sind keine öffentlichen Unternehmen, sondern

berufsständische Vertretungen, denen gegebenenfalls öffentliche Aufträge übertragen werden.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

- Das macht mich jetzt stutzig, Herr Garg, dass Sie an dieser Stelle klatschen. - Nein, alles gut.

Im Übrigen hat sich etwa die IHK schon auf den Weg gemacht. So finden sich im Portal „IHKtransparent“ bereits Angaben zu den Gehältern der Führungskräfte. Auf den Weg gebracht hat das mein Elmshorner Mitbürger, Herr Driftmann.

Abschließend noch zu dem Änderungsantrag der PIRATEN. Zu Herrn Breyer fällt mir immer gern das olympische Motto „schneller, höher, weiter“ ein, das ist jetzt offensichtlich die Maxime des Handelns der PIRATEN. Zum Zweiten fällt mir die Werbung für eine Schweizer Hustenbonbon-Marke ein, aus der der schöne Satz stammt: „Wer hats erfunden?“ Das spielte eben auch bei Frau Beer in der Debatte über die Agrarpolitik eine Rolle. Hier lautet natürlich die Antwort immer: „Die PIRATEN“. Wenn Sie ruhiger schlafen können, Herr Breyer, dann heften Sie sich gern dieses Fleißpünktchen ans Revers. Ob es dann am Ende für die Versetzung reicht, werden wir sehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ganz so schlecht kann unser Entwurf nicht sein: Den PIRATEN geht er nicht weit genug, der CDU geht er zu weit, und die FDP stimmt hoffentlich zu. Jedenfalls hat sie dies angekündigt. Damit bin ich ganz zufrieden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Vergütungsoffenlegungsgesetz ist ein großer Wurf für unser Land; denn zukünftig werden die Gehälter von Vorständen öffentlicher Unternehmen transparent gemacht. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie öffentliche Gelder, also eben auch diese, eingesetzt werden.

(Rasmus Andresen)

Unser Vergütungsoffenlegungsgesetz ist eine **Transparenzoffensive**. Mehr Transparenz bedeutet bessere Kontrolle und führt zu mehr Akzeptanz. Was für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, die Landesregierung und auch uns Abgeordnete selbstverständlich ist, soll zukünftig auch für die Offenlegung anderer Bezüge eine Selbstverständlichkeit werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zu den Grundsätzen hat die Kollegin Raudies schon viele Dinge gesagt, denen wir uns anschließen können. Wir haben im Anhörungsverfahren als Koalitionsfraktionen noch ein paar Änderungsanträge eingebracht und formuliert. Darin geht es zum Beispiel um eine **zentrale Veröffentlichung** der Bezüge auf der Internetseite des Finanzministeriums.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das ist uns wichtig, damit die Informationen für alle zugänglich sind und schnell und zentral gefunden werden können.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lars Winter [SPD] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dies war das Ergebnis von Anhörungen aus anderen Bundesländern, die auch die PIRATEN hier eingebracht haben. Das wollen wir sehr gern so machen.

Zudem haben wir auch eine weitere Anregung aufgegriffen. Es soll auch Transparenz darüber hergestellt werden, welche Voraussetzungen im Fall der vorzeitigen Beendigung eines Vertrags für **Abfindungen** vereinbart wurden. Auch das ist ein wichtiger Schritt. Auch da hatte der Gesetzentwurf eine kleine Lücke, die wir mit unseren Änderungsanträgen schließen.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es besteht zum Beispiel ein öffentliches Interesse daran, zu erfahren, ob Zahlungen beispielsweise auch bei Kündigung wegen schlechter Leistung fließen, nicht um Menschen anzuprangern, aber um vollumfänglich zu informieren.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Zudem stellen wir durch unsere Änderungen auch klar, dass die vertraglich vereinbarte Altersgrenze für Abfindungszahlungen veröffentlicht werden muss.

In einem dritten Punkt fassen wir die Transparenzregelungen in unserem Gesetzentwurf noch etwas weiter. Es geht dort um **Unternehmen, die vom Land gefördert** werden. Das ist in der Öffentlichkeit etwas unterschiedlich dargestellt worden. Deswegen will ich dazu ein paar Sätze sagen.

Es gibt institutionelle Zuwendungsempfänger, die unternehmerisch tätig sind. Diese sind vom Gesetz betroffen und müssen ihre Vergütungsstruktur in Zukunft offenlegen. Zumindest dann, wenn das Land 25 % oder mehr von der Unternehmensförderung trägt, müssen die Bezüge von Vorständen und Aufsichtsräten zukünftig veröffentlicht werden. Als Beispiel dafür kann man unsere Tourismusorganisation, die TASH, nennen. Sie würde unter diese Regelung fallen. Der ursprüngliche Gesetzentwurf hatte eine Regelung von 50 % vorgesehen. Wir haben uns an dem orientiert, was Transparency in der Anhörung vorgeschlagen hat, und sind bei 25 % gelandet.

An der Regelung zu den **Unternehmensbeteiligungen** ändern wir nichts. Das können wir auch nicht - das wurde schon angesprochen -, auch wenn dieser Schritt aus grüner Perspektive wünschenswert wäre. Für Beteiligungen gilt hingegen bei uns im Gesetz die Hinwirkungspflicht. Privatrechtliche Unternehmen fallen unter das Bundesrecht. Deswegen gibt es für uns nur den Umweg über die öffentlichen Träger mit der eben angesprochenen Hinwirkungspflicht, die dann beispielsweise auch für die kommunalen Träger öffentlicher Sparkassen gilt.

Die Transparenz über Gehälter in öffentlichen Unternehmen muss aus unserer Sicht auch für die **kommunale Ebene** in einem Landesgesetz geregelt werden. Denn wie sollte man sonst für alle Kommunen die gleiche Situation schaffen? Es geht gar nicht anders. Diese Antwort sind die Kritiker in diesem Bereich schuldig geblieben.

(Beifall Lars Winter [SPD] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es gibt von kommunaler Seite den Wunsch, hier tätig zu werden. Deswegen tun wir das auch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wie nötig das ist, zeigen beispielsweise Erfahrungen aus Lübeck. Die „Lübecker Nachrichten“ haben im Mai 2015 ausführlich darüber berichtet, dass dort gerade einmal vier von elf Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern ihr Jahresgehalt veröffentlichen, obwohl die Stadt einen Transparenzkodex hat und obwohl es dort politische Mehrheiten

(Rasmus Andresen)

gibt, die unseren Ansatz unterstützen. Gerade deshalb ist uns dieser Punkt so wichtig, nicht um Neiddebatten zu fördern, sondern um die Akzeptanz in der Gesellschaft für diesen Bereich zu stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir Grüne hätten uns - das soll auch kein Geheimnis sein - in ein paar Punkten auch noch weitergehende Regelungen vorstellen können. Wir meinen aber, dass dieser Gesetzentwurf eine gute Grundlage ist und ein kräftiger Schritt in die richtige Richtung. Ich bin mir sicher, dass in ein paar Jahren, wenn wir Praxiserfahrung mit diesem Gesetzentwurf gesammelt haben, auch die letzten Bedenken-träger, die dafür übrigens keine konkreten Beispiele in der Anhörung nennen konnten, verschwinden. Wir werden dann, denke ich, zu noch mehr Transparenz auch in anderen Bereichen kommen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Frau Raudies, ich wollte Sie wirklich nicht erschrecken. Ich wollte eigentlich nur das klarmachen, was ich schon in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs angedeutet habe: Die FDP-Fraktion fand die Vorlage der Landesregierung überzeugend.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Mehrheit!)

- Kollege Vogt hat natürlich erhebliche Bedenken.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] - Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Das stimmt, Herr Ministerpräsident, auch wenn Zwischenbemerkungen von der Regierungsbank eigentlich nicht zulässig sind. Aber sie sind transparent. - Frau Kollegin, ich würde sogar einen Schritt weitergehen als der Kollege Andresen, der es ja fast ein Stück eingeschränkt hat, indem er gesagt hat, es sei ein erster kräftiger Schritt in die richtige Richtung. Wir begrüßen den vorgelegten Gesetzentwurf, so, wie wir ihn gestern mit Ihnen gemeinsam im Ausschuss besprechen durften, mit dem Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen, mit dem Sie deutlich gemacht haben, worum es Ihnen bei den Veröffentlichungspflichten geht, wie

Sie sich die von Ihnen geforderte Internetplattform vorstellen. Wir haben das gemeinsam miteinander besprechen können. Uns war, ist und bleibt wichtig, dass eine solche Veröffentlichung und eine solche Darstellungsform kein **Internetpranger** wird. Das haben Sie aus unserer Sicht überzeugend ausgeräumt.

Vor dem Hintergrund will ich mich dem, was Sie gesagt haben, anschließen. Es gibt nicht einen einzigen vernünftigen Grund, warum Parlamentarier, Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre ihre Einkünfte veröffentlichen sollen, aber Unternehmen in öffentlicher Hand oder zumindest mit öffentlicher Beteiligung nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Natürlich kann man sich, wie der Kollege Koch es getan hat, darüber unterhalten und auch miteinander diskutieren, ob beispielsweise die **Sparkassen** dazugehören oder nicht. Diese Diskussion haben auch wir in der FDP-Fraktion sehr intensiv geführt. Wir haben uns schließlich unter Zurückstellung einiger Bedenken des Kollegen Vogt dafür entschieden, dass es keinen vernünftigen Grund gibt.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Bezog sich Ihr Beifall auf die Bedenken des Kollegen Vogt oder darauf, dass wir uns so entschieden haben, Herr Kollege Andresen? - Ich kürze es an dieser Stelle ab. Ich denke im Übrigen, dass sich die Bedenken, das könnte möglicherweise zu einer Neiddebatte werden, sehr schnell als falsch erweisen werden und dann möglicherweise der eine oder andere nicht nur in die eine Richtung von den Veröffentlichungen überrascht wird, sondern vielleicht auch in die andere. Denn schließlich tragen diese Menschen auch hohe bis höchste Verantwortung. Dafür sollen sie auch anständig bezahlt werden. Es spricht nichts dagegen, dass die interessierte Öffentlichkeit das erfährt.

Wir werden dem Gesetzentwurf auch in der geänderten Fassung heute so zustimmen. Wir werden sowohl den Unionsantrag als auch den Antrag der PIRATEN ablehnen, weil wir finden, dass das, was heute zur Abstimmung vorliegt, der richtige Weg ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort. - Entschuldigung! Selbstverständlich kommen zuerst die PIRATEN. Es tut mir leid, Herr Abgeordneter Harms. - Herr Dr. Breyer, fühlen Sie sich aufgefordert.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehen Sie es mir nach, dass ich es mir nicht nehmen lassen möchte, heute zu diesem Punkt zu reden. Denn es ist in der Tat ein großer Tag für die **Transparenz** in Schleswig-Holstein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Transparenz steht neben einer Stärkung der Bürgerrechte und der Mitbestimmung der Bürger nicht nur auf den Wahlplakaten der Piratenpartei, sondern wird von uns auch geliefert. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei den anderen Fraktionen dafür bedanken, dass sie schon im Jahr 2013 eine Initiative von uns für ein Vergütungsoffenlegungsgesetz unterstützt haben. Danke auch der Finanzministerin dafür, dass sie und ihre Beamtinnen und Beamten einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet haben.

Wie fast alle meine Vorredner schon gesagt haben, ist es absolut richtig, dass genauso transparent wie das, was Beamte oder Abgeordnete verdienen, künftig auch das sein muss, was Geschäftsführer und Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen wie zum Beispiel Sparkassen oder auch Stadtwerken verdienen,

(Beifall Uli König [PIRATEN])

und zwar in Bezug auf die Festgehälter, die Boni, die Abfindungen und auch die Altersversorgungen, die gezahlt werden.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, damit ist keineswegs der pauschale Vorwurf überhöhter Bezüge verbunden, sondern umgekehrt geht es darum, durch Transparenz **Vertrauen** zu schaffen und die **Akzeptanz** für diese Vergütung zu stärken.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dieser Grundansatz, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion, gilt natürlich gerade auch für **kommunale Unternehmen**. Das sind nämlich die allermeisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf zwei Punkte in der Vorlage, die uns der Finanzausschuss hier zur Abstimmung stellt, sind wir PIRATEN be-

sonders stolz und möchten auch der Koalition danken, dass sie unsere Anregungen aufgegriffen hat. Es wird in Schleswig-Holstein eine **zentrale Veröffentlichungsplattform** auf der Internetseite des Finanzministeriums geben, und zwar für alle öffentlichen Unternehmen in Schleswig-Holstein, also in einem Flächenland. Damit sind wir das erste Flächenland, das einen derartigen Grad an Transparenz schafft.

Zweitens. Neben der Höhe der vereinbarten Abfindungen und Pensionen sollen auch die Voraussetzungen, unter denen diese zugesagt wurden, offengelegt werden. Das heißt, dass die **Voraussetzungen**, unter denen die **Abfindungen** zu zahlen sind - ich erinnere hier an den Streit im Fall Nonnenmacher, bei dem es darüber einen sehr großen Streit gegeben hat -, aber auch beispielsweise das Renteneintrittsalter öffentlich werden.

Das ist auch ein Maß an Transparenz, das es in keinem anderen Bundesland gibt. Damit sind wir bundesweit Spitze, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Leider weist der Gesetzentwurf, dem wir auch zustimmen werden, lieber Kollege Lars Harms, noch drei empfindliche Lücken, man könnte auch sagen Hintertürchen, auf. Deswegen haben wir einen **Änderungsantrag** vorgelegt, der diese schließen soll.

Es geht erstens in dem Gesetzentwurf um die Ausnahmen für Kreditinstitute, Kammern und Versorgungswerke. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was die **Kammern** angeht, sind dies zwar keine öffentlichen Unternehmen, aber es sind sozusagen Aufsichtsbehörden, die im öffentlichen Interesse auch dafür sorgen sollen, dass sich die Mitglieder der Kammern an die entsprechenden Vorschriften halten. Und es wird auch dagegen vorgegangen, sofern dies nicht der Fall ist. Deswegen weist auch das Datenschutzzentrum zu Recht darauf hin, dass schon heute auf Antrag diese Vergütung bekanntzugeben ist. Insofern wundert es mich nicht, dass die IHK von sich aus anfängt, dieses zu veröffentlichen. Insofern wäre es auch kein großer Schritt, dieses quasi per Default zu veröffentlichen.

(Beifall PIRATEN)

Zweitens ist in diesem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung noch eine Ausnahme für alle **jetzigen Mitglieder von Aufsichts- und Geschäftsführungsgremien** enthalten. Das heißt quasi, dass dieser Gesetzentwurf noch auf längere Zeit hinaus seiner Wirksamkeit beraubt wird, dass wir erst einmal

(Dr. Patrick Breyer)

nur eine Nulltransparenz erreichen, Frau Ministerin, um Ihre Worte zu wählen. Eine solche Bestandsaufnahme ist absolut unüblich, wenn ich mir die Gesetze in anderen Ländern ansehe. Sie führt außerdem zu einer Ungleichbehandlung. Das bedeutet, dass im nächsten Jahr vielleicht ein oder zwei Mitglieder eines Gremiums transparent sind, die Vergütung der Altmitglieder aber nicht. Das finde ich sehr schlecht, auch innerhalb des Gremiums. Diese Ausnahmen sollten wir streichen.

(Beifall PIRATEN)

Drittens. Von den zehn unternehmerisch tätigen Einrichtungen in unserem Land, die dauerhaft Zuschüsse erhalten, müssen nur diejenigen, die einen **Zuschuss von über 25 % ihres gesamten Haushaltes** bekommen, offenlegen. Das ist unüblich und nicht im Interesse des Steuerzahlers. Auch diese Ausnahme sollten wir streichen.

Um in der Sprache von Frau Heinold zu sprechen, bringt dieses Gesetz in der Fassung des Finanzausschusses wegen der Übergangsregelung erst einmal eine Null-Prozent-Transparenz. Nach einigen Jahren sind es vielleicht 60 %. Mit unserem Änderungsantrag, der alle Gruppen einbezieht, können wir jedoch sofort 100 % erreichen. Deswegen werde ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall PIRATEN)

Denn Transparenz sichert Vertrauen, und dafür steht die Piratenpartei. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. Doch! - Natürlich kommt jetzt auch noch der Vertreter des SSW.

(Zuruf: Jetzt kommt der auch noch?)

- Nein, das ist doch klar. Ich hatte die Information, dass die Rede zu Protokoll gegeben wird, das ist aber falsch.

Lars Harms [SSW]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt komme ich auch noch. - Aber trotzdem stellt sich die Frage: Dürfen die Bezüge von leitenden Funktionsträgern in **öffentlichen Unternehmen** offengelegt werden? - Wir meinen in der Tat: Ja. Und zwar gilt dies sowohl für Unternehmen und Institutionen, die beim **Land** angesiedelt sind, als auch bei den **Kommunen**.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Dabei geht es darum, dass die Institutionen, die vollständig der öffentlichen Hand gehören, wie zum Beispiel die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten und somit einen anderen Auftrag haben als private Unternehmen. Sie sind quasi öffentliche Einrichtungen, und damit sollten auch die Bürgerinnen und Bürger wissen, wie gut oder schlecht in diesen öffentlichen Einrichtungen verdient wird. Dabei sprechen wir nur von den Topbeschäftigten und nicht von den normalen Bediensteten. Meine Damen und Herren, deren Gehälter sind ohnehin heute schon relativ gut nachvollziehbar. Es geht hier um Einkommen, die mehr oder weniger frei verhandelt wurden, die sich an der Marktlage orientieren und zu deren Bestandteil oft auch üppige Pensionsregelungen gehören.

Was für Politiker, sei es im Landtag oder in der Regierung, schon völlig normal ist, sollte nun auch für die Topbeschäftigten öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen gelten. Dabei spielt hier nicht unbedingt der Neidfaktor eine Rolle, sondern vielmehr geht es darum, dass Unternehmen und Einrichtungen, die vom Staat getragen und finanziert werden, auch offenlegen sollten, was ihre Topverdiener verdienen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Schließlich werden sie vom Volk über Steuern und Abgaben finanziert. Dann darf das Volk wohl auch erfahren, wie viel diese Menschen verdienen. Diese Kontrolle ist auch für die öffentlichen Unternehmen und Institutionen von Vorteil, denn so werden gleich mögliche Gerüchte um Vetternwirtschaft und Selbstbedienungsmentalität ausgeräumt, sofern die Bezüge natürlich auch vernünftig sind.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, viele öffentliche Unternehmen und Institutionen legen schon heute die Verdienste ihrer Topleute offen und haben überhaupt keine Schwierigkeiten damit. Wir wollen nun aber, dass dies nicht jeder für sich tut, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger die Verdienste auf einem **gemeinsamen Internetportal** nachlesen können. Beim Finanzministerium soll deshalb ein solches Portal eingerichtet werden, und so werden alle Zahlungen an die Topverdiener im öffentlichen Bereich sofort transparent und auch vergleichbar. Natürlich wird sich der eine oder andere dann einem Vergleich stellen müssen. Man muss es dann auch aushalten können, dass an der Höhe der Bezüge oder der Altersversorgung Kritik geäußert wird.

(Lars Harms)

Das ist etwas, was wir als Politiker ja schon lange kennen.

Es muss aber trotzdem erlaubt sein zu erfahren, was Chefs öffentlicher Unternehmen so verdienen. Bei den Stadtwerken in Rostock verdient ein Vorstand im Schnitt 223.000 € jährlich; sein Hamburger Kollege verdient ähnlich viel. Ist man bei der Hamburger Wasserversorgung beschäftigt, so verdient man als Topverdiener dort schon 325.000 € jährlich. Diese Zahlen basieren auf einer Untersuchung des Magazins „Monitor“, das eine Vielzahl von Verdienstdaten veröffentlicht hat. Allerdings gibt es dort keine Angaben zu schleswig-holsteinischen Unternehmen.

Macht man sich nun auf den Weg, hier bei uns im Land etwas herauszufinden, kann es manchmal für den Bürger schwierig werden. Auf der Homepage der **Nord-Ostsee-Sparkasse** das Wort „Vorstandsbezüge“ einzugeben, führt zu nichts. Man muss sich schon mit der Satzung und den Geschäftsberichten befassen. In der Satzung erfährt man, dass höchstens fünf Personen dem Vorstand angehören. Im Geschäftsbericht des Jahres 2013 ist dann die gesammelte Vorstandsvergütung in Höhe von 1.754.000 € genannt, im Schnitt also 350.800 € pro Vorstandsmitglied. Will man die aktuelle Zahl für das Jahr 2014 erfahren, so erfährt man im Geschäftsbericht für dieses Jahr, dass man auf die Angaben dieser Gesamtsumme verzichtet habe. Also selbst eine zusammenfassende Nennung der Vorstandsbezüge in einer Summe erscheint hier den Verantwortlichen wohl zu heikel zu sein. Immerhin erfährt man noch, dass ehemalige Vorstandsmitglieder jährliche Pensionszahlungen von insgesamt 1,66 Millionen € bekommen und dass hierfür Rücklagen in Höhe von mehr als 23 Millionen € gebildet worden sind.

Meine Damen und Herren, auch dieses Beispiel soll keinen Neid hervorrufen. Allerdings finde ich schon, dass es für den Bürger leichter sein sollte, die konkreten Vergütungen hier nachvollziehen zu können. Dass man, nachdem man schon zumindest eine Gesamtsumme veröffentlicht hatte, nun doch wieder keine Angaben zur Vergütung machen will, illustriert ausgezeichnet, wie notwendig unser Gesetz ist.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Vergütungen in öffentlichen Unternehmen und Institutionen werden nur dann vollständig offengelegt, wenn auch eine **gesetzliche Grundlage** hierfür geschaffen wird. Und genau das tun wir. Das ist im

Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die letztendlich die Eigentümer dieser Einrichtungen sind und hierfür auch über ihre Steuern und Abgaben finanziell geradestehen.

Wie gesagt: Wenn das Volk schon hierfür geradesteht, dann soll das Volk auch wissen, was die Leute dort verdienen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Daher hat jetzt für die Landesregierung Frau Ministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Länder wie Nordrhein-Westfalen und Hamburg haben es vorgemacht, heute zieht Schleswig-Holstein nach. Die Devise heißt: Mehr **Transparenz** in unseren **öffentlichen Unternehmen**.

Parlament und Regierung haben sich die Zeit genommen, die sie für eine gründliche Debatte und für das Beteiligungsverfahren brauchten. Es hat sich gelohnt. Herausgekommen ist ein Gesetz, das die verbindliche Offenlegung von Gehältern in öffentlichen Unternehmen regelt. Damit knüpfen wir an unseren **Corporate Governance Kodex** an, den das Kabinett im September letzten Jahres beschlossen hat und in dem Standards für gute Unternehmensführung verankert sind, so auch Transparenz für die Vergütung von Führungspersonal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, zukünftig sind Unternehmen in der Rechtsform einer landesunmittelbaren Anstalt, Körperschaft und Stiftung des öffentlichen Rechts verpflichtet, die Bezüge der Mitglieder ihrer Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien individualisiert zu veröffentlichen. Das Gleiche gilt für die Sparkassen in öffentlicher Trägerschaft sowie für kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Unternehmen.

Die Landesregierung hat sich bewusst für eine **umfassende Regelung** entschieden, die sowohl die **Landes-** als auch die **kommunale Ebene** einbezieht. Die kommunalen Unternehmen auszuklamern, wie von der CDU gefordert, würden das Gesetz verwässern und dem berechtigten Interesse der

(Ministerin Monika Heinold)

Öffentlichkeit nur zu 50 % Rechnung tragen. Damit geben wir uns nicht zufrieden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ja, Herr Koch, ich weiß, dass Rheinland-Pfalz eine andere Regelung plant, aber wir orientieren uns doch nicht an einem anderen Land, das 50 % macht, sondern diese Landesregierung orientiert sich lieber an 100-%-Regelungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Eine solche 100-%-Regelung hat - das ist gesagt worden - Nordrhein-Westfalen bereits 2009 durch Schwarz-Gelb verabschiedet.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, ich zitiere Ihren Parteikollegen Christian Weisbrich,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer ist das denn?)

- Herr Arp, ein bisschen mehr Schleswig-Holstein verlassen; ab und zu über die Landesgrenze schauen -, der die Einwände des Verbandes kommunaler Unternehmen damals als erwartungsgemäße „volle Breitseite“ bezeichnet und dann hinzugefügt hat:

„Das fällt unter die Rubrik: Wenn man den Sumpf trockenlegen will, darf man die Frösche nicht wecken.“

(Zuruf CDU: Hört, hört! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Heiterkeit FDP)

Sehr geehrter Herr Koch, die Offenlegungspflicht betrifft auch **unternehmerisch tätige Zuwendungsempfänger**. Ursprünglich war von der Landesregierung vorgesehen, dass sich die Regelung auf Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger bezieht, die mehr als 50 % ihrer öffentlichen Förderung vom Land erhalten. Ich begrüße, dass die Koalition dieses geändert hat und jetzt 25 % vorgeschrieben sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bei mehrheitlichen Beteiligungen an privatrechtlichen Gesellschaften schreibt das Gesetz vor, dass die öffentlichen Anteilseigner auf die Veröffentlichung der Gehälter hinwirken müssen. Im Falle von Minderheitsbeteiligungen in privaten Unternehmen ab 25 % sieht das Gesetz vor, dass auf die Veröffentlichungen hingewirkt werden soll. Insgesamt gilt, dass die Vergütungen für jede Person einzeln und getrennt nach erfolgsunabhängigen und er-

folgsbezogenen Bestandteilen angegeben werden müssen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke, Frau Ministerin. - Sie haben uns freundlicherweise auf unsere Frage im Finanzausschuss hin erklärt, dass zehn Einrichtungen im Land institutionell gefördert werden. Ich glaube, Sie haben noch erklärt, dass nur eines davon mit über 50 % gefördert wurde. Wie viele Einrichtungen fallen jetzt unter diese 25-%-Regelung?

- Das kann ich Ihnen hier nicht aus dem Stehgreif sagen.

- Können Sie uns sagen, welche Einrichtungen das sind?

- Ich schicke Ihnen eine Mail. Einverstanden? - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, bei allen **Neuverträgen** greift die Offenlegungspflicht unmittelbar. Bei **bereits laufenden Verträgen** muss auf eine Änderung im Vertrag hingewirkt werden. Gründen das Land oder die Kommunen neue Unternehmen oder gehen sie neue Beteiligungen ein, soll dies nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass die individualisierte Offenlegung der Bezüge der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, **Demokratie** heißt **Partizipation**, und Partizipation braucht angemessene **Information**. Die Bürger und Bürgerinnen haben einen berechtigten Anspruch, transparent nachvollziehen zu können, was mit öffentlichen Geldern geschieht. Um dieses so einfach wie möglich zu machen - es ist gesagt -, wird zukünftig eine Veröffentlichung auf der Internetseite des Finanzministeriums erfolgen, erstmalig für die Gehälter 2015.

Meine Damen und Herren, heute ist ein guter Tag für Transparenz und Bürgerfreundlichkeit. Ich bedanke mich für die konstruktive Debatte. Ich freue mich - wenn ich es richtig verstanden habe -, dass auch PIRATEN und FDP mit zustimmen. Meine Damen und Herren, es wird für alle Bürger und Bürgerinnen voll transparent werden, dass die CDU

(Ministerin Monika Heinold)

diesem Transparenzgesetz nicht zustimmt. So viel Transparenz muss sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb schließe ich die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3119, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion, der PIRATEN, vom SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der CDU von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Piratenfraktion, Drucksache 18/3120, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Piratenfraktion mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Abschließend lasse ich dann über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2234 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion, der Piratenfraktion, der Abgeordneten des SSW, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion. Wer lehnt diesen Gesetzentwurf ab? - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 18/2234 gegen die Stimmen der CDU bei Zustimmung aller anderen Fraktionen in der Fassung der Drucksache 18/3062 angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Historische Personenumlaufzüge erhalten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3064

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Christopher Vogt von der FDP-Fraktion das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte wirklich nicht intrinsisch rüberkommen.

(Beifall FDP)

- Diejenigen, die es verstanden haben, applaudieren.

Ich hätte meine Rede auch zu Protokoll gegeben, aber der **Paternoster** scheint die Menschen nicht nur im wahrsten Sinn des Wortes zu bewegen. Deshalb gibt es nun doch eine Aussprache zu diesem weltbewegenden Thema.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

- Beruhigen Sie sich doch, Kollege Eichstädt.

(Peter Eichstädt [SPD]: Was das wieder kostet!)

Lieber Kollege Eichstädt, der Paternoster im Landeshaus läuft ja jetzt wieder. Das ist vor allem für die Angehörigen der sozialdemokratischen Fraktion und für alle anderen Nutzer des dritten Obergeschosses dieses Gebäudes eine ausgesprochen gute Nachricht.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und CDU - Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

- Also gut, ein paar Tage mehr hätten sicherlich der Gesundheit der SPD-Fraktion nicht schlecht getan. - Ich hoffe, ich bekomme die Zeit noch wieder.

Es gibt politische Beschlüsse, die einen glauben machen könnten, dieses Land hätte keine ernsthaften Probleme mehr. Ich war irgendwann in meiner frühen Jugend - ich glaube, es war vor etwa drei Jahren - einmal so naiv und habe gedacht, die Politik sei dazu da, Probleme zu lösen. Mittlerweile musste ich feststellen, dass die Politik auch Probleme erzeugen kann, wo vorher gar keine vorhanden waren.

(Beifall FDP)

Die jüngste Änderung der **Betriebssicherheitsverordnung** ist für Letzteres ein prominentes Beispiel

(Christopher Vogt)

geworden, das auch entsprechend hohe Wellen geschlagen hat.

Obwohl der § 22 Absatz 2 dieser Verordnung wirklich ein Paradebeispiel für völlig unverständliches Bürokratendeutsch ist, erspare ich es Ihnen und mir, dies an dieser Stelle zu zitieren. Unterm Strich besagt dieser: Der Betreiber eines historischen Personenumlaufaufzuges soll in völlig absurder Art und Weise sicherstellen, dass nur eingewiesene Personen diesen auch tatsächlich nutzen.

In öffentlichen Gebäuden, in denen es diese Aufzüge fast nur noch gibt, ist das schlichtweg ein Ding der Unmöglichkeit, sodass diese irrsinnige Vorschrift diesen langsam rotierenden Holzkästen den Garaus machen würde, wenn man sie denn tatsächlich befolgen würde.

Mit ihrem beinahe schon amourösen Verhältnis zur Überregulierung hat Bundesarbeitsministerin Nahles unser Land im Handumdrehen auch international blamiert. Die „Washington Post“ hat am 1. Juni 2015, also an dem Tag, an dem die Verordnung in Kraft getreten ist, irritiert festgestellt, dass die Deutschen zwar ohne Tempolimit über ihre Autobahnen fahren, aber für das Benutzen eines sehr langsam fahrenden Aufzuges eine Art Führerschein vorweisen müssen.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Auf der landespolitischen Bühne hatte das mediale Pingpong-Spiel zwischen Landtagspräsident Schlie und Finanzministerin Heinold für den geneigten Beobachter zwar einen gewissen Unterhaltungswert, aber es wäre aus meiner Sicht absolut wünschenswert, dass die schwarz-rote Bundesregierung als Verursacherin dieser Posse ihre unsinnige Verordnung schnellstmöglich rückgängig mache.

(Beifall FDP und CDU)

Dass die Verordnung wieder geändert werden soll, hat Ministerin Nahles ja bereits öffentlich angekündigt, aber da sie zwei Jahre für die Erarbeitung der aktuellen Version gebraucht hat, meine ich, wir sollten ihr auf die Sprünge helfen, damit das Rückgängigmachen keine zwei Jahre dauert.

(Beifall FDP und CDU)

Bereits am 28. Mai 2015 konnte man in der Zeitung „Die Welt“ lesen - ich zitiere:

„Zwar werde die Sicherheitsverordnung so wie geplant am 1. Juni in Kraft treten, heißt es jetzt im Ministerium. Allerdings werde man sich dann unverzüglich an eine Änderung des Regelwerkes machen.“

Ich muss sagen: Herzlichen Glückwunsch, das ist vorausschauende Politik!

Wie sehr dieses Thema einen empfindlichen Nerv getroffen hat, kann man auch daran erkennen, wie engagiert in der schleswig-holsteinischen Landespolitik darum gerungen wurde, wer denn nun den entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, den Paternoster hier im Landeshaus wieder in Gang zu setzen. So erklärte der hoch geschätzte Landtagspräsident laut dpa am 11. Juni 2015 mit der ihm eigenen wuchtigen Vehemenz:

„Wenn irgendeiner dieses Ding wieder stilllegen will, dann soll er sich an mich wenden.“

(Heiterkeit und Beifall FDP, CDU und PI-RATEN)

Das konnte mein persönlicher Lieblingssozialdemokrat und Förderer Dr. Ralf Stegner natürlich nicht auf sich sitzen lassen.

(Heiterkeit)

Er zwitscherte ins weltweite Netz:

„Intrinsisch“

- daher kenne ich das Wort, Herr Dr. Stegner -

„motivierter Landtagspräsident lässt sich für Paternosterrevival ablichten und feiern - Erfolg hat ja bekanntlich viele Väter.“

(Heiterkeit und Beifall FDP - Zurufe SPD)

Ich habe gelernt, Herr Dr. Stegner: Wenn Sie persönlich betroffen sind, dann sind auch Sie auf der Seite der Bürokratiebekämpfer. Herzlich willkommen im Club! Ich freue mich, dass Sie dazugelernt haben.

Wie dem auch sei, entscheidend ist, dass der Paternoster und die Verordnung aus dem Hause Nahles mittlerweile zum Symbol für die sinnfreie **Überregulierung** von immer mehr Lebensbereichen geworden ist. Die anmaßende Gängelung der Bürger durch einen sich immer weiter ausbreitenden Nanny-Staat - so will ich das einmal nennen - muss endlich aufhören. Die **Eigenverantwortung mündiger Bürger** und der gesunde Menschenverstand müssen wieder im Vordergrund stehen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, damit dieser Unsinn schnellstmöglich ein Ende hat. - Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen hier im Hohen Haus häufig Debatten über die mangelnde Wahlbeteiligung, darüber, wie wir das Ansehen von Parlamenten verbessern können. Dieser Paternosterstreit ist ein Beispiel, an dem man lernen kann, wie wir zukünftig besser dastehen können. Wir müssen den Menschen erklären, dass wir uns in der Demokratie wirklich mit ernstesten Dingen beschäftigen. Dann werden sie uns auch ernst nehmen und uns wieder wählen. Deshalb müssen wir jetzt auch diese Debatte führen.

(Zurufe SPD)

Wir haben in letzter Zeit gerade auch hier im Landeshaus an vielen Beispielen erlebt, wie wir immer wieder **bevormundet** werden, wie man den Menschen immer weniger zutraut, ihnen die Verantwortung abnimmt und damit die Eigenverantwortung des einzelnen Menschen einschränkt. Herr Dr. Stegner, wir sollten bei allen Verordnungen und Gesetzen, die wir hier im Haus erlassen, auch an die Praxistauglichkeit denken, daran, wie das, was wir hier verabschieden, bei den Menschen ankommt.

In den letzten drei Jahren hat diese Regierung eine Flut an vergabefremden Anforderungen durch das **Tariftreue- und Vergabegesetz** gestellt, die bei den Menschen nicht ankommen und gerade den kleineren Unternehmen das Leben schwermachen.

(Beifall CDU)

Hinzu kommt das **Antikorruptionsregister**, das seit Einführung durch diese Landesregierung eine wenig grandiose Relevanz erfahren hat.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Es ist zum Glück leer, Herr Dr. Stegner. Aber wenn es leer ist, dann weiß man, dass wir es nicht brauchen. Und wenn wir es nicht brauchen, dann schaffen Sie es einfach ab!

(Beifall CDU)

Oder das **Landesmindestlohngesetz**, das spätestens seit Einführung des Bundesmindestlohngesetzes hätte abgeschafft werden müssen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Hinzu kommen **Verordnungen und Gesetze aus Berlin**. Ich will Ihnen nur einige Beispiele nennen. Verordnungen kommen immer wieder aus dem Haus Nahles, bekanntlich Ihrer besten Freundin dort. Ich erinnere an die Dokumentationspflicht beim Bundesmindestlohngesetz.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie überfordert viele Unternehmen. Viele sagen, sie zeige Misstrauen und stelle hunderttausende von mittelständischen Unternehmern an den Pranger. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Nein, noch nicht; später, ja. - Oder denken Sie an die absurden Regelungen für den Arbeitsplatz mit einer irrsinnigen Verordnung zum Arbeitsschutz.

Dazu muss man sagen: Da steckt System dahinter; denn dies ist eine systematische Bevormundung und nichts anderes. Ein tiefes **Misstrauen** gegenüber der **mittelständischen Wirtschaft**, gegenüber selbstständig verantwortlichen handelnden Menschen steckt dahinter. Das stellen Sie auch nicht mehr infrage. Es geht um Misstrauen gegenüber handelnden Personen.

(Zurufe SPD)

Man muss Sorge dafür tragen, dass sich Unternehmer wieder um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können, Unternehmer zu sein, ein Unternehmen zu führen. Stattdessen haben sie nichts anderes zu tun, als darauf zu achten, ob die Betriebstoiletten ein, zwei, drei oder vielleicht gar keine Fenster haben. Das ist nicht Aufgabe von Unternehmern, und es ist auch nicht Aufgabe der Politik, dies vorzuschreiben.

(Beifall CDU)

Oder die Frage nach einer abschließbaren Kleiderablage für Beschäftigte in allen Unternehmen. Es ist doch nicht die Aufgabe der Politik, Unternehmen so etwas vorzuschreiben. Das müssen sie selber wissen. Überlassen Sie also ihnen die Verantwortung.

Mit der Verordnung zum Paternoster haben wir es selbst erlebt. Herr Kollege Vogt hat zu Recht darauf hingewiesen. Wir sind nur froh, dass wir uns dage-

(Hans-Jörn Arp)

gen wehren können. Wir haben einen Landtagspräsidenten, der Courage bewiesen und gesagt hat: Wo bleibt der gesunde Menschenverstand? Ich mache das nicht mit! - Das ist der Unterschied.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Frau Ministerin Heinold, von Ihnen hätten wir allerdings erwartet, dass Sie Ihrer GMSH die gleiche Anweisung geben. Hierin liegt der Unterschied. Da ist einer, der traut sich was!

Noch einmal: Viele Verordnungen, die immer wieder aus Berlin, aber auch von Ihnen kommen, müssen Sie überdenken. Sie müssen sich fragen, wie das bei den Menschen am Arbeitsplatz ankommt, wie das bei den Verantwortlichen ankommt, die es umsetzen müssen. Sie haben nicht die Macht wie wir und auch nicht die Courage, so etwas zu ändern. Sie müssen sich daran halten. Entweder steigen dadurch die Kosten, oder sie können sich so nicht mehr halten; dann verlassen sie unseren Standort.

Deshalb noch einmal mein Appell an alle: Denken Sie daran: Wenn wir die Wahlbeteiligung wieder erhöhen wollen, müssen die Menschen das, was wir hier machen, ernst nehmen, sodass es auch nach außen wirkt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich weiß. - Schaffen Sie solche Gesetze und Verordnungen ab, die unsinnig sind. Die gesamte Angelegenheit Paternoster hat eine peinliche Außenwirkung, zeigt aber auch, dass dieses Land längst überreguliert ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Kollegen Arp ist anscheinend vom vielen Paternosterfahren ganz schwindelig geworden.

(Heiterkeit und Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Damit fährt man ja auch immer im Kreis herum. Ansonsten könnte man sich nicht vorstellen, dass man beim Mindestlohn oder beim Transparenzgesetz auf die Idee käme, den Paternoster ins Feld führen zu müssen. - Wobei, beim Transparenzgesetz wäre ich ja fast noch dabei. Denn etwas Offeneres und Transparenteres als den Paternoster kann es ja kaum geben. Aber es mag der Fantasie des Kollegen Arp überlassen bleiben, welche Zusammenhänge er herstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie nähert man sich dem Thema **Paternoster**?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zu Fuß!)

Ich würde sagen, so wie im wahren Leben dem Paternoster auch: ganz vorsichtig und mit wachem Auge; denn sonst geht es eventuell schief. Sehr koordiniert muss man sein, und dann fährt man mit dem Paternoster sehr sicher, auch ohne Führerschein; das ist dann egal. Der Paternoster ist ein bewährter - deshalb auch die Überschrift - **historischer Personenumlaufzug**. - Das ist eine tolle Begrifflichkeit. Man muss lange googlen, um sie zu finden. Dennoch war ich erstaunt, wie viele Einträge es gab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige technische und einige politische Anmerkungen zum Thema Paternoster: Den Paternoster hat man 1880 in England erfunden. Knapp vor seinem hundertsten Geburtstag hat man festgelegt: Es gibt einen Neubau-stopp in Deutschland. Damit ist die Geschichte an sich schon fast beendet. 1993 versuchte dann die Europäische Union, den Paternoster abzustellen. Und jetzt, im Jahr 2015, versucht die Bundesregierung, den Paternoster durch eine Betriebssicherheitsverordnung endgültig stillzulegen.

Doch weit gefehlt: Die nostalgischen Umlaufzüge haben einfach zu viele Freundinnen und Freunde, oder anders ausgedrückt: Der Paternoster ist ein Stück deutsche Geschichte, und der Paternoster ist der VW-Käfer unter den Aufzügen. Er läuft und läuft und läuft. Das ist ein Zitat der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Also wird jetzt die **Aufsicht** über und die **Genehmigung** für den Betrieb von Paternostern beziehungsweise Personenumlaufzügen in die **Länderhoheit** wechseln. Dann wird dem Weiterbetrieb in den nächsten 100 Jahren nichts mehr im Weg stehen.

Liebe Genossen - -

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir zum politischen Teil. - Ich war fast schon beim Par-

(Wolfgang Baasch)

teitag. Ich möchte noch auf eine gesellschaftspolitische Dimension hinweisen: Den Begriff **Paternoster-Effekt** findet man auch, wenn man googelt. Der Paternoster-Effekt, geprägt vom Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, ist die einprägsame Beschreibung für die **soziale Polarisierung** in unserer Gesellschaft, das heißt für die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft in Arm und Reich. Die einen fahren nach oben, die anderen fahren nach unten. Wenn man dieses Bild ernst nimmt, kommt man abschließend zu der Zusammenfassung: Der Paternoster ist der Sozialist unter den Aufzügen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Er ist offen für alle, er ist beständig unterwegs, er ist transparent und seine Freiheit ist wieder einmal bedroht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für meine Fraktion kann ich sagen: Ich schließe mich dem Kollegen Christopher Vogt an: Schleswig-Holstein hat wesentlich größere Probleme als den Paternoster im Landeshaus. Deshalb werde ich mich kurzfassen.

Der Paternoster läuft wieder, das ist gut so. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass **Haftpflichtfragen** in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, bei den Hebammen, bei den E-Scootern oder bei sonstigen Dingen und beim Paternoster, den Eindruck erwecken, als ob sie einen immer größeren Einfluss auf das ganz normale Alltagsleben von uns allen nehmen. Wir müssen kritisch hinterfragen, ob dieser **Bürokratieauswuchs** wirklich so erforderlich ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Zu den gesetzlichen Regelungen muss ich allerdings deutlich sagen: Es ist wirklich absurd, unsere Finanzministerin aufzufordern, die GMSH anzuweisen, sich nicht an Recht und Gesetz zu halten. Das geht mit uns gar nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Abschließend möchte ich auf etwas hinweisen: Ich oute mich an dieser Stelle, ich habe keinen Paternosterführerschein. Ich wusste gar nicht, dass es so etwas gibt. Wenn Sie nicht mit schweren Unterlagen bepackt sind, dann nehmen Sie die Treppe. Jeder Schritt hält fit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin mir nicht sicher, ob wir diese Debatte hier so hätten führen müssen. Für mich wäre es vollkommen in Ordnung gewesen, wenn wir ohne Aussprache darüber abgestimmt hätten.

Herr Stegner, der Paternoster fährt wieder. Sie müssen nicht mehr die Treppe nehmen.

(Zuruf SPD: Sie auch nicht!)

- Ich nehme freiwillig die Treppe, das ist der Witz daran. Ich nehme ganz oft die Treppe. - Der Paternoster ist eines der Haupttransportmittel hier in unserem Landeshaus. Er ist **technisches und historisches Erbe** unseres Landes. Hamburg war früher die Paternosterhauptstadt in Deutschland. Dort galt der Paternoster als Proletenbagger, und die geschlossenen Fahrstühle mit Kabinen, wie wir sie heute kennen, galten als Bonzenschubser. Das heißt, es war ein Privileg, wenn man mit den geschlossenen Fahrstühlen fahren konnte. Man gehörte zu den etwas einfacheren Menschen, wenn man mit dem Proletenbagger fahren musste. Wenn man sich heute die Besuchergruppen in unserem Landeshaus ansieht, dann ist das genau umgekehrt. Die Besucher reißen sich geradezu darum, mit diesem tollen Paternoster fahren zu dürfen. Das haben wir zum Beispiel am Mittwoch gesehen, als der Kollege Winter mit seiner gesamten Besuchergruppe im Paternoster hängengeblieben ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Mit der ganzen Gruppe im Paternoster?)

- Vielleicht war es auch nur die Hälfte der Gruppe. Es war jedenfalls eine ganze Menge an Leuten, von denen ich mir sicher war, dass sie weder Mitarbeiter noch Abgeordnete des Landtags waren. Das ist eine ganz tolle Einrichtung, die wir hier haben.

(Uli König)

Wir müssen den Fokus aber über das Landeshaus hinaus richten. Wenn man sich die **Paternoster in Schleswig-Holstein** ansieht, dann stellt man fest, dass es nur in Kiel vier Paternoster gibt. Im Rest von Schleswig-Holstein gibt es keinen anderen. Soll man die Nutzung dieser vier Fahrstühle durch das Publikum einschränken? Soll man die Leute davon abhalten, diese Fahrstühle zu benutzen? - Ich bin der Meinung: nein. Wir sollten diese Fahrstühle weiter betreiben, wir sollten sie so offen wie möglich betreiben. Daher bin ich der FDP an dieser Stelle für ihren Antrag dankbar.

(Beifall PIRATEN)

Schade finde ich, dass hier eine totale **Überregulierung** betrieben wird. Ich weiß nicht, ob es wirklich nottut, den Paternoster mit einer Einweisungspflicht für Mitarbeiter zu versehen. Ich halte diese Fahrstühle nicht für ein **Sicherheitsrisiko**, aber wenn man sie dafür hält, dann sollte man überlegen, ob man sie nicht **technisch aufrüstet**, statt eine realitätsferne Vorschrift einzuführen, an die sich eh keiner hält.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir brauchen eine Personenschleuse vor dem Paternoster! - Zuruf Peter Eichstädt [SPD] - Weitere Zurufe)

Es ist heute kein Problem, einen Paternoster zum Beispiel mit einem Lichtvorhang auszustatten, so dass dieser automatisch anhält, wenn jemand an einer ungünstigen Stelle die Kabine verlässt oder betreten will. Das wäre wesentlich sicherer, als hier irgendwelche Papierbürgerstreiche einzuführen.

Auf der anderen Seite finde ich es bezeichnend, mit was für einer Energie sich dieses Hohe Haus dem Thema Paternoster widmet. In zehn Tagen haben wir - so glaube ich - 14 Pressemitteilungen zu diesem Thema herausgegeben.

Ich bin an dieser Stelle ausnahmsweise beim Kollegen Arp und sage: Ich würde mir wünschen, dass wir uns anderen Problemen mit einer ähnlichen Intensität widmen würden. Ich denke allein an das Thema der Krankengeldlücke, auf das uns die Bürgerbeauftragte hingewiesen hat. Ich würde mir wünschen, dass wir uns alle mit einer derartigen Inbrunst auf dieses Problem stürzen und versuchen, uns dafür einzusetzen, dieses Problem zu lösen. Das ist ein Problem, das auf Bundesebene gelöst werden muss und nicht so leicht auf Landesebene gelöst werden kann. Daher bitte ich Sie: Lassen Sie die Kuh im Dorf, übertreiben Sie es nicht mit dem Paternoster, kümmern Sie sich um die wirklich wichtigen Probleme.

Ich schlage trotzdem vor, dem FDP-Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Baasch hat gerade gesagt, der Paternoster sei der Sozialist unter den Aufzügen. Lassen Sie mich mit einem abgewandelten Zitat beginnen, das im Original August Bebel zugeschrieben wird:

(Beifall SSW und SPD)

Der Paternoster nimmt seinen Lauf, den hält weder Ochs noch Nahles auf.

(Heiterkeit SPD)

Wir werden in Zukunft selbst die Regeln für den Betrieb von Paternostern aufstellen. Das ist gut so. Solange läuft der Paternoster unbürokratisch weiter. Das ist auch gut so. Es geht also weiter bergauf im Landeshaus, und das bleibt in unserem Land in allen Belangen so, und das ist auch gut so.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort hat Frau Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Meine Damen und Herren! Nach mehreren Jahren Beratung im Bundestag und im Bundesrat ist am 1. Juni 2015 die neue **Betriebsicherheitsverordnung** in Kraft getreten. Darin heißt es unmissverständlich:

„Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass Personenumlaufaufzüge nur von durch ihn eingewiesenen Beschäftigten verwendet werden.“

Im Unterschied zur alten Verordnung ist die Benutzung damit auf Beschäftigte begrenzt worden. Ob dieses eine übertriebene oder im Sinne der Arbeitssicherheit notwendige Maßnahme ist, will ich als Finanzministerin nicht bewerten. Tatsache ist, dass die Verordnung so lange gilt, bis sie von Bundestag

(Ministerin Monika Heinold)

und Bundesrat geändert wird. Zuständig für den **Betrieb der Paternoster** im Bildungsministerium wie im Landeshaus ist die **GMSH**. In diesem Rahmen kümmert sich die GMSH um deren ordnungsgemäßen technischen Zustand.

Für die **Nutzung** ist die GMSH aber nicht direkt beziehungsweise nicht allein verantwortlich, weil die Nutzer der Paternoster nicht dem Weisungsrecht der GMSH unterliegen. Bezüglich der notwendigen Unterrichtung und Einweisung bedarf die GMSH der **Mitwirkung der zuständigen Verwaltungen**. Die Verwaltungen haben die Rolle der Arbeitgeber.

In dieser Funktion haben sie nach den Bestimmungen der Betriebssicherheitsverordnung regelmäßig schriftlich dokumentierte **Sicherheitsunterweisungen** durchzuführen. Diese Unterweisungspflicht besteht im Übrigen nicht nur für den Paternoster, sondern für alle Arbeitsmittel an Arbeitsplätzen von Beschäftigten, von denen eine Gefahr ausgehen kann.

Im **Bildungsministerium** gibt es inzwischen eine mit der GMSH abgestimmte **Regelung**. Die Hauptelemente sind: eine zusätzliche Beschilderung, eine direkte Ansprache externer Besucher durch die Pförtner mit dem Hinweis, dass sie den Paternoster nicht benutzen dürfen, die Bereitstellung einer schriftlichen Gebrauchsanleitung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums und eine erstmalige Unterweisung neuer Mitarbeiter sowie die Aufnahme der Paternoster in die jährlich regelmäßig durchzuführenden Sicherheitsunterweisungen gemäß Gefährdungsbeurteilung für die Arbeitsplätze.

Das ist ein pragmatischer Weg, der im Wesentlichen so auch von anderen Betreibern von Paternostern praktiziert wird. Ich konnte das gerade im Bundesfinanzministerium erleben. Um eine Regelung für das Landeshaus zu finden, gab es frühzeitig eine **Abstimmung** zwischen **Landtag und GMSH**. Leider ist es nicht gelungen, die Landtagsverwaltung für eine Lösung zu gewinnen, die ähnlich der in anderen Häusern praktizierten Lösung ist.

Stattdessen - Herr Schlie, Sie wissen es - gab es ein Anruf von Ihnen - lautstark - bei mir mit dem Versuch, mich massiv unter Druck zu setzen.

(Zuruf: Was? - Weitere Zurufe)

- Ja. By the way, ich war gerade in Brüssel und hatte eigentlich andere Dinge zu klären. Ziel war, dass ich die GMSH anweise, den Paternoster wieder in

Betrieb zu nehmen, ohne die vorher auf Arbeitsebene besprochenen **Sicherheitsvorkehrungen** umzusetzen. Da ich geschworen habe, mich an Recht und Gesetz zu halten, kann und werde ich diesen Wunsch nicht erfüllen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Inzwischen hat die **Landtagsverwaltung** ohne Beteiligung der GMSH die **Wiederinbetriebnahme des Paternosters** veranlasst.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Die GMSH hat daraufhin der Landtagsverwaltung mitgeteilt, dass aus Sicht der GMSH mit der erfolgten Inbetriebnahme alle damit verbundenen **Konsequenzen** auf die **Landtagsverwaltung** übergegangen sind. Gleichzeitig hat die GMSH erneut angeboten, auf Arbeitsebene den konstruktiven Dialog fortzusetzen, was in den letzten Tagen leider nicht möglich war. Ich will nicht mehr dazu sagen.

Mein Sachstand von heute Morgen ist aber, dass jetzt ein neuer Gesprächstermin zwischen GMSH und Landtagsverwaltung für den 24. Juni 2015 vereinbart worden ist. Dass der Gesprächsfaden wieder aufgenommen wird, freut mich. Ich hoffe, dass wir möglichst schnell zu einer praktikablen und rechtssicheren Lösung kommen. Heute kann ich nur sagen, dass aus Sicht des Finanzministeriums und der GMSH die Verantwortung für den aktuellen Betrieb des Paternosters derzeit bei der Landtagsverwaltung liegt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus Schlie das Wort.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mich nur aus einem einzigen Grunde zu Wort gemeldet, damit das nicht im Raum stehen bleibt. Ein Blick ins Gesetz hilft: Die **Betreiberverantwortung** liegt bei der **GMSH**, und die Rechtsauffassung der Ministerin teile ich nicht.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich bin jetzt unsicher, was beantragt worden ist. Haben Sie Ausschussüberweisung beantragt - nicht wirklich, oder?

(Wolfgang Baasch [SPD]: So ernsthaft war es dann doch nicht! - Heiterkeit)

Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag Drucksache 18/3064 seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Für den sozialistischen Aufzug!)

Das sind die Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN. Können Sie sich in der CDU-Fraktion verständigen, ob Sie abstimmen wollen oder nicht?

(Zurufe)

- Es ist nicht eindeutig, Herr Arp, ich bitte Sie.

(Zurufe)

- So ist es schon besser.

(Peter Lehnert [CDU] erhebt sich mit erhobenem Arm)

Die CDU stimmt dem Antrag auch zu und die FDP ebenfalls.

- Ich glaube, Herr Lehnert, dass das wirklich eine vollkommen unangemessene Haltung war, die Sie da gerade eingenommen haben.

(Peter Lehnert [CDU] verlässt den Saal)

Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

(Zurufe)

- Ja, genau. Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte Europabericht 2014-2015

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2976

Ich erteile der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Jahr 2014 war in europapolitischer Hinsicht sehr bewegt. Der Krieg in der Ukraine, die Flüchtlingskrise oder auch die Bekämpfung des internationalen Terrorismus haben uns vor Augen geführt, wie wichtig die europäische Zusammenarbeit ist. Man kann und muss die großen Linien der Politik auf EU-Ebene intensiv diskutieren und kommentieren. Dafür haben wir ja auch das Hanse-Office in Brüssel.

In Kiel konzentrieren wir unsere Kraft und unsere Ressourcen darauf, Europa im Kleinen zu bauen - pragmatisch, themenorientiert und vor der eigenen Haustür.

Meine Damen und Herren, auch wenn das in diesem Haus wirklich Eulen nach Athen zu tragen heißt, will ich hier doch zunächst die **Ostsee- und die Nordseeoperation** erwähnen. Die Ostseeoperation ist fest etabliert. Über die Nordseezusammenarbeit wird seit Jahren diskutiert. Vieles wird schon gemacht, und jeder versteht etwas anderes darunter. Ich glaube, das ist das eigentliche Problem. Daher müssen wir uns darüber einig werden, was an Mehrwert wir für Schleswig-Holstein ergänzend zu den schon bestehenden Strukturen, Schwerpunkten und Entwicklungen wollen, und zwar nicht global oder allgemein, sondern konkret und auf transnationaler Ebene durchsetzbar.

Gemeinsam mit der **Nordseekommission** werden wir als Land zwischen den Meeren wie schon bisher regionale und sektorale Zusammenarbeit auch in der Nordseeregion als gestaltendes Element regionaler Entwicklung anstreben. In beiden Regionen steht dafür jeweils ein INTERREG-Programm zur Verfügung. Was in der Ostseeregion bereits gelungen ist, muss dabei auch im Nordseeraum angestrebt werden: von zeitlich befristeten Projekten zu strategisch ausgerichteten Kooperationsnetzwerken zu kommen.

Seit Langem verfolgt der Präsident der Nordseekommission ein Agenda-Setting auf dem Weg zu einer möglichen Nordseestrategie. Im Dialog mit der niederländischen Regierung hat er auf Arbeitsebene die Idee einer Art Nordseeagenda für die niederländischen EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2016 lanciert. Dieses ist auf großes Interesse seitens der DG Mare in Brüssel gestoßen, und auch wir unterstützen das natürlich.

Nicht verwunderlich ist, dass unsere wichtigsten Partner oft genug in Dänemark sitzen. Nicht zuletzt

(Ministerin Anke Spoorendonk)

teilt Dänemark mit uns die geopolitische Position eines Landes zwischen den Meeren. Auch deshalb hat die Landesregierung einen deutlichen Akzent auf die **Neugestaltung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit** des Landes gesetzt. Wir haben Anfang des Jahres unseren Rahmenplan für die deutsch-dänische Zusammenarbeit vorgelegt.

Dabei haben wir uns fünf **Schwerpunktfelder** vorgenommen: eine engere Verflechtung der Wirtschaftsräume, eine stärkere Abstimmung von Infrastrukturplanung, eine deutlich intensivere deutsch-dänische Qualität in Bildung und Forschung, mehr grenzüberschreitende Mobilität in Beruf und Alltag und mehr grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit. Daran arbeiten wir, und wir haben damit erfreulich starkes Interesse in Dänemark ausgelöst.

Mit ihrer Initiative für eine gemeinsame Anstrengung zu mehr Wachstum und Wirtschaftsentwicklung in der erweiterten Grenzregion hat uns die dänische Regierung im letzten Sommer förmlich überrollt. Über eine deutsch-dänische Ministerkonferenz im Februar aber sind wir binnen weniger Monate zu einer gemeinsamen Ministererklärung gekommen, die Ende April unterzeichnet wurde. Mit dieser gemeinsamen **Ministererklärung** haben wir erstmals die Tür für eine **weiterführende pragmatische Zusammenarbeit** aufgestoßen, die über den im April vorgelegten Handlungsplan hinausgeht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aus aktuellem Anlass hinzufügen: Der dänische Wahlkampf war intensiv, es gab viele kontrovers geführte Diskussionen. Das Thema deutsch-dänische Zusammenarbeit gehörte nicht dazu. Im Gegenteil, unabhängig davon, ob es jetzt zu einem Regierungswechsel in Dänemark kommt - und das wird so kommen -, wird die deutsch-dänische Zusammenarbeit weiterentwickelt werden. Das weiß ich aus Gesprächen, und das ist gut so.

Wir werden diese Themen auch mit einer neuen dänischen Regierung weiter miteinander aushandeln und sehen, welche Möglichkeiten es gibt, voranzukommen.

Ich füge hinzu, dass es im dänischen Wahlkampf andere Themen gegeben hat, die auch uns berühren. Zu den kontrovers diskutierten Themen gehört das Thema **Grenzkontrolle**. Auch innerhalb des sogenannten bürgerlichen Lagers war das ein sehr kontrovers diskutiertes Thema. Ich sage ganz offen: Vor dem Hintergrund, dass wir uns einig sind, wie wichtig die Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts ist, wäre es aus meiner

Sicht ein kontraproduktives Signal, wenn das nicht wieder zurückgeholt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Diese Diskussion ist aber zuerst nördlich der Grenze zu führen.

Letzte Bemerkung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit in diesem Kontext! Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir von Anfang an eine hervorragende Zusammenarbeit sowohl mit dem Auswärtigen Amt als auch mit der Deutschen Botschaft in Kopenhagen gehabt haben. Wir haben beide einbezogen, weil wir die Bundesregierung an unserer Seite brauchen. Denn es gibt häufig genug Regelungen, die nur auf Bundesebene zu bewältigen sind. Darum habe ich mich darüber gefreut, dass wir offen und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, das ist die nordische Qualität dieser Landesregierung. Wir nehmen Themen und die Anbahnung von Kooperationsvorhaben selbst in die Hand. Wir setzen strategische Schwerpunkte für die kommenden Jahre in den Bereichen, die uns vielversprechend erscheinen. Wir denken partnerschaftlich zum beiderseitigen Nutzen, aber auch immer mit dem Eigeninteresse des Landes im Gepäck.

Momentan arbeiten wir daran, unter den genannten Prämissen die Ostseekooperation des Landes in einen neuen strategischen Rahmen zu gießen. Ich denke dabei an Schwerpunktthemen wie die maritime Modellregion Ostsee, den sicheren Seeverkehr und die saubere Schifffahrt, die Fortsetzung der Priorität Kultur im Rahmen der EU-Ostseestrategie oder den Aufbau eines Wissenschaftsnetzwerks Ostsee im Hochschulbereich.

Die **Ostseekooperation** war für Schleswig-Holstein schon immer wichtig. In aktueller und bewegter Zeit gewinnt sie aber auch über die Region hinaus an Bedeutung. So zeigen wir, dass Europa nicht nur in Brüssel oder Berlin entsteht, sondern dass Europa vor Ort in den Regionen gebaut wird. An diesem Europa vor Ort arbeiten wir gemeinsam mit den Partnern in den Regionen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Angelika Beer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich eröffne die Aussprache und teile Ihnen zunächst mit, dass Ministerin Spoorendonk in verlässlicher und bewährter Manier die Redezeit für Sie alle etwas verlängert hat. Sie dürfen alle gut 7 Minuten sprechen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Zunächst kann die Kollegin Astrid Damerow von der CDU-Fraktion dies tun.

(Zurufe)

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich allen Mitarbeitern in den Ministerien für die Erstellung des Berichts, der ja sehr umfangreich ist. Es ist deutlich zu erkennen, dass das mit Sicherheit eine Menge Arbeit war. Mein ausdrücklicher Dank an die Ministerien!

(Vereinzelter Beifall)

Federführend für den Bereich Europa ist das Ministerium der Ministerin Spoorendonk. Dieser Bericht macht allerdings einmal mehr deutlich, dass das Thema die Arbeit fast aller Ministerien betrifft. Das liegt zum einen an den Fördermitteln, die nach Schleswig-Holstein fließen, aber auch an der Themenvielfalt und dem steten Zusammenwachsen in Europa. Es liegt aber auch daran, dass **Schleswig-Holstein Brückenkopf** zwischen Mitteleuropa und Skandinavien ist und durch seine Lage zwischen den Meeren wichtiges Bindeglied der Meeresanlieger. Auch wir vertreten dort unsere Interessen seit Jahren ausgesprochen intensiv.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die ersten 20 Seiten des Gesamtberichts beschreiben die aktuellen politischen **Entwicklungen und Positionen** der Europapolitik in **Brüssel**. Das ist sicher interessant und für den einen oder anderen Punkt auch für Schleswig-Holstein relevant, im Verhältnis zum übrigen Bericht hätte es allerdings auch ein bisschen kürzer sein können.

Bei den **landespolitischen Schwerpunkten** steht die **Zusammenarbeit mit Dänemark** zu Recht an erster Stelle. Mit unserem direkten Nachbarn verbindet uns historisch, kulturell und wirtschaftlich sehr vieles. Die konkrete Ausgestaltung guter nachbarschaftlicher Beziehungen anhand konkreter Projekte bestimmte die politische Arbeit. Wichtigstes Projekt, herausgehobenes Projekt ist die Beltquerung, ein Jahrhundertprojekt, das neue Akzente setzen wird. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies erst kürzlich bei ihrem Besuch in Kopenhagen für ganz Deutschland unterstrichen. Die feste Querung wird kommen, und das ist gut so.

Der **Rahmenplan für die deutsch-dänische Zusammenarbeit** ist im Januar im Landtag ausführlich besprochen worden. Es ist wichtig, dass die Zusammenarbeit beider Länder kontinuierlich fortentwickelt wird. Wie das Kind am Ende heißt, ist

unerheblich, es kommt neben den vielen Absichtserklärungen auf die konkrete und praktische Umsetzung an. Wir erwarten, dass es hier vorangeht. Natürlich wird es nach dem Ergebnis der aktuellen Wahl ein Stück weit zu neuen Gesprächen kommen müssen. Die Ministerin hat dazu einiges gesagt.

Eine weitere große Hilfestellung bietet unser **Hanse-Office in Brüssel**, das zusammen mit der Freien und Hansestadt Hamburg geführt wird. Die Bedeutung unseres Hanse-Office kann wirklich nicht genug unterstrichen werden.

(Vereinzelter Beifall)

In Brüssel spielt die Musik, dort müssen wir vor Ort gut vertreten sein. Ein Dank geht an alle Mitarbeiter, die wirklich gute Arbeit leisten. Wir werden das bei unserer Ausschussreise übernächste Woche wieder erfahren. Ich freue mich auch, dass sich die Personalsituation nach etlichen kritischen Nachfragen von uns dort offensichtlich deutlich verbessert hat.

Durchgängig kritische Punkte des Europaberichts sind seine **Unverbindlichkeit**. Er ist in vielen Bereichen gefüllt mit Absichtserklärungen und offestehenden Wünschen. Formulierungen wie „soll ausgebaut werden“, „soll verstetigt werden“, „strebt die Landesregierung an“, „wurden Zielsetzungen definiert“ und Ähnliches finden sich auf vielen Seiten. Wir erwarten häufiger weniger Prosa und mehr Konkretes.

Zum Beispiel beim Thema **deutsch-dänische Verkehrskommission**. Sie sagen uns, wozu sie dienen soll. Das wissen wir. Dass sie stärker politisch ausgerichtet werden soll, das erwarten wir. Ich hätte erwartet zu erfahren, was in den Sitzungen konkret diskutiert wird, wie oft die Sitzungen stattfanden und ob irgendetwas beschlossen wurde. Ich hätte mir auch etwas Konkretes zur weiteren Verwendung der ITI-Mittel gewünscht.

Im Bereich der **Nordseekommission** - das haben Sie eben angesprochen - sind unsere Ziele klar, aber der konkrete Weg zu diesen Zielen, den die Landesregierung bestreiten möchte, wird aus diesem Bericht leider nicht deutlich.

Ebenso betrifft dies den Bericht über unsere **Partnerschaftsbeziehungen**. Ich nenne das Beispiel der Partnerschaft mit Pays de la Loire. Wir alle wollen, dass Partnerschaften gepflegt werden. Sie leben von persönlichen Begegnungen und daraus entstehendem oder vertiefendem Engagement. Im Bericht lesen wir vom Besuch des Ministerpräsidenten und einer Delegation im März 2013 in Frankreich. Ein

(Astrid Damerow)

Gegenbesuch fand im April 2014 statt. Zielsetzungen werden aufgelistet. Aber was ist seitdem konkret passiert? Ein Austausch der Wirtschaftsrepräsentanten und ein Orchesterbesuch 2017 zum Schleswig-Holstein Musikfestival. Das ist als Ergebnis etwas mager.

Auch die Gesamtstruktur des Berichtes lädt in einigen Passagen durchaus zu Verbesserungen ein. Allein den Arbeitsbereich **Meerespolitik** finden wir in diesem Bericht in vielen Abschnitten, zum Teil mit sich wiederholenden Aussagen zum Meeresschutz.

Zweifelsohne sind der Schutz unserer Meere und der Ausbau regenerativer Energien eine besonders große Herausforderung. Die Entwicklungspotentiale, die die Meeresforschung, Meerestechnik und touristische Entwicklung für die Zukunft, gerade für Schleswig-Holstein, bieten, kommen dabei unter dem Begriff „Strategie für blaues Wachstum“ allerdings - wie ich finde - viel zu kurz.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Europabericht 2014/15 ergibt ein Gesamtbild der Aktivitäten der Landespolitik, die sich mit Europa beschäftigen. Er enthält viele Selbstläufer, an einigen wenigen Stellen konkrete Ausführungen, in vielen Passagen leider aber auch nur fromme Absichtserklärungen ohne konkrete Maßnahmen. Wie bereits bei der Jahresplanung zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission vermisste ich eine klare und deutliche Abstimmung und Positionierung zwischen den Häusern.

Ich halte es auch für vernünftig, wenn wir uns in Zukunft vielleicht im Ausschuss noch einmal überlegen, ob wir nicht zu einer engeren Verzahnung zwischen **Jahresplanung und europapolitischen Schwerpunkten** für das kommende Jahr und dem dann darauf folgenden Bericht kommen können. Aber ich denke, das werden die Beratungen im Europaausschuss vielleicht noch ergeben.

Für meine Fraktion beantrage ich die Überweisung dieses Berichtes zur abschließenden Beratung in alle Ausschüsse unseres Hauses.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Auch in den Petitionsausschuss?)

- In den Petitionsausschuss nicht. Danke für den Hinweis.

(Uli König [PIRATEN]: Juhu! - Heiterkeit)

Aber ich finde, es ist deutlich geworden: Europa ist Querschnitt und betrifft viele Bereiche unserer schleswig-holsteinischen Politik. Ich lege deshalb

den Kollegen in den anderen Ausschüssen durchaus ans Herz, sich einmal mit diesem Bericht zu beschäftigen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Regine Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der diesjährige Europabericht der Landesregierung gibt einen wirklich guten **Überblick** über die **europapolitischen Aktivitäten aller Ressorts**. Dafür darf ich mich für meine Fraktion sehr herzlich bedanken.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man kann jetzt - wie meine Vorrednerin es getan hat - ein bisschen das eigene Licht unter den Scheffel stellen und darauf gucken, was vielleicht alles nicht im Bericht steht. Ich möchte aber gern etwas dazu sagen, welchen Beitrag wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier leisten, um Europa auszugestalten, der nämlich genau hier stattfindet.

Unsere gemeinsame Aufgabe von Landesregierung und Landtag ist es, dafür zu sorgen, dass Europa unserem Land zugutekommt, und zwar gilt das bei der Infrastrukturfinanzierung genauso wie in der Agrar- und in der Sozialpolitik. Wir mischen uns ein, damit ein Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten bei uns, die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Daseinsvorsorge oder die Betriebe in unserem Land haben.

(Beifall Lars Winter [SPD] und Olaf Schulze [SPD])

Dazu haben wir in diesem Hohen Haus drei ganz wichtige Beschlüsse gefasst.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die wirklich konstruktive **Zusammenarbeit im Europaausschuss** bedanken. Wir haben beim Europäischen Jahr der Entwicklung oder bei der Nordseestrategie und selbst bei der europäischen Flüchtlingspolitik manchmal kontrovers, aber immer zielführend zusammengearbeitet. So wünsche ich mir das, das mach Spaß. Herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

(Regina Poersch)

Eine unserer Hauptaufgaben bleibt die **Verzahnung und Vernetzung**. Wir verzahnen Europapolitik und Landespolitik. Als Beispiel will ich aktuell den Fonds für strategische Investitionen nennen, aber auch im laufenden Europäischen Jahr der Entwicklung Fair Trade. Wir sind Mittler, Vermittler zwischen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Angesichts einer steigenden Zahl von Europaskeptikern und Rechtspopulisten, die in immer mehr Parlamenten Oberwasser bekommen - das haben wir gerade gestern schmerzlich erleben müssen -, ist das ganz, ganz wichtig.

Wenn ich sehe, dass sogar im Europäischen Parlament und im Ausschuss der Regionen Europaskeptiker auf dem Vormarsch sind, frage ich mich wirklich, was die in den Institutionen wollen, die sie eigentlich ablehnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen, dass angesichts der vielfältigen Problemlagen, vor denen **Europa** heute steht, **Solidarität** gefragt ist und nicht nationale Egoismen, neue Schlagbäume oder Spaltung.

Die Griechenlandfrage und das immer drängender werdende Flüchtlingsproblem lassen sich eben nur gemeinsam lösen. Das ist vor allem auch eine Frage unserer gemeinsamen europäischen Grundwerte, wie wir sie im Vertrag von Lissabon formuliert haben. Das sind Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Gerechtigkeit und Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Europafähigkeit** des Landes ist das erklärte Ziel der Küstenkoalition. Im Bericht ist eindrucksvoll beschrieben, welchen großen Beitrag beispielsweise die allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen hier leisten. Ich finde das großartig. Lesen Sie das einfach mal im Bericht nach. Diese Europafähigkeit braucht natürlich gerade ein Land wie Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren.

Um die wichtige Kooperation von Jugendlichen für die Zukunft abzusichern, lassen wir nicht nach und stellen weiterhin Geld für unser Ostseejugendforum zur Kieler Woche zur Verfügung. Wir stellen ein tolles Forum auf die Beine. Auch wenn wir gegenüber unseren Partnern in der Ostseeregion noch Überzeugungsarbeit leisten müssen: Ich freue mich auf unsere Gäste in der kommenden Woche.

(Beifall SPD und Angelika Beer [PIRATEN])

Die Ostseekooperation ist nicht nur Selbstzweck. Wir wollen mit unseren Partnern im Ostseeraum wirtschaftlich zusammenwachsen. Dafür gibt es im INTERREG-Programm richtig viel Geld - alles nachlesbar im Bericht. Wir werden in dieser Tagung den Antrag der Küstenkoalition zur **Nordsee-strategie** gemeinsam mit fünf Fraktionen - leider ohne FDP, aber alle anderen sind dabei - beschließen. Ich bedanke mich dafür, dass der Europabericht ausführlich die Notwendigkeit einer eigenen Strategie beschreibt. Wir alle wissen, dass die nationalen Regierungen hier noch eher zurückhaltend reagieren. Das macht das Ziel aber nicht falsch oder gar überflüssig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten wie diesen, in denen in der Welt Kriege und die Unterdrückung Andersdenkender herrschen, können wir Partnerschaften, Freundschaftspflege, Parlamentarientreffen und Konferenzen gerade auf regionaler Ebene nicht hoch genug wertschätzen. Dabei sollte für uns der Dialog mit unseren russischen Partnern vor dem Hintergrund der zunehmenden schwierigeren Beziehungen zwischen EU und Russland weiterhin einen wichtigen Stellenwert haben. Wer sich die Anmeldeliste für das Ostseejugendforum für nächste Woche anguckt, sieht: Wir haben auch Gäste aus Kaliningrad dabei. Das finde ich super.

(Beifall)

Vielleicht ist mir die persönliche Bemerkung an der Stelle auch gestattet: Ich hätte mir auch den Besuch der russischen Marine zur Kieler Woche vorstellen können.

(Beifall SPD und Angelika Beer [PIRATEN])

Abschließend will ich sagen, dass es wichtig bleibt, europapolitische Aktivitäten nicht nur auf das Europaressort zu beschränken. Wir sind alle gefragt. Das hat auch meine Kollegin Astrid Damerow betont. Ich empfehle Ihnen allen den Europabericht zur Lektüre. Und auch ich schließe mich dem Antrag auf Überweisung in alle Ausschüsse mit Ausnahme des Petitionsausschusses zur abschließenden Beratung an. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Nun hat für die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Bernd Voss das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vorweg einen herzlichen Dank an die Landesregierung für diesen Bericht. Es ist gut, dass sich die **Landesregierung** in so vielen Bereichen außerhalb unserer Landesgrenzen in **Kooperation** mit Nachbarstaaten, Partnerregionen, im Ostseeraum, im Nordseeraum und ganz woanders stark engagiert. Ein ganz besonderer Dank geht hier auch an unsere Landesaußenministerin Anke Spoorendonk.

(Beifall BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dieses Engagement brauchen wir. Wir brauchen schleswig-holsteinische **Landesaußenpolitik**, gerade weil wir mit den Herausforderungen im eigenen Land klarkommen wollen. Da hilft Abschottung und das Schmoren im eigenen Saft überhaupt nicht. Kooperationen und partnerschaftliches Miteinander über die Landesgrenzen hinweg erweitern den Horizont und machen uns offen für innovative Lösungsansätze.

Ich glaube, es ist ein wertvolles Gut, dass wir im Moment in Schleswig-Holstein und in Deutschland eine ziemlich pro-europäische Stimmung haben. Dafür sollten wir weiter kämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vor drei Monaten haben wir hier über das **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission** und die Schwerpunkte der Fraktionen dazu debattiert und einen einstimmigen Beschluss hinbekommen. Ich habe in meiner Rede die Herausforderungen formuliert, vor denen wir und vor denen Europa heute steht - und ich sage bewusst Europa und nicht EU.

Eben hat bereits Regina Poersch deutlich gemacht: Wir gerade in Schleswig-Holstein sind über die verschiedenen **Ostseezusammenarbeiten** sehr eng auch in Krisenzeiten in der Zusammenarbeit mit Russland und den russischen Regionen tätig. Das ist ein wertvolles Gut.

Bei der Lösung der **Zukunftsaufgaben** darf sich die EU nicht abschotten. Das sind Friedenssicherung, Stabilität und Integration, sozialer Ausgleich, Energiewende und Umbau der Wirtschaft.

Der Bericht reicht ja auch noch über die Grenzen Europas hinaus. Besonders beim Thema **Flüchtlinge und Migration** wird das deutlich. Wir sind aufgefordert, unseren Teil dazu beizutragen, dass

Europa auch an seinen Außengrenzen das Prinzip der Menschenwürde nicht infrage stellt und die Menschenrechte nicht sicherheitspolitischen oder gar wirtschaftspolitischen Erwägungen unterordnet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir begrüßen es, dass die **Europäische Kommission** die Themen Migration und gemeinsames Asylsystem weit oben auf die politische Agenda gesetzt hat. Die viel gebashte Kommission ist da in vielen Punkten erheblich weiter als die nationalen Regierungen, auch als unsere Regierung in Berlin.

Wir haben zu diesem Thema im Europaausschuss gemeinsam mit dem Innen- und Rechtsausschuss eine Anhörung durchgeführt und als Folge im Landtag auch einen Beschluss zu mehr Flüchtlingschutz in Europa gefasst: Seenotrettung gewährleisten, Kontrolle der Grenzschutzagentur Frontex durch das Europäische Parlament, humanitäre Visa - um nur einige Stichworte zu nennen.

Der Bericht, den wir vorgelegt bekommen haben, ist vielfältig, und jedes einzelne Thema ist so wichtig, dass es schwerfällt, in dieser Debatte einzelne Aspekte herauszugreifen. Bemerkenswert ist zum Beispiel die neue polnisch-deutsch-schleswig-holsteinische Zusammenarbeit zur Kartierung von Munitionsaltlasten in der Ostsee, unter anderem auch im Bereich der Flensburger Förde.

Ein Thema ist jedoch in diesen Tagen von so großer Brisanz, dass ich nicht daran vorbeikomme, mich auch dazu zu äußern, obwohl die Landesregierung und auch wir hier im Parlament keinen direkten Einfluss darauf haben. Das ist das Thema Wirtschafts- und Währungsunion oder kurz gesagt: **Grexit**.

Ich hoffe, dass es am Montag auf dem EU-Gipfel zu einer Einigung kommen wird. Ich hoffe, das Experiment am lebenden Patienten eines Austritts Griechenlands aus der Währungsunion bleibt uns erspart. Es hätte nicht nur für die griechische Bevölkerung eine noch weitere Verschlimmerung der ohnehin schon in Teilen desolaten Lebensumstände zur Folge. Es ist auch für uns mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.

Eine Wirtschaft, die wie unsere sehr stark auf Exporte ausgerichtet ist, profitiert auch sehr stark von der gemeinsamen Währung, ist zugleich aber auch anfällig gegenüber Instabilitäten im Währungssystem. Daher finde ich das Pokerspiel im Rat, an dem sich auch die Bundesregierung ganz wesentlich be-

(Bernd Voß)

teiligt, schwer erträglich. Das kann auch gehörig schiefgehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Noch eine aktuelle Meldung dieser Tage steht damit im Zusammenhang: Das **Aufkaufprogramm für Staatsanleihen der Europäischen Zentralbank** war rechtens, so das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von vor wenigen Tagen. Gut, dass es insoweit Rechtsklarheit gibt. Für mich ist die Entscheidung auch nachvollziehbar, die sich darauf gründet, der Ankauf sei nicht dem Bereich der Wirtschaftspolitik zuzurechnen.

Ich denke aber auch, dass die Handlungsweise der EZB eine Notmaßnahme ist und auch bleiben muss. Das ist letztlich eine Folge von Politikversagen im Bereich der Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, aber auch Sozialpolitik werden noch zu wenig als gemeinsame Aufgabe in der EU verstanden.

Hier sehe ich ein wichtiges Feld für die europäische Integration. Auch das Europäische Parlament muss in diesen Bereichen erheblich mehr Einfluss bekommen. Die Politik und die Demokratie in Europa dürfen nicht vor den Finanzmärkten kapitulieren. Europa funktioniert nicht, wenn man es in Gewinner und Verlierer aufspaltet. Eine Showdown-Politik à la Merkel mag sich die Bundeskanzlerin am Wochenende vielleicht als Western im Fernsehen anschauen. In der EU funktioniert sie jedenfalls nicht, sondern sie wird schiefgehen. Davor bewahre uns am Montag die Sitzung des Europäischen Rates.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Herr Kollege Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem der Kollege Voß für die Grünen sozusagen den globalgalaktischen Rundschlag vollzogen hat, möchte ich zumindest einen von ihm genannten Punkt aufgreifen: **Grexit**. Auch ich finde, es wäre wünschenswert, man fände in dieser Frage eine Lösung. Aber man bekommt zunehmend Zweifel, ob es für eine konstruktive Lösung in Athen derzeit auch die entsprechenden Partner gibt, die man dafür bräuchte.

(Beifall FDP)

Eine zweite ganz kurze Anmerkung dazu: Ich finde es sehr erstaunlich, dass jedenfalls in der deutschen politischen Öffentlichkeit viel mehr Besorgnis und Aufregung beim Thema Grexit spürbar geworden ist, jedenfalls in der letzten Zeit - man kann auch sagen: in den letzten Monaten -, im Vergleich zu der Frage: Was wäre eigentlich die Konsequenz, wenn **Großbritannien** aus der EU ausscheiden würde? Das ist nämlich nach dem Ausgang der Unterhauswahlen im Vereinigten Königreich durchaus auch eine Gefahr. Das wäre aus meiner Sicht für Europa ein viel größeres Drama, als wenn Griechenland - sicherlich auch nicht ohne Probleme - aufgrund des Scheiterns der zurzeit laufenden Verhandlungen zwischen Griechenland und der Eurogruppe aus der Eurozone ausscheiden müsste. - So weit meine Anmerkungen zu den Themen, die der Kollege Voß angesprochen hat.

Der Bericht, den die Landesregierung abgegeben hat und den Frau Ministerin Spoorendonk uns vorgestellt hat, spricht eine Reihe von Punkten an. Ich will nur ganz kurz einige Stichworte aufgreifen.

So wird die neue **Agenda der EU-Kommission** unter der Leitung von Jean-Claude Juncker dargelegt. Einer der Stichpunkte ist die neue **Migrationspolitik**, die die EU-Kommission anstrebt. Ich finde, der Vorschlag, insoweit eine gerechte Lastenverteilung zu entwickeln, ist sehr vernünftig. Es ist zu bedauern, dass es dazu von einer Reihe von Mitgliedsländern bislang schon erheblichen Gegenwind gegeben hat. Der Weg zu einer solchen gerechten Lastenverteilung wird sicherlich nicht einfach sein.

Wenn beispielsweise die „Welt“ auf der Basis einer neuen Umfrage gestern vermeldet, dass nahezu jeder zweite Flüchtling oder Asylbewerber in der EU eigentlich gern nach Deutschland möchte, dann kommt man bei aller Notwendigkeit und Bereitschaft, in Deutschland eine Willkommenskultur zu entwickeln, sehr wohl zu dem Schluss: Ab einer bestimmten quantitativen Entwicklung wird auch unser Land überfordert sein, dieses in vernünftiger Weise leisten zu können.

(Beifall FDP)

Weil man sich wirklich Sorgen machen muss um den Bestand einer guten Willkommenskultur, ist es wichtig, dass wir in der EU unter den 28 Mitgliedsländern zu einer vernünftigen **Lastenverteilung** auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern kommen.

(Beifall FDP)

(Dr. Ekkehard Klug)

Zu meinem zweiten Stichwort wird auf den Seiten 16 ff. etwas in dem Bericht ausgeführt, und das betrifft **TTIP**. Wir haben heute im Pressespiegel gelesen, dass die Wirtschaftsminister des Bundes und der Länder sich einstimmig für TTIP ausgesprochen haben. Das ist ein Thema, über das wir auch hier schon verschiedentlich debattiert haben. Es gab zwei vernünftige Bedingungen. Eine Bedingung ist: Es soll ein bilateraler Handelsgerichtshof zwischen den USA und der EU eingerichtet werden anstelle der „privaten“ Schiedsgerichte. Der zweite Punkt ist die Beteiligung des Bundesrats. Auch das finde ich nachvollziehbar und richtig, Herr Wirtschaftsminister. - Leider ist er nicht mehr hier.

Ich darf zitieren, was der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir laut Bericht des „Hamburger Abendblatts“ erklärt hat. Er betonte, die Amtskollegen seien auch offen für die Übernahme von US-Standards, wenn diese strenger seien als die EU-Regeln. Wörtliches Zitat:

„Das ist ja durchaus in manchen Bereichen der Fall.“

Man sieht, es gibt bei diesem Thema TTIP auch vonseiten prominenter grüner Amtsträger ganz neue Töne, als wir sie früher in diesem Plenarsaal gehört haben.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Warum sind Sie denn schon wieder so verärgert, wenn Sie etwas hören müssen, was Sie vielleicht nicht so gern hören wollen?

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Klug, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja, die gestatte ich.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Hier ist gar keiner nervös oder aufgeregt. Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass es immer grüne Position war, dass wir die Handelsabkommen TTIP und CETA ablehnen, wenn dadurch eine Absenkung sozialer und ökologischer Standards droht und wenn „privater“ Investorenschutz Teil des Abkommens wird. Wenn es dazu kommt, dass die Stan-

dards nicht abgesenkt werden, dann ist das Zustandekommen eines Handelsabkommens überhaupt kein Problem.

Von daher ist die Position, die Herr Al-Wazir gestern gegenüber den Medien offenbar vertreten hat, sehr konsistent mit dem, was wir Grüne beispielsweise auch hier in der Koalition mit den Sozialdemokraten und dem SSW beantragt und mehrfach beschlossen haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Lars Harms [SSW])

- Ich freue mich, dass der Kollege Rasmus Andresen die Position jetzt noch einmal bekräftigt hat, die die FDP bei diesem Thema - ich selber habe dazu gesprochen - hier in diesem Plenarsaal von Anfang an vertreten hat. Selbstverständlich dürfen keine Standards abgesenkt werden. Das war natürlich immer auch unsere Position.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Es tut mir leid, Herr Kollege Breyer, ich möchte die Diskussion über das Thema TTIP jetzt nicht weiterführen, weil ich noch ein paar andere Stichworte ansprechen will.

Zur **deutsch-dänischen Zusammenarbeit**. Frau Ministerin Spoorendonk, ich freue mich, dass Sie so optimistisch in die Zukunft sehen und dass das, was Sie an positiven Entwicklungen im Bericht darstellen, aus Ihrer Sicht nicht Schnee von gestern ist, sondern dass man daran anknüpfen kann. Ich finde schon, ein Wahlergebnis, bei dem die rechtspopulistische Dänische Volkspartei in der neuen Wahlperiode die zweitstärkste Partei in Dänemark mit erheblich gestärktem Einfluss auf die Regierungsbearbeitung geworden ist, ist ein wenig Anlass zur Besorgnis. Im „Nordschleswiger“ liest man beispielsweise heute den Hinweis, dass die Dänische Volkspartei zusammen mit zwei anderen eher eurokritischen Parteien in Europafragen eine Sperrminorität im Folketing hat. Ich darf daran erinnern, dass wir früher aufgrund des Einflusses der Dänischen Volkspartei schon einmal die Einführung von Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzraum gesehen haben. Mit ein bisschen Besorgnis muss man, meine ich, schon auf die zukünftigen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit mit Dänemark schauen.

Eine ganz kurze Anmerkung zum Thema **Ostsee-Jugendsekretariat**. Der Bericht schildert die leider nicht erfolgreichen Bemühungen des vorigen Jahres

(Dr. Ekkehard Klug)

um eine Anschlussfinanzierung. Nun haben wir - auch das wurde hier schon von Kollegen genannt - quasi als kleinen Ersatz das Ostsee-Jugendforum im Rahmen der Kieler Woche. Ich gestatte mir hier eine kleine kritische Anmerkung. Wir haben gesehen, dass wir dieses Mal gerade einmal zehn junge Menschen aus dem gesamten Ostseeraum haben gewinnen können. Da muss ich anfügen: Aus meiner Sicht gibt es natürlich Grenzen, an denen eine solche Veranstaltung auch schon einmal die Peinlichkeitsschwelle überschreitet. Ich sage das mit aller Vorsicht. Nach der diesjährigen Veranstaltung sollten sich die europapolitischen Sprecher einmal zusammensetzen, um zumindest einen Austausch über die Zukunft dieses Formats zu führen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Jetzt sind noch 3 Sekunden übrig. Die nutze ich, um zu sagen: Ich freue mich über die Entscheidung der EU-Kommission, ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Pkw-Maut zu führen.

(Beifall FDP, SPD und PIRATEN)

Das hat ja den Bundesverkehrsminister sofort zu einer Vollbremsung veranlasst. An diesem Beispiel sieht man, wie gut Europa ist und wie gut Europa wirken kann. Ein erfahrener Kollege hat mich vorher im bilateralen Gespräch mit der Bemerkung, man wisse ja nicht, wie dieses Verfahren vor dem EuGH ausgehen werde, auf den Boden der Tatsachen herunterholen wollen. Dazu sage ich: Wenn es 2017 doch zur Einführung kommen sollte -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Klug, bei aller Euphorie!

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

- ja, letzter Halbsatz -, dann haben wir 2017 ein paar Termine, bei denen man das Thema Pkw-Maut politisch ansprechen und dann endgültig wegräumen könnte. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesen jährlichen europapolitischen Debatten überlege ich mir immer: Wenn du als Fünfter zu reden anfängst, was

sollst du dann eigentlich noch sagen? - Ich überlege mir dann immer die Brücke zu dem, was die Menschen, die uns zuhören, vielleicht gerade bewegt. Da kann man nur sagen: Europa scheint immer mehr in schlechter Verfassung zu sein. Ein Bericht wie der unsere - ich schließe mich dem Dank an - zeigt: Wir sind zwar nur ein kleines Stück Europa, aber Schleswig-Holstein nimmt die Aufgaben ernst. Wir versuchen in allen Bereichen, das Gute von diesem Europa, das uns so wichtig ist, zu verbessern und zu stärken. Ich finde, das ist eine Herausforderung.

An der Stelle will ich mich auch bei den Kollegen für die Zusammenarbeit im Europaausschuss bedanken - bei allen Differenzen, die wir manchmal haben. Es ist entscheidend, dass wir in wichtigen Punkten, wenn es etwa, wie vorhin, um den ländlichen Raum oder, wie beim letzten Mal, um die Flüchtlingspolitik Europas geht, gemeinsame Positionierungen finden. Ich denke, das stärkt vielleicht auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger - nicht nur in die Landespolitik, sondern auch in das Gute von Europa, das wir wahren und schützen wollen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe nur auf einige Bereiche ein. Wir haben im vergangenen Jahr sehr intensiv über die Versuche diskutiert, mehr Bürgerinnen und Bürger zur **Europawahl** zu bekommen und die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Ganz erreicht haben wir unser Ziel mit 43,3 % nicht. Aber ich denke, dass wir schon jetzt anfangen sollten, zu überlegen, wie wir das im Hinblick auf die nächsten Wahlen verbessern können. Denn die Negativschlagzeilen - bis auf die Maut, da gebe ich Herrn Dr. Klug durchaus recht - sind weit übergreifend.

Für viele Bürgerinnen und Bürger sind die Europäische Union und ihr Parlament total weit weg. Sie sehen ihre Bedürfnisse vor Ort nicht widergespiegelt. Es dauert alles zu lang und wird zu wenig berücksichtigt. Oft wird kritisiert - ich muss sagen: zu Recht -, dass diese europäische Politik zu intransparent ist und dass man sie in weiten Teilen nicht nachvollziehen kann. Als wir diese Woche Subsidiarität im Hinblick auf die Verordnungen zu Möglichkeiten der Anpflanzung genveränderter Pflanzen geprüft haben, ist mir aufgefallen, dass man, wenn man sich so etwas als Nichtjurist durchliest, schlichtweg sagen muss: Sorry, was machen die da eigentlich? - Ich denke, auch da ist Verbesserung dringend notwendig.

(Angelika Beer)

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen - auch das ist ein Teil des Berichtes - sollte sich die Europäische Union weiterhin wirklich ernsthaft Gedanken über die **künftige Rolle** der **nationalen Parlamente** machen. Damit meine ich ausdrücklich auch die Landesparlamente. Wir haben zwar den Ausschuss der Regionen, aber die Europäische Union braucht uns als Mittler, um den Bürgerinnen und Bürgern die europäische Politik verständlich zu machen und nahezubringen, gerade mit Blick auf die zunehmenden europaskeptischen und **rechtspopulistischen Parteien** in einigen EU-Ländern und die vor zwei Tagen neu gegründete rechte Fraktion um Marie Le Pen. Denn das heißt: mehr Geld, mehr Macht für Rechtsextremisten, Ausländerfeinde und Anti-EU-Positionen. Das kann uns nicht ruhen lassen.

Ich will das nicht gleichsetzen, aber das **Wahlergebnis in Dänemark**, unserem Nachbarland, mit dem uns so viel verbindet, macht mich schon ausgesprochen besorgt.

(Beifall PIRATEN und SPD)

Wir haben den Wahlkampf verfolgt. Es ging gegen Ausländer. Die Fragestellung war, wie die Mittel im Land ausgegeben werden, ob das, was in Dänemark gerade für Flüchtlinge ausgegeben wird, nicht viel besser genutzt werden kann, um den Wohlstand zu verbessern. Das ist schwer erträglich für uns mit unserer Überzeugung. Ich denke, dass wir ganz erhebliche Anstrengungen auch im Bereich der Zusammenarbeit mit Dänemark erbringen sollten, diejenigen Kräfte zu stärken, die sich auf diesen rechtspopulistischen Weg nicht einlassen wollen.

Ansprechen möchte ich auch kurz **TTIP**, obwohl es hier bereits genannt worden ist. Für die Menschen hier bei uns ist es ein Problem, wenn diese Verhandlungen völlig intransparent über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg geführt werden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da hilft es auch nicht, wenn ein Grüner auf einmal Positionswechsel betreibt und sagt: Das kann man doch alles so machen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Unsere Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht ernst genommen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss es auch verstehen!)

- Ich habe es verstanden. Dazu kenne ich die Grünen gut genug. Das ist ein Positionswechsel. Tarek Al-Wazir äußert sich oft genug. - Dennoch werden die nationalen Parlamente und auch wir nur zögerlich informiert. Die Bürgerinnen und Bürger sind in diesen Prozess nicht eingebunden.

(Beifall PIRATEN)

Zum Thema **Flüchtlinge**. Vielleicht ist es sogar die größte gesellschaftliche Herausforderung Europas, wenn es jetzt um die Bewältigung der zunehmenden Flüchtlingsströme geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, morgen ist der Weltflüchtlingstag. Nach den aktuellen Zahlen haben wir schätzungsweise 60 Millionen Flüchtlinge. Wir wissen - das haben wir diese Woche im Rahmen des Nachtragshaushalts diskutiert -, dass es mehr werden, auch für Schleswig-Holstein.

Es kann nicht sein, dass wir es zulassen, dass die EU nur noch Abschottungspolitik betreibt. Sie sagt zwar, sie möchte ein Migrationskonzept, eine Strategie erstellen, sie sagt, sie möchte gerechter verteilen, aber gerade in der Flüchtlingspolitik in den jüngsten Debatten ist es die Renationalisierung, die dem im Wege steht. Die Mitgliedstaaten der EU sind nicht bereit, gemeinsam eine solidarische Flüchtlingspolitik zu gestalten.

Ich hoffe, dass die Signale, die aus Schleswig-Holstein geschickt werden, vielleicht doch noch den einen oder anderen Positionswechsel durchsetzen können. Denn die Entwicklung der Europäischen Union geht genau in die falsche Richtung. Wir brauchen starke Bündnispartner.

Wir wissen doch, dass Migration immer ihre eigenen Wege findet. Wir wollen verhindern - dazu haben wir hier einen Konsens -, dass diese Menschen auf dem Weg der Hilfe im Mittelmeer untergehen, und das ist unsere Herausforderung.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. - Ich habe noch eine Bitte, die ich noch gern erwähnen möchte. Ich würde mich sehr freuen, wenn dafür die Forderung der FUEV nach einem

(Angelika Beer)

EU-Kontaktaussschuss als Schnittstelle der Minderheiten in Brüssel Realität wird, und wir das diskutieren und möglichst auch unterstützen. Das sind Antworten auf die Grenzschießungen Ungarns in Richtung Serbien. Wir haben die Möglichkeiten. - Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie sich dafür einsetzen. Ich denke, wir werden mit unserer Stimme dann auch weiterhin laut zu vernehmen sein.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun die Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Blick auf die anstehenden Bestrebungen der Europäischen Union haben wir vor allem mit einer Sache Bauchschmerzen, nämlich **TTIP**. Die Liste der Kritikpunkte ist nicht zu Unrecht lang und inhaltsschwer. Dem können wir uns als SSW nur anschließen. Das hat nichts mit Verschwörungstheorie zu tun, sondern hier will man einfach versuchen, einen Vertrag zusammenzustellen, um so absolute Gegensätze zu überbrücken, frei nach dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht.

Da sei etwa erwähnt, dass Gentechnik - anders als bei uns - in den USA erlaubt ist. Mit einem freiheitlichen Handelsabkommen würden diese genmanipulierten Waren automatisch auch bei uns landen. Auch in punkto Chemikalien gelten in den USA ganz andere Ge- und Verbote, als es bei uns der Fall ist. Auch diese bei uns als verboten geltenden Chemikalien würden in Europa weiterverarbeitet und somit in unseren Gebrauchs- und Lebensmitteln landen.

Hinzu kommt, dass die Öffentlichkeit von den Verhandlungen bewusst ferngehalten werden soll. Dies gilt für Parlamentarier wie Bürger gleichermaßen. Eine demokratische Einflussmöglichkeit wird erheblich eingeschränkt.

(Beifall SSW und PIRATEN - Zuruf: Unglaublich!)

Wir können also gut verstehen, warum das Europäische Parlament in seiner letzten Sitzung zu diesem Thema eine klare Botschaft versandt hat, nämlich: So geht es nicht weiter. - Die Beratungen wurden vorläufig ausgesetzt. Wir sollten in Schleswig-Holstein also auch in der kommenden Zeit ganz genau hinsehen und sehr genau abwägen, ob das geplante

Abkommen auch wirklich im Interesse unseres Landes sein kann.

(Beifall SSW und PIRATEN)

In Bezug auf die Flüchtlingsthematik begrüßen wir außerordentlich, dass sich die Europäische Kommission sowie auch die Landesregierung für eine gemeinsam gedachte und vor allem auch **gemeinsam getragene europäische Flüchtlingspolitik** einsetzen wollen. Eine Ansicht, die wir vom SSW bei der EU lange Zeit vermisst haben. Jahrelang hat man zugelassen und zugesehen, wie sich die Mitgliedstaaten in dieser Frage immer weiter voneinander entfernt haben und dass die Länder zum Teil auch nationalpolitisch tief gespalten sind.

Nun ist also endlich die Zeit für ein gemeinsames Handeln gekommen: Für eine gemeinsame Antwort auf die vielen Fragen und vor allem auch für die vielen Widerstände, die sich in den letzten Jahren angesammelt haben. Weiteres Zeitverenden kann sich die EU in dieser Frage nicht mehr leisten.

Anschließend möchte ich noch auf ein Thema verweisen, dass im vorliegenden Bericht nicht wirklich berücksichtigt wurde, weil es in den letzten Jahren auch nicht weiter praktiziert wurde. Ich rede von der **Einführung von Grenzkontrollen**. Die Einführung von Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze lehnen wir vom SSW klar ab.

(Beifall SSW, PIRATEN, vereinzelt SPD und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei geht es uns nicht um Wahlkampfparolen, sondern um das Prinzip. Wir haben schon einmal erlebt, dass diese Grenzkontrollen wieder eingeführt wurden. Zudem hat Ungarn vor wenigen Tagen angekündigt, einen 175 km langen und 4 m hohen Grenzzaun zu bauen und somit die Grenzen nach Serbien komplett dichtzumachen. Das ist eine Maßnahme, die wir klar ablehnen.

Die EU sollte in Bezug auf Budapest unmissverständlich Stellung beziehen, damit nicht andere Mitgliedstaaten diese Maßnahme zum Vorbild nehmen. Die Europäische Union blickt zweifelsfrei großen Herausforderungen entgegen. Auf dem Leitmotiv, dass Europa friedlich zusammengewachsen ist, lässt es sich nicht mehr ausruhen, wenn vor unserer Haustür Krieg herrscht. Bleibt zu hoffen, dass dieser Gedanke mittlerweile auch bei der EU angekommen ist und sie die kommenden Aufgaben nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance begreift. Wir als Landesparlament sollten nicht zögern, diese Aufgaben mitzugestalten.

(Jette Waldinger-Thiering)

Abschließend gilt mein Dank natürlich der Europa-ministerin sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen wirklich ausführlichen und informativen Europabericht.

Ich möchte noch einmal auf das Ostseejugendforum eingehen, das in der nächsten Woche zur Kieler Woche startet. Ich freue mich genauso, wie meine Kollegin von der SPD, Regina Poersch, auf das Zusammentreffen mit den Jugendlichen aus dem Ostseeraum. Richtig ist auch, dass die Anmeldezahlen vielleicht niedriger sind, als wir es uns erhofft hatten. Ich glaube aber auch, wir sollten nicht vergessen, dass die Kieler Woche in diesem Jahr wieder in einem Zeitraum liegt, in dem viele Jugendliche ihre Prüfungen ablegen. Insofern finde ich es gut, wenn wir uns nach Abschluss des Ostseejugendforums noch einmal im Ausschuss darüber unterhalten können, um zu sehen, wie wir es verbessern können. Das Ostseejugendforum wird dieses Jahr zum zweiten Mal tagen. Und wir müssen manchen Dingen ja auch eine Chance geben, damit sie wachsen können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich auch ein paar Sätze zu dem aus meiner Sicht, aus grüner Sicht, erschreckenden **Wahlergebnis** der Wahlen gestern Abend in **Dänemark** sagen möchte. Das ist in einigen Reden auch schon angesprochen worden. Natürlich ist es so, dass für uns in Schleswig-Holstein, für die Landesregierung, gilt, mit Dänemark weiterhin zusammenarbeiten zu wollen. Ich habe keine Sekunde Zweifel daran, dass Anke Spoorendonk dafür nicht die richtige Person wäre, gerade mit den Kontakten und Erfahrungen, die du in alle Parteien ins Dänische Königreich hast.

Allerdings gibt es schon Entwicklungen in Dänemark, die sehr, sehr erschreckend sind und die aufhorchen lassen. Da die bisherigen Oppositionslager, die **Dänischen Rechtspopulisten**, künftig die stärkste Kraft sein wird, die nicht nur mit der Forderung nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen in den Wahlkampf gezogen sind, sondern auch

mit einer extrem rassistischen Flüchtlingspolitik und mit der Forderung - und damit haben sie schon im Wahlkampf eine Mehrheit im Oppositionslager gewonnen -, sich in EU-Fragen künftig stärker an Großbritannien und David Cameron zu orientieren, weiß man, was nach den Koalitionsverhandlungen in Dänemark gesamteuropäisch auf uns zukommen kann.

Ein anderer Punkt, der mir in diesem Zusammenhang wichtig ist, ist, dass es hier nicht nur einfach um ein, zwei Parteien geht, die einen negativen Einfluss haben, sondern dass diese Thesen, die nationalistisch und zum Teil auch rassistisch sind, zum Großteil salonfähig sind und den Wahlkampf in Dänemark insgesamt sehr, sehr stark geprägt haben. Viele andere Parteien, leider auch im bisherigen Regierungslager, haben aus unserer Sicht zu viel davon übernommen. Das ist ein Problem, und das geht so nicht.

Wir haben dort eine Verantwortung - nicht eine Verantwortung, indem wir den Dänen, die in diesem Parlament zusammensitzen, in ihr Recht, wie sie es für richtig halten, hineinregieren. Das können wir gar nicht, und das wäre fatal. Aber wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass die Region, in der die **Rechtspopulisten** am stärksten sind, die Region ist, die genau auf der anderen Seite der Grenze liegt, nämlich in Süddänemark. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Wir müssen überlegen: Welche Rollen spielen unsere Schwesterparteien in dieser Auseinandersetzung? Ich glaube, dass wir alle mit unseren Schwesterparteien - egal ob konservativ, ob Sozialdemokraten, ob Grüne, ob Liberale - über diese Themen einen Dialog führen müssen. Ich glaube, dass wir uns gemeinsam mit unseren **nationalen Minderheiten** auf beiden Seiten der Grenze weiter verstärkt dafür einsetzen müssen, dass wir dieser Tendenz, die in Dänemark durch das Wahlergebnis noch einmal zum Ausdruck gekommen ist, etwas entgegensetzen, und zwar konstruktiv und mit den Gedanken, die wir zu solchen Fragen mit einem proeuropäischen und einem vielfältigen Zugang haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte den kritischen Beitrag meines Kollegen Herrn Dr. Klug nicht unkommentiert lassen, die Anmeldezahlen zum **Kieler-Woche-Ostseejugendforum** näherten sich der Peinlichkeitsgrenze. Ich möchte das hier deshalb nicht so stehen lassen, weil es so ist, wie meine Kollegin Jette Waldinger-Thiering es beschrieben hat. Wir haben offenbar eine Prüfungszeit erwischt. Aber wir sind gerade einmal zum zweiten Mal mit diesem Forum am Start. Wir haben uns alle miteinander versprochen zu probieren, wie ein Forum gut inhaltlich ausgestaltet werden kann.

Im vergangenen Jahr haben sich die Jugendlichen ihr Thema selbst wählen dürfen. In diesem Jahr haben wir ihnen gesagt: Bereitet euch doch einmal auf die Ostseeparlamentarierkonferenz vor. Dann haben wir den Jugendlichen dieses sexy Thema Gesundheitspolitik gegeben. Möglicherweise können wir in der Themenwahl noch ein bisschen attraktiver werden.

(Beifall Olaf Schulze [SPD])

Das hat damit zu tun, dass wir den Jugendlichen Sitz, Stimme und Mandat auf der Ostseeparlamentarierkonferenz geben wollen. Es ist in diesem Jahr so, wie es ist. Wir haben miteinander fest verabredet, dass wir Manöverkritik üben wollen. Das haben wir im letzten Jahr übrigens auch schon gemacht. Wir haben uns versprochen, dass wir es weiter ausgestalten wollen, damit dieses Ostseejugendforum eine Zukunft hat. Die Kieler Woche halte ich nach wie vor für ein wirklich attraktives Rahmenprogramm für dieses Treffen, das im Übrigen auch wirklich sehr schlank gehalten wird, was Organisation, Unterbringung, Kosten und solche Dinge angeht.

Aber alle Rednerinnen und Redner haben heute aus Anlass des Europaberichts betont, wie wichtig es sei, dass sich Jugend begegnet und einander kennenlernt und wir damit Grenzen überwinden. Deswegen ist dieser Beitrag aus Schleswig-Holstein zum Ostseejugendforum so wichtig und zentral. Deswegen möchte ich nicht, dass das Wort Peinlichkeitsgrenze hier unkommentiert stehenbleibt. Ich freue mich, wenn wir das Forum weiterhin konstruktiv ausgestalten. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Klug provoziert hier wirklich viele Beiträge. Regina Poersch ist schon auf das Ostseejugendforum eingegangen. Gesundheitswirtschaft ist alles andere als dass Sie es mit der „Renter-Bravo“, also mit der „Apothekenumschau“ gleichsetzen, sondern das ist ein zentrales Thema gerade für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Das sollten Sie einmal akzeptieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie haben mich noch einmal in Sachen TTIP provoziert mit Ihrer süffisanten Art zu schauen, ob es irgendeinen Dissens innerhalb der Koalition gibt. Ich habe mir gestern natürlich sofort den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz angesehen und habe festgestellt, die müssen einen Konsens beschließen und haben wirklich einiges gelernt, welche kritischen Punkte sie aufnehmen müssen. Sie haben natürlich auch eine ganze Reihe von Dingen ausgeblendet, aber ich gehe davon aus, die werden sie demnächst abarbeiten.

Um es einmal ganz deutlich zu sagen. Herr Dr. Klug, ich glaube, Sie müssen einmal begreifen, dass ein **Freihandelsabkommen** - auch wir wollen, dass sich Freihandel von Ideen und Waren weiterentwickelt - nicht auf einen Bierdeckel passt. Allein das Abkommen mit Kanada hat über 1.500 Seiten, die seit über einem Jahr in der juristischen Prüfungs- und Übersetzungsphase sind. So einfach geht die Welt nicht.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Sie müssen auch endlich einmal begreifen, dass es beim Freihandelsabkommen um erheblich mehr geht, nämlich um Transparenz, um die kommunale Daseinsvorsorge, um die Sicherung der Kultur vor Ort und darum, Sicherheit gerade für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen. Es ist doch eine Mär, die uns hier immer wieder erzählt wird, dass das Abkommen gerade für sie gemacht ist.

Sie müssen auch endlich einmal begreifen, dass es bei Freihandelsabkommen nicht so sein kann, dass man sagt: Ich baue mir meine Welt, und so und so könnte es sein. Es geht auch nicht um die Debatte, ob das Chlorhuhn demnächst den Bundesadler ersetzt.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Voß, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Klug?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Herr Kollege Voß, ich höre mit großem Gewinn, was Sie zu diesem Thema sagen. Ich habe nur eine kurze Frage. Das „Hamburger Abendblatt“ überschreibt seinen Beitrag zu diesem Thema heute mit der Überschrift: „Zustimmung für TTIP auch bei den Grünen!“ Ist das zutreffend, Herr Kollege, oder ist es nicht zutreffend?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zu diesem TTIP, das jetzt so ausgehandelt und so angegangen worden ist - das gilt auch für CETA -, wird es von uns so keine Zustimmung geben.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber für Freihandelsabkommen, die in anderen Stufen gefasst werden, kann es irgendwo eine Zustimmung geben. Das müssen wir auseinanderhalten. Für mich ist letztlich das Originaldokument von gestern maßgeblich. Ich habe leider noch nicht das „Hamburger Abendblatt“ gelesen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Voß, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, ich habe heute schon das „Hamburger Abendblatt“ gelesen, und ich empfehle dem Kollegen Klug, nicht nur die Überschrift, sondern auch den ganzen Artikel zu lesen. Dann relativiert sich die Überschrift sehr deutlich. Es steht dort nichts davon, dass die Grünen zustimmen. Manchmal schreibt auch einer den Artikel und ein anderer macht die Überschrift, ohne gelesen zu haben, was in dem Artikel steht. - Danke schön.

(Zuruf FDP: Das glaube ich aber nicht! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Der grüne Umweltminister hat zugestimmt!)

Präsident Klaus Schlie:

Bevor wir jetzt alle weiterhin das „Hamburger Abendblatt“ analysieren, würde ich meinen, wir lassen den Kollegen Voß weiterreden.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielleicht einen letzten Satz. Es geht bei diesen Abkommen auch um Dinge wie **regulatorische Kooperation**, dass wir also nicht mehr den demokratischen Entscheidungsprozess haben bei neuen Vorhaben, wie wir sie jetzt innerhalb eines demokratischen Gebildes wie der Kommune oder Europas haben. Deswegen sage ich ganz bewusst: Ich baue mir meine Welt nicht mit Investoren - Staatsschiedsgerichten, wie sie im Moment geplant sind, sondern man kann Alternativvorschläge machen. Entscheidend wird am Schluss für uns bei der Zustimmung oder der Ablehnung sein, was wirklich darin steht. Wir werden keinem Staatsstreich durch die Hintertür - der deutet sich hier an - zustimmen. Da können Sie sicher sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem letzten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch an meinem Redebeitrag ist der Kollege Dr. Klug schuld. Nichtsdestotrotz geht es um das Thema TTIP. Fakt ist, Herr Kollege Voß, dass sich die Wirtschaftsminister einschließlich des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers einstimmig für Freihandelsabkommen wie TTIP ausgesprochen haben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Darüber kommen Sie nicht hinweg. Das ist eine Katastrophe.

Ich will Ihnen auch erklären, warum, Herr Dr. Klug. Es geht gar nicht darum, ob das Schutzniveau höher oder tiefer ist. Die Frage ist: Wer entscheidet eigentlich über das **Schutzniveau**? Kann es sein, dass wir über Verbraucherschutz, über Gesundheitsschutz, über Datenschutz nicht mehr hier im Parlament entscheiden, sondern das in irgendwelchen **Geheimverhandlungen** ausgehandelt wird? Da sagen wir PIRATEN ganz klar: Nein, das kann nicht richtig sein.

(Dr. Patrick Breyer)

(Beifall PIRATEN)

In einer Demokratie sind diese Fragen so wichtig und entscheidend, dass sie transparent und im Parlament von gewählten Volksvertretern ausgehandelt werden müssen und nicht in Hinterzimmern unter Beteiligung von Lobbyisten in intransparenten Verhandlungen.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen ist es völlig egal, welcher **Schutzstandard** dort drinsteht. Das Verfahren ist überhaupt ungeeignet. TTIP ist auch kein Freihandelsabkommen im herkömmlichen Sinn, sondern darin stehen ganz andere Dinge, die mit freiem Handel gar nichts zu tun haben. Ich sage, es ist keine Einschränkung des Handels, wenn ich die Gesundheit schütze, wenn ich die Verbraucher schütze. Auch der **Datenschutz** und all das dürfen nicht als Einschränkung des freien Handels diffamiert werden. Hier geht es um den Schutz von Menschen, der Gesundheit und unserer Umwelt. Darüber müssen auch künftig die Parlamente und unsere Gerichte entscheiden und nicht irgendwelche internationalen Geheimgremien. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2976 federführend dem Europaausschuss, mitberatend allen anderen Ausschüssen zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring 2015

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3074

Ich erteile dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die meisten von uns werden mitbe-

kommen haben, dass die führenden Industrienationen auf dem **G-7-Gipfel in Elmau der Ausstieg aus der fossilen Energienutzung** noch einmal bekräftigt haben. Dies ist begrüßenswert. Ob dies auch eingelöst wird, werden wir in Deutschland, vermutlich in diesem Jahr, beobachten können. Vor allem werden wir im Herbst dieses Jahres in Paris sehen können, ob die Industrienationen tatsächlich ihren Beitrag dazu leisten, um dies in internationale Vereinbarungen zu überführen.

Wenn Deutschland das nicht leistet, kann man das in unserem Klima- und Energiewendebericht nachlesen. Ein Blick auf Deutschland zeigt, dass die Bundesregierung derzeit nicht im Begriff ist, das einzulösen, was Frau Merkel vereinbart hat.

(Unruhe)

- Ich weiß nicht, wen es interessiert. Mich interessiert es. - Das war einmal ein wichtiger Bericht. Wir waren einmal Vorreiterland für die Energiewende. - Ich rede einfach weiter.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, einen Moment, bitte! - Ich kann verstehen, dass, je weiter wir in der Zeit voranschreiten, das Bedürfnis, miteinander zu reden, größer wird. Aber wenn der Minister einen Bericht abgibt, sollten wir die gemeinsamen Gespräche ein wenig zurückschrauben. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Deutschland verfehlt die Klimaschutzziele nach den derzeit vorliegenden Daten um 5 bis 8 Prozentpunkte. 40 % bis 2020 sollten es sein. 5 bis 8 Prozentpunkte sind eine Menge Holz. Bedauerlicherweise ist Schleswig-Holstein aber auch nicht wirklich besser. Sie können das in dem Bericht auf Seite 74 fortfolgende nachlesen.

Wir sind gut darin, die CO₂-Emissionen zu senken, und zwar besser als der Bund. Wir haben den **CO₂-Ausstoß** schon um 25 % gesenkt. Wir sind schlecht in den Bereichen Stickstoff und Methan. Das ist neu dargestellt worden. Die Gesamtsumme zeigt eben, dass wir hier im Korridor der Bundesrepublik liegen. Das ist erklärbar, wenngleich sich damit erneut eine Aufgabe für die Landesregierung und für uns alle stellt. Der **Stickstoffdioxidausstoß** ist in den Bereichen Verkehr, Industrie und Feuerungsanlagen reduziert worden, aber er ist im Bereich der

(Minister Dr. Robert Habeck)

Landwirtschaft, vor allem durch die Düngemittelproduktion, angestiegen. Wir sind ein hoch agrarintensives Land. Diese Debatte haben wir ja heute Morgen geführt. Die Konsequenz im Klimaschutzbereich ist, dass uns die **Landwirtschaft** nicht hilft, unsere Kennzahlen einzuhalten. Entweder müssen wir im CO₂-Bereich besser werden, oder - das wäre meine Forderung - wir müssen auch verstärkte Anstrengungen zum Klimaschutz im Bereich der Landwirtschaft unternehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Gleiche gilt auch für die Bereiche Wärme und Verkehr. Interessant ist, dass der **Methanausstoß** in Schleswig-Holstein zugenommen hat. Das liegt vor allem an der Ausweitung der **Ölförderung**. Von 2000 bis 2014 hat sich die Ölförderung - das ist die Mittelplate - verdoppelt. Entsprechend sind zusätzliche Treibhausgase in die Atmosphäre gelangt.

Der Energiewendebericht ist ein interessantes Kompendium für alle, die sich mit diesen relevanten Fragen beschäftigen wollen, er zeigt allerdings auch den **Fortschritt im Netzausbau** auf. Wissen Sie, dass wir inzwischen in die Umsetzungsphase eingetreten sind? An der Westküste wird gebaut, und auch die Dialogveranstaltungen in Ostholstein gingen gut voran und zeigten, dass wir hier in einer anderen politischen Kultur miteinander umgehen können und arbeiten, mit einer kritischen, gleichwohl konstruktiveren als in anderen Teilen der Republik. Die Energiewende hat beim **Ausbau der erneuerbaren Energien** - das ist auch schon besprochen worden - einen Zuwachs von 1,1 GW allein im Bereich Wind Onshore, also quasi ein Atomkraftwerk durch erneuerbare Energien, gebracht. Das sind durchaus beachtliche Zahlen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und vereinzelt SPD)

So wird es weitergehen.

Wenn ich sage, es werde so weitergehen, dann möchte ich darauf hinweisen, dass es exakt so gar nicht weitergehen sollte; denn der rasante Zubau hat die Verwaltung, die Bürger, die Betreiberfirmen, die Logistik durchaus vor große Herausforderungen gestellt. Es ist nicht klug, immer Zielmargen zu setzen. Dann gibt es den schnellen Ausbau, dann bricht das wieder ab, und drei Jahre später beschließt die Politik neue Kennzahlen. Vielmehr stehen wir vor der Aufgabe - ich werde mich ihr vollumfänglich stellen -, einen kontinuierlichen, stetigen Zubau in Schleswig-Holstein zu organisieren.

Das ist die Aufgabe, die nach Klageverfahren, Gesetzentwurf und Erlass vor uns liegt. Wir werden uns dem stellen. Der Energiewendebericht wird dies fortschreiben.

Die zweite große Aufgabe ist die Überführung der Energiewende in den Industrie-, Verkehrs- und den **Wärmesektor**. Über Wärme habe ich das letzte Mal umfänglich berichtet. Ich weise darauf hin, dass im Zusammenspiel mit dem Wirtschaftsministerium der Stadt Hamburg und Wirtschaftsunternehmen das Projekt „New 4.0“ als Förderkulisse für den Bund aufgestellt wurde. Dabei geht es darum, 40 Millionen € Bundesgelder für den Unterelementraum als Clusterregion Energiewende und das Eindringen der Energiewende in die Industrie und in die Wärmeversorgung bereitzustellen. Dies ist ein gigantisches Projekt. Ich hoffe sehr, dass es erfolgreich sein wird. Dann könnte Schleswig-Holstein seine Vorreiterrolle als Energiewendeland auch in den neuen Sektoren voranbringen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland hat sich das Klimaschutzziel gesetzt, bis 2020 die **Treibhausgasemissionen** gegenüber 1990 um 40 % zu senken, und vertritt dieses Ziel auch weiterhin. Das Jahr 2020 rückt näher, und es wird langsam klar: Dieses Ziel ist bundesweit nur noch zu erreichen, wenn wir **zusätzliche Maßnahmen** ergreifen.

In Schleswig-Holstein stehen wir zwar aufgrund unserer engagierten Umsetzung der Energiewende besser da, müssen uns aber auch noch anstrengen, um das Klimaschutzziel zu erreichen. Dies zeigen die aktuellen Daten des Energiewende- und Klimaschutzberichts. Der Herr Minister hat dies gerade ausgeführt.

Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung für die Erarbeitung des Berichts herzlich bedanken.

(Beifall SPD und Oliver Kumbartzky [FDP])

Der Bericht zeigt auch, dass wir in Schleswig-Holstein in den Bereichen Wärme, Verkehr und vor al-

(Olaf Schulze)

lem auch der **Entwicklung von Speichern** noch Potenzial haben.

Das Ziel, bis 2025 einen Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Schleswig-Holstein von mindestens 300 % zu erreichen, wird aufrechterhalten. Hierbei wird die **Windkraft** einen großen Anteil abdecken. Eine rechnerische Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien werden wir bereits sehr viel früher erreichen. Das ist eine gute Nachricht!

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

Für das Gelingen der Energiewende ist die **dezentrale Energieversorgung** von besonderer Bedeutung. Deshalb werden Energiespeicher immer wichtigere Bausteine. Sie tragen zur Versorgungssicherheit ohne Rückgriff auf fossile Kraftwerkskapazitäten bei. Und genau da wollen wir hin.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Speicher können zudem für die Netzstabilität eingesetzt werden. Auch dafür darf ihre Bedeutung nicht geringgeschätzt werden. Im Wärmebereich kann Power-to-Heat für erneuerbare Energien genutzt werden. Power-to-Gas mit „grünem“ Wasserstoff, lokal erzeugt und gespeichert, kann in vielen Bereichen genutzt werden - in der Wärmeversorgung ebenso wie bei der Rückverstromung oder auch in der gewerblich-industriellen Nutzung.

Ein großer Bedarf wird zukünftig in der **Mobilität** liegen. Hier können wir als Schleswig-Holsteiner von den Anstrengungen der Bundesregierung profitieren, das Wasserstofftankstellennetz mit der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zu forcieren.

Gerade die **Speichertechnologie** entwickelt sich in Schleswig-Holstein sehr dynamisch. Dies muss gefördert werden, um den Vorsprung von Schleswig-Holstein zu erhalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben in diesem Bereich mehrere Unternehmen und Projekte in unserem Land, die von motivierten Menschen getragen werden.

Wir sollten zusätzlich darüber nachdenken, die Idee für ein Pilotprojekt „Grüner Wasserstoff für die Region“ in Flensburg zu unterstützen.

(Beifall Flemming Meyer [SSW])

Ich freue mich auch, dass die Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Hamburg die Bewerbung

eines länderübergreifenden Konsortiums aus Wissenschaft und Wirtschaft in dem vom Bundeswirtschaftsministerium aufgelegten Förderprogramm „Schaufenster Intelligente Energie“ unterstützen, mit dem demonstriert werden soll, dass **intelligente Netze** auf Basis von zeitweise bis zu 100 % Strom aus erneuerbaren Energien unter Ausschöpfung der Optionen bei Erzeugungs- und Lastmanagement Systemsicherheit gewährleisten und einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können. Ich möchte mich herzlich bei Wirtschaftsminister Reinhard Meyer bedanken, dass er dieses Projekt mit seinem Kollegen Frank Horch aus Hamburg vorangetrieben hat. Das zeigt, dass die Energiewende nicht nur Klimaschutzpolitisch richtig, sondern auch wirtschaftspolitisch von Bedeutung ist. In Schleswig-Holstein waren 2013 rund 15.700 Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Damit haben wir im Vergleich zu anderen Bundesländern den höchsten Anteil an Unternehmen der Branche der erneuerbaren Energien an der Gesamtzahl der Unternehmen im Land.

Der Bericht der Landesregierung zeigt aber auch: Die **wirtschaftlichen Potenziale der Energiewende** sind noch nicht ausgeschöpft. Unser Land und die Kommunen profitierten 2011 von über 50 Millionen € Einnahmen aus der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer und aus Neuinstallation, Wartung und Betrieb von Windkraftanlagen. 2021 werden durch den weiteren Ausbau der Windenergie 100 bis 200 Millionen € erwartet. Die Energiewende ist daher auch ein Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Hermann Scheer schließen:

„Der beschleunigte Wechsel zu erneuerbaren Energien ist eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Existenzfrage mit friedenspolitischer Dimension. Es darf keine Zeit mehr verspielt werden.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jens Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die heutigen Meldungen zu den Länderquoten bei der Windenergie und die Diskussion

(Jens-Christian Magnussen)

über Castoren und Atommüll diese Debatte vielleicht ein Stück weit ins Negative ziehen, glaube ich, dass wir uns um den Bericht kümmern sollten. Auch ich darf mich recht herzlich bei dem Minister und seinen Mitarbeitern für den vorgelegten Bericht bedanken.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie haben es aufgrund der Situation indirekt angedeutet: Wir nehmen angesichts der heutigen Pressemitteilungen zur Kenntnis, dass wir uns strategischer aufstellen müssen und dass wir Strategien entwickeln müssen, um hier entgegenzuwirken. Wir müssen Ideen und Visionen entwickeln, um dem Rechnung zu tragen, dass wir unsere erneuerbaren Energien weiter in die Republik tragen.

Ich glaube, wir sind uns auch einig darüber, dass die Energiewende sich nicht zur politischen Profilierung eignet und dass die **Energiewende** nicht ein Ziel bis zur nächsten Wahl sein darf. Wir diskutieren hier über die Interessen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik Deutschland, über Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze und letztlich über **Steuereinnahmen**. Vielleicht wiederhole ich mich: Wir sollten die Energiewende parteiübergreifend gestalten. Ich kann Ihnen sagen: Die CDU steht hier sicherlich zur Verfügung.

Auch wir von der CDU wissen, dass die Energiewende nicht ohne die **Wärmewende** funktionieren wird. Wenn man sich den Energiebedarf der deutschen Haushalte ansieht, dann sieht man: 38 % gehen in die deutschen Haushalte. 8 % davon decken den Strombedarf, 30 % fließen in die Wärme. Dies zeigt, welches Potenzial der Energiewende im Bereich der Wärme zur Verfügung steht.

Um die Ziele halbwegs zeitnah zu erreichen, brauchen wir einen geeigneten Ordnungsrahmen, und zwar nicht ausschließlich unter der Federführung durch das Umweltressort, sondern unter Einbeziehung des Wirtschaftsministeriums. Sie hatten eben angedeutet, dass Sie in engem Kontakt mit dem Wirtschaftsministerium stehen. Ich wünsche mir aber eine noch stärkere **Einbeziehung der Wirtschaft** und des Wirtschaftsministeriums in diese Bereiche. Wir merken, dass wir uns im Bereich der Energiewende von Phase zu Phase hangeln. Herr Meyer, ich glaube, gerade die Bereiche Energie und Technologie sind nicht voneinander zu trennen. Wir sehen die Entwicklung. Sie sind ständig in der Region unterwegs, Sie sind am Fraunhofer Institut, und Sie haben mit PROKON zu tun. Ich glaube, dass sich auf dieser Grundlage für die Energieeffekte viele Chancen ergeben werden.

Wir müssen darüber nachdenken und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen überdenken und stärken. Letztendlich wird die Wärmewende nur durch ein funktionierendes Zusammenspiel von Immobilieneigentümern, Politik, Industrie und Handwerk gelingen können. Es ist gut, dass die Bundesregierung das **Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz** in die Beratung gebracht hat. Nachteilig ist jedoch, dass dieses erst 2016, während der nächsten Heizperiode, kommen wird. Bis dahin verlieren unsere Stadtwerke weiter täglich Geld, weil sie über ihre KWK-Anlagen Lieferverpflichtungen haben, die sie wegen des Preisverfalls auf dem Strommarkt nicht kostendeckend darstellen können.

Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass wir die **Kraft-Wärme-Kopplung** nach 2020 noch dringender brauchen werden als jetzt schon. Die Kraft-Wärme-Kopplung wird eine tragende Säule unserer Energieversorgung sein. Für den steigenden Anteil der erneuerbaren Energien brauchen wir künftig flexiblere **konventionelle Anlagen**, die die fluktuierenden Anlagen ergänzen. Aber wir müssen den Wärmemarkt dahin gehend weiterentwickeln, dass wir den **Rückgang des Wärmebedarfs** auch heute schon perspektivisch abbilden. Das bedeutet aber auch, dass im Wärmebereich der Rückgang des Wärmebedarfs langfristig eine große Herausforderung darstellt. Wir dürfen deshalb den Kraftwerksbestand nicht verrotten lassen.

Abschließend lassen Sie mich noch kurz Bezug nehmen auf die Situation vor dem Hintergrund des Wärmeverlusses. Sie hatten es ebenfalls eben angekündigt, vielfach diskutieren wir wie zu Beginn der Energiewende nach dem Motto: Wir brauchen bei den erneuerbaren Energien einen Leistungszuwachs um jeden Preis. Wir sind aber heute in einer anderen Phase der Energiewende. Ich wünsche mir, dass man erkennt, dass heute der zweite Ortstrafo wichtiger sein kann als der dreißigste Windpark. Wir brauchen somit einen **geordneten Zubau**. Dies hatten Sie eben angedeutet. Dieser ist gerade vor dem Hintergrund des Netzausbaus wichtig. Wir nehmen im Moment in der Diskussion über SuedLink intensiv wahr, dass nicht alles so rund läuft, wie es laufen sollte.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wie gesagt, hier ist noch jede Menge Musik im Karton. Wir müssen uns also noch intensiv mit diesem Thema befassen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Einen abschließenden Satz noch: Die **Energieeffizienz** ist für mich ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Das ist mehr als die Sanierung von Gebäuden und die Dämmung von Häusern oder die Erneuerung von Heizungen. Effizienz ist die Optimierung von Verfahrensprozessen in Produktionsanlagen und die Optimierung von Leistungskapazität von Großverbrauchern.

Präsident Klaus Schlie:

Wenn Sie jetzt keinen Punkt machen, dann ist die Großzügigkeit erschöpft.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Dann mache ich jetzt ein Komma und sage: Ein strategisches Energiekonzept ist in Schleswig-Holstein und auch im Bund nicht erkennbar. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Jetzt kommt der Punkt, Herr Präsident. Vielen Dank für das großzügige Zugeständnis.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal sage ich einen Dank an Minister Robert Habeck und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für den Energiewendebericht. Mein Dank schließt auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes für Hamburg und Schleswig-Holstein ein. Mit 86 Seiten ist das schon fast ein kleines Buch, ergänzt um ein statistisches Werk, das sich hochinteressant liest. Dort sitzt die Herrin der Zahlen. Frau Meyer, mir geht das Herz auf, wenn ich diese vielen Zahlen zur Energie zur Kenntnis nehme. Er mag manchem etwas trocken und langweilig erscheinen, aber der Bericht beeindruckt ohne Geschwafel und Gesülze durch einen deskriptiv analytischen Stil. So manche Zahl spricht eben für sich.

Ich will mich heute mit meinem Beitrag auf den **Zusammenhang der verschiedenen Sektoren** Strom, Wärme und Verkehr konzentrieren. Die Botschaft lautet: Die Energiewende umfasst mehr

als Strom. Wärmewende und Mobilitätswende gehören dazu. Sie stehen nicht nebeneinander, sondern müssen miteinander verknüpft werden, damit die Energiewende gelingen kann. So manche Zahl spricht für sich. In der Tabelle auf Seite 14 und in der dazugehörigen Grafik auf Seite 16 wird ersichtlich: Wir haben im Jahr 2014 die 100%-Marke erreicht und überspringen sie in diesem Jahr 2015.

(Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bilanziell erzeugen wir in Schleswig-Holstein mehr Strom aus erneuerbaren Energien, als wir insgesamt an Strom verbrauchen. Es sitzt also „Mister Hundert Prozent“ neben dem Ministerpräsidenten. Das ist unser Minister Robert Habeck.

Zur 300%-Grenze: Wir wollen also dreimal mehr Energie aus erneuerbaren Energien erzeugen, als wir verbrauchen. Diese strategische Vorgabe ist ehrgeizig, aber realistisch. Wir reden dabei nicht vom Sankt Nimmerleinstag, sondern von der kommenden Legislaturperiode und dem Beginn der darauf folgenden.

Wir haben bei der **Biogasverstromung** fast gar keinen Zuwachs mehr. Das finden wir wegen der engen ökologischen Grenzen der Landnutzung auch richtig. Wir haben einen Zuwachs bei Strom aus solarer Strahlung von circa 100 MW pro Jahr in Schleswig-Holstein. Dies könnte aus unserer Sicht deutlich mehr sein, wenn der bundespolitische Rahmen dies zuließe. Ende 2014 hatten wir 4,8 GW an installierter Windenergie. Das war erreichbar, weil die Windbranche im letzten Jahr mehr als 1,1 MW Windkraft zugebaut hat.

Das bedeutet ein Investitionsvolumen von circa 1,5 Milliarden € in unserem Land. In einem Jahr ein Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden € in unserem Land - das kann keines Menschen Herz nicht rühren, der hier Verantwortung für unser Land trägt. Das ist wesentlicher wirtschaftlicher Impuls.

Wir erzeugen viel Strom und in Zukunft noch mehr aus Erneuerbaren, aus volatiler Erzeugung. Wenn wir aber aus stochastischer Erzeugung einen ebenfalls schwankenden Strombedarf abdecken, dann haben wir auch große Zeitfenster, in denen wir Strom erzeugen, den der Strommarkt alleine nicht nachfragt. Wir brauchen in Zukunft also mehr **Lastverschiebung in mehrere Sektoren**. Flexibilität im Strommarkt - was heißt das eigentlich? - Steuerbare, flexible Lasten heißt Folgendes: Wir schaffen Stromverbräuche sozusagen als Diener des Strommarktes, mit Power-to-Gas - also Methan- und Wasserstoffherzeugung -, mit Power-to-Heat -

(Detlef Matthiessen)

Wärmeerzeugung -, mit Power-to-Mobility, also von der Haustür bis zum Ziel: elektro-mobil. Alle diese Verbrauchsarten können und sollen - vermittelt durch Preissignale des Strommarktes - ihren Verbrauch drosseln oder einstellen, wenn der Strommarkt nach Strom schreit und andererseits Strom nachfragen, wenn das Angebot da ist.

Energiewende ist daher auch Wärmewende. **Wärmewende** ist kommunal. Wir möchten, dass Kommunen Wärmepläne aufstellen. Dazu haben wir auf unserem Lübecker Parteitag im letzten Monat einen Beschluss gefasst. Was bedeutet das eigentlich? - Kommunen untersuchen, wo es eine hohe Wärmedichte gibt, also viele Einwohner oder Gewerbe, die Energie verbrauchen. Dann werden eben die Hotspots der Rentierlichkeit für Wärme und Nahwärmenetze, für Objekt-KWK, identifiziert. Da gibt es Beispiele in Eckernförde, das gibt es Beispiele in Flensburg. Da gibt es auch Beispiele in den kleinen Kommunen wie zum Beispiel in Börnsen.

In Berlin muss mehr für Klimaschutz und Energiewende getan werden. Wie unsere Autoindustrie von E-Mobilität redet, redet die Bundesregierung von Energiewende. Fakt ist, dass in Deutschland eine **Senkung der Treibhausgasemissionen** im Moment nicht gelingt. Und das ist traurig für das Beispiel, das Deutschland in der Welt eigentlich abgeben will.

Kohleverstromung muss teurer werden, sei es durch Fossilsteuern oder Verknappung von Emissionszertifikaten oder CO₂-Abgaben. Ansonsten werden umweltfreundliche Erzeugungsarten auf die Verliererseite gestellt. Sonst bleibt Klimaschutz nur ein Wort. Das Gaskraftwerk Irsching bei München mit einem Wirkungsgrad von 60 % steht still, während IG BCE und viele Vertreter der Berliner Koalition Gabriel auffordern, älteste Kohledreckschleudern mit Wirkungsgraden von unter 30 % am Leben zu halten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, schauen Sie zwischenzeitlich einmal auf die Uhr.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Meine Damen und Herren, Atom braucht keiner, Kohle braucht keiner.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Strom braucht keiner!)

Gas und KWK sind die Brücke ins Zeitalter einer ausschließlich auf Erneuerbaren fußenden Energiewirtschaft einschließlich Wärme, einschließlich Mobilität. Schleswig-Holstein geht voran, und das ist gut so. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte noch beantragen, Herr Präsident, dass der Bericht in den Ausschuss für Wirtschaft und den Umweltausschuss zur abschließenden Kenntnisnahme überwiesen wird. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beate Raudies [SPD] und Flemming Meyer [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst auch von mir ein Dankeschön an das MELUR für den Bericht, der die aktuelle Entwicklung in Schleswig-Holstein detailliert beschreibt und auch eine gute Grundlage für weiteres Handeln und für weitere Diskussionen ist. Deswegen stimmen wir gern einer Überweisung an den Ausschuss zu.

Es ist gut, dass der Landtag im Jahr 2012 beschlossen hat, dass von der Regierung jährlich ein Energiewende- und Klimaschutzbericht beziehungsweise Monitoring vorzulegen ist. Ebenso halte ich nach wie vor die Einrichtung eines **Energiewendebeirates** für richtig und wichtig.

Erfreulich ist auch, dass der schlafende Riese der Energiewende endlich mehr Beachtung findet. Ich meine mit dem schlafenden Riesen nicht irgendeinen Minister, sondern den Wärmesektor.

Auf der letzten Sitzung des Energiewendebeirates war die Wärmewende das zentrale Thema. Unter dem vorliegenden Bericht sind die Empfehlungen der Teilnehmer vorzufinden.

(Zuruf)

- Sie haben trotzdem ein bisschen gebraucht. Gleich die erste Aussage bringt es auf den Punkt.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Einfach nur „nicht witzig“! Das ist die neue Kategorie!)

- Macht ja nichts.

(Oliver Kumbartzky)

Zusätzliche Bürokratie und neue Datenberge durch verpflichtende kommunale Wärmepläne sind unbedingt zu vermeiden - so steht es auch in dem Energiewendebericht. Die Landesregierung wird demnächst ein Energiewende- und Klimaschutzgesetz vorlegen. Zumindest dessen Eckpunkte sind auch hier im Landtag schon diskutiert worden. Die FDP bleibt bei ihrer kritischen Haltung zu dem geplanten Gesetz. Gerade der **Klimapakt als freiwillig ausgehandelte Vereinbarung** hat doch gezeigt, dass es eben auch ohne Ordnungsrecht geht.

Ich komme zu einem weiteren Thema, das ist das Thema Windenergie. In dem vorliegenden Bericht steht einleitend, dass der **Ausbau der Windkraft** einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele in Schleswig-Holstein leistet. Dann folgt ein Hinweis auf das OVG-Urteil. Die Mehrheit hat im letzten Mai-Plenum eine landesplanerische Veränderungssperre im Hauruckverfahren und einer Minianhörung beschlossen. Was folgen sollte, war ein **Erlass**, der die Ausnahmen durch harte und weiche Tabukriterien regeln sollte. Ich frage mich ganz ehrlich: Wo ist denn der Erlass? Wo bleibt er? - Es gab letzte Woche im Wirtschaftsausschuss die Anregung, dazu eine Anhörung durchzuführen. Ich hatte auch viel Sympathie für diese Idee, aber da ist dann von der Landesregierung gesagt worden: Nein, keine Anhörung, der Erlass wird ja schon am 16. Juni 2015 abschließend im Kabinett behandelt. - Also, wo ist der Erlass? Die Antwort auf die Frage würde mich wirklich interessieren. Es kann nicht sein, dass die Landesregierung die Windkraftbranche und die Bürgerinnen und Bürger hängen lässt. Die warten auf diesen Erlass.

Herr Dr. Habeck, das ist kein Vorwurf an Sie, das will ich klarstellen.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Das Kabinett hat andere Sorgen gehabt!)

- Trotzdem hätte man ja den Erlass - - Es ist kein Vorwurf an Sie, Herr Dr. Habeck. Ich weiß, dass Sie bei diesem Thema nicht zuständig sind. Da rächt sich ein bisschen, dass Sie sich noch vor Ihrer Vereidigung die Butter haben vom Brot nehmen lassen und dass die Landesplanung eben beim Ministerpräsidenten angesiedelt ist. Es ist jetzt so, wie es ist. Aber es wird noch einmal deutlich, dass eben nicht überall, wo Energiewendeminister draufsteht, auch Energiewende drin ist.

Zurück zum **Windenergie-Erlass**. Da gibt es den Kriterienkatalog. Stand Mai waren darin Sätze enthalten, die im krassen Widerspruch zu dem stehen, was Energiewendeminister Habeck eben so sagt,

und was auch in diesem Bericht hier so steht. Im Bericht steht beispielsweise auf Seite 43 im Kapitel „Steigerung der regionalen Wertschöpfung“, dass Sie die Beratungsinitiativen zum Aufbau von Genossenschaften und Bürgerenergieprojekten unterstützen wollen. Wenn man dann einmal schaut, was in den Kriterien zur Ermittlung geeigneter beziehungsweise ausgeschlossener Flächen für Regionalpläne steht, liest man dort einen Satz, der lautet:

„WKA sind primär wirtschaftliche Tätigkeit der Anlagenbetreiber. Das öffentliche Interesse Energiewende (Wohl der Allgemeinheit) spielt nur nachrangig eine Rolle.“

Das ist wirklich ein Schlag ins Gesicht, gerade ins Gesicht der Windkraftbranche und insbesondere ins Gesicht der zahlreichen Bürgerwindbeteiligten.

Ich frage mich, was so ein Satz im Erlass oder im **Kriterienkatalog** zu suchen hat.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ein drittes und letztes Thema, das ich noch ansprechen möchte, sind die **Netze und Netzentgelte**. Das hatten Sie eben auch erwähnt, und das waren auch die Schwerpunkte in den letzten Energiewendeberichten. Da erinnere ich an einen FDP-Antrag, Drucksache 18/2090, zum Thema bundeseinheitliche Netzentgelte einzuführen. Der liegt noch im Wirtschaftsausschuss. Ich plädiere dafür, dass wir zeitnah einen Beschluss dazu fassen; denn mittlerweile hat auch diese Idee einen prominenten Unterstützer, und zwar Herrn Dr. Habeck, der sich in den „sh:z“-Blättern mit dem Satz „Energiewende-Netzkosten müssen solidarisch getragen werden“ zitieren ließ. Außerdem gibt es mittlerweile eine Entschließung des Landtags aus Mecklenburg-Vorpommern dazu. Im Übrigen - das ist mein abschließender, freundschaftlich gemeinter Hinweis - ist es auch so, dass sämtliche grünen Landtagsfraktionen in den ostdeutschen Bundesländern diese Forderung unterstützen. Wenn Sie da bundesweit für sich werben und bei Ihren ostdeutschen Parteifreunden beliebt werden wollen, gebe ich Ihnen den Tipp, unsere Idee zu unterstützen, sodass wir uns im Landtag vielleicht in der nächsten Tagung für **bundeseinheitliche Netzentgelte** aussprechen können. Warme Worte alleine genügen nämlich nicht, es müssen auch Taten folgen, insbesondere vom Minister. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein liegt bei der Energiewende und beim Klimaschutz im angepeilten Zeitplan. Die natürlichen Gegebenheiten - allseits viel Wind - legen bei uns den Grundstein für den Erfolg; denn bislang - das muss man mit Blick auf andere Bundesländer fairerweise auch sagen - stützt sich unsere Rolle als Vorreiter insbesondere auf die vielen Windmühlen, die sich bei uns häufiger drehen als anderswo.

Die Landesregierung zieht aus diesem Umstand auch weiterhin die richtigen Schlüsse. Der **Ausbau der Windenergie** bleibt - mit Blick auf die geplatzten Regionalpläne derzeit allerdings unter einem etwas unglücklichen Vorzeichen - das vorrangige Ziel. Relativ neu ist, dass nun der **Wärmeenergiemarkt** verstärkt in den Fokus genommen wird. Wir haben es schon diskutiert, ich will es trotzdem erwähnen: Auch das halte ich für vernünftig, denn wie der Bericht zeigt, ist der Energiebedarf hier am Größten, folglich also auch das Potenzial, Energie einzusparen. Leider - kann man sagen, muss man sagen - haben wir hier im Gegensatz zum Elektrizitätspotenzial Wind gegenüber anderen Bundesländern keinen ultimativen Vorteil zur Hand.

Die **Einsparung im Wärmesektor** ist und bleibt mühsam und kostenaufwendig. Es ist zwar richtig, dass unser Energiewendeminister sagt, dass die Wärmewende der ungehobene Schatz der Energiewende sei, aber wir diskutieren die damit verbundenen Herausforderungen bislang zu selten.

Die Hamburger beispielsweise machen sich schon seit vielen Jahren Gedanken darüber, wie sich die **Wärmedämmung** mit den klassischen norddeutschen Klinkerbauten verträgt. Imitationen aus Kunststoff lassen die Fassaden von Weitem zwar originalgetreu aussehen, aus der Nähe betrachtet aber geht ein gutes Stück norddeutscher Identität verloren. Für Städte wie Flensburg und Lübeck ist diese Frage mit Sicherheit ebenso relevant wie für Hamburg. Innendämmung wäre eine Lösung, nur geht dabei der Kachelofeneffekt verloren.

Ebenso stellt sich die Frage nach dem richtigen Dämmstoff. Das vielfach verwendete Polystyrol ist aufgrund der kurzen Haltbarkeit derzeit die denkbar schlechteste Lösung, weil es sich für Immobilienbesitzer einfach nicht lohnt, die Investitionen nach

30 Jahren wieder aus den Wänden zu reißen. Aus diesem Grund sollten wir darüber nachdenken, nur qualitativ hochwertige, langlebige Dämmstoffe zu fördern.

(Beifall PIRATEN)

Die konsequente **Nutzung der Wärme aus Biogasanlagen** hingegen ist ein wichtiger Ansatz, der bei uns unbedingt weiter intensiviert werden sollte. Ebenso wichtig ist es uns, bei der Biomasse vom Silomais wegzukommen und verstärkt auf Bioabfälle zu setzen. Denn wie der Bericht der Landesregierung richtig feststellt, ist der klimawirksame Immissionsanteil der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich deutlich zu hoch.

Ich habe schon beim letzten Energiewendebericht erwähnt, dass das **Treibhauspotenzial** von Methan etwa 25-mal und das von Lachgas rund 300-mal größer ist als das von CO₂ - ein Umstand, der aus meiner Sicht in zukünftigen Klimaschutzberichten unbedingt Berücksichtigung finden sollte. Es wäre sinnvoll, die erfreulichen schleswig-holsteinischen Werte bei den Kohlendioxidemissionen ins Verhältnis zur Klimawirkung unserer Lachgas- und Methanemissionen zu setzen.

Im Übrigen möchte ich daran erinnern, dass der **Mais** die Bodenpreise in die Höhe treibt und auch mit Blick auf die Bienenproblematik nicht gerade das Ideal ist. Diese indirekten Kosten lassen die Bioenergie alles in allem nicht sonderlich gut aussehen.

(Unruhe)

Nicht zuletzt werden wir das begrenzte Potenzial der Bioenergie zukünftig verstärkt für den Betrieb von Schiffen und Flugzeugen benötigen. Die Stena Germanica fährt bereits mit Methanol; mit der Umrüstung weiterer Fähren wird der Bedarf steigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Energieübertragung und -speicherung sind die Themen der Zukunft. Als Fürsprecher der **Bürgerenergiewende** finden wir PIRATEN den Bericht und die nächsten Schritte außergewöhnlich gut.

Ich komme zum Schluss. Angesprochen auf Ideen und Visionen an dieser Stelle möchte ich von der letzten Sitzung des Beirats für Energiewende und Klimaschutz eine Bitte unterstreichen. Das Format, das die Landesregierung mit diesem Beirat gewählt hat, ist gut. Es bringt neue Initiativen, es bringt die Verzahnung unterschiedlicher Interessen. Dieses Format sollte auch über das Jahr 2017 hinaus beibehalten werden. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Angelika Beer)

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Im Vergleich zu anderen Bundesländern zeichnete sich Schleswig-Holstein im Bereich der erneuerbaren Energien bereits frühzeitig aus. Lange bevor die Energiewende beschlossen wurde, waren wir Vorreiter im Bereich der Windenergie. Hier haben Pioniere etwas angeschoben, und zusammen mit Forschung und Entwicklung über die Produktion von WKA bis zur Gewinnung von Windstrom ist die Windenergie zu einem Erfolgsmodell für das Land geworden.

Bereits damals zeichnete sich Schleswig-Holstein durch seine Innovation und den Mut aus, hier voranzugehen. Heute profitieren wir maßgeblich von diesem Pionierdrang. Angefangen als Nischensektor hat sich die **Windkraftwirtschaft** bei uns im Land zu einem echten Wirtschaftssektor entwickelt. Auch die Zahlen aus dem Bericht machen dies deutlich. So ist davon auszugehen, dass wir in Schleswig-Holstein bis 2025 rechnerisch mindestens dreimal so viel erneuerbaren Strom produzieren, wie hier verbraucht wird. Dabei hat der Windstrom - onshore und offshore - den bei Weitem größten Anteil, gefolgt von Photovoltaik und Biomasse.

Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** ist aber nur so gut, wie wir ihn wirklich nutzen können. Das heißt, es muss gelingen, den Strom zum Verbraucher zu leiten. Das ist derzeit die große Herausforderung. Hier spielt der Netzausbau eine maßgebliche Rolle. Aber wir wissen auch, dass gerade der **überregionale Netzausbau** nicht immer die gewünschte Geschwindigkeit hat. Das ist bedauerlich, aber dadurch entsteht andererseits der Druck, verstärkt nach Speicherlösungen zu suchen.

Das heißt, wenn es nicht gelingt, den Strom direkt und unmittelbar zum Endverbraucher im Süden zu transportieren, dann müssen wir Wege finden, dass der produzierte Strom nicht verloren geht und stattdessen hier gespeichert werden kann, damit er zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung steht. Dieser Druck wird gerade in Schleswig-Holstein durch die Zunahme der erneuerbaren Energien und den **Ausstieg aus der Kernenergienutzung** zu spüren sein.

Der Bericht gibt Aufschluss über Maßnahmen und Projekte im Bereich **Speicher**, die bei uns im Land schon laufen. Da ist zum einen die Speicherinitiative Schleswig-Holstein, die in Zusammenarbeit mit Hamburg sowie Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft läuft. Wir haben die Landesförderrichtlinie Umweltinnovationen. Im Rahmen der **Fort-schreibung des Landesentwicklungsplans** geht es um die Ziele und Grundsätze einer zukünftigen **unterirdischen Raumordnung** zwecks unterirdischer Energiespeicher. Es zeigt sich aber auch, dass bereits in verschiedenen Regionen des Landes an diversen Speichermöglichkeiten gearbeitet wird. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Hochschule und engagierten Menschen vor Ort. Es wird deutlich, dass nicht nur ein erheblicher Forschungs- und Entwicklungsbedarf besteht, sondern auch Umsetzungsbedarf.

Deshalb sage ich: Hier können wir durchweg noch besser werden. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Wille durchaus vorhanden ist. So habe ich aus Gesprächen mit dem Erneuerbare Energie & Speicher e.V. in Flensburg erfahren, dass dort an einem Konzept gearbeitet wird, das darauf abzielt, Flensburg bis zum Jahr 2030 CO₂-frei zu machen, indem überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien in **Wasserstoff** umgewandelt und somit als **Energieträger** für diverse Nutzungen zur Verfügung gestellt wird.

Mir ist klar, dass es sich bei den Speichern um Technologien handelt, die für die breite Nutzung noch nicht weit genug entwickelt sind, aber es wäre wünschenswert, wenn wir es schaffen könnten, den Pioniergeist, der im Land bereits vorhanden ist, zu unterstützen, wie wir es seinerzeit bei der Windkraft getan haben.

(Beifall Olaf Schulze [SPD] und Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schleswig-Holstein hat das Potenzial, und mit dem Gelingen solcher Konzepte steigt auch die Wertschöpfung im Land. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3074 federführend dem Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so be-

(Präsident Klaus Schlie)

schließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldung- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2015 bis 2016 - BVanpG 2015-2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/3053

Bericht- und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/3118

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise sehr gern auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/3053 unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Keine EU-Subventionen für AKW-Neubauten

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3075

Europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3121

Wirt das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. - Dazu gibt es eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Frau Abgeordnete Beer. - Wenn Sie das Wort zur Geschäftsordnung wünschen, hätten Sie es jetzt. Sonst machen wir weiter.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Ich dachte, wir hätten uns darauf geeinigt, dass wir es federführend in den Europaausschuss und mitberatend in den Umwelt- und Agrarausschuss überweisen! Aber okay, dann stimmen wir in der Sache ab!)

- Es gibt Einvernehmen im Haus, dass wir in der Sache abstimmen. Dazu schlage ich Ihnen weiter vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3075, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3121, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das ist kein Abgeordneter. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Fragestunde

Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten

Antrag der Fraktionen der PIRATEN

Ich eröffne die Fragestunde und rufe auf:

Fragestunde

Frage 1

Ich erteile dem Abgeordneten Sven Krumbek das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung: Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass der **Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht** und einer **Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten** die Einführung einer anlass- und verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung von Kommunikations- und Bewegungsdaten der gesamten Bevölkerung vorsieht?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Lange Frage, kurze Antwort: Nein!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zur Beantwortung hat der Minister. - Bleiben Sie gleich hier vorn stehen.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Herr Abgeordneter Krumbeck, ja, die Landesregierung teilt diese Auffassung.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Teilt die Landesregierung die Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts, wonach unserer Rechtsordnung ein Grundrechtseingriff dieser Streuweite bisher fremd ist?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ich habe den letzten Teil nicht verstanden.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Teilt die Landesregierung die Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts, wonach unserer Rechtsordnung ein Grundrechtseingriff dieser Streuweite bisher fremd ist?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Das teilen wir, ja.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Fragen zu diesem Fragekomplex sehe ich nicht.

Ich rufe jetzt auf:

**Fragestunde
Frage 2**

Das Wort hat der Abgeordneten Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister: Lehnt die Landesregierung den Gesetzentwurf ab, und wenn ja, aus welchen Gründen?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ja, die Landesregierung lehnt den Gesetzentwurf ab. Zur Begründung verweise ich auf den Koalitionsvertrag unserer Koalitionsfraktionen. Ich glaube, den Wortlaut brauche ich hier nicht zu wiederholen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten König.

Uli König [PIRATEN]:

Herr Minister, hat die **Landesregierung** Ihre **Ablehnung** öffentlich zum Ausdruck gebracht, als die Leitlinien zur Vorratsdatenspeicherung vorgestellt, der Gesetzentwurf vorgelegt oder in erster Lesung im Bundestag behandelt wurden?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Wir haben unsere Haltung zum Ausdruck gebracht. Wir haben zuletzt im Bundesrat eine **Protokollerklärung** mit ablehnender Formulierung eingebracht. Die kann ich Ihnen gern vorlesen, wenn Sie Wert darauf legen. Ansonsten verweise ich auf das Protokoll des Bundesrates.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Frage zu diesem Komplex hat der Abgeordnete Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Minister, die Protokollerklärung ist natürlich bekannt. Die Frage war, ob Sie die Ablehnung öffentlich zum Ausdruck gebracht haben, als die Leitlinien zur Vorratsdatenspeicherung vorgestellt oder der Gesetzentwurf vorgelegt wurde, das heißt, als eigentlich die öffentliche Debatte darüber lief.

(Zuruf SPD: Was ist denn das?)

Stefan Studdt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ja.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Fragekomplex sehe ich nicht.

Damit rufe ich auf:

Fragestunde**Frage 3**

Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ich frage: Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die nach dem Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten geplante Vorratsdatenspeicherung in umfassender Weise alle Personen treffen soll, die elektronische Kommunikationsdienste nutzen, selbst wenn bei ihnen keinerlei Anhaltspunkt dafür besteht, dass ihr Verhalten in einem auch nur mittelbaren oder entfernten Zusammenhang mit schweren Straftaten stehen könnte?

Stefan Studdt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Abgeordnete Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Stimmt es, dass selbst Kontakte von und zu Berufsheimlichträgern wie Rechtsanwälten, Ärzten und

Psychotherapeuten, geistigen Seelsorgern und Abgeordneten erfasst werden?

Stefan Studdt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Nach dem Entwurf ja.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Danke!)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Fragekomplex sehe ich nicht. Ich rufe jetzt auf:

Fragestunde**Frage 4**

Das Wort hat die Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Minister, teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die nach dem Gesetzentwurf geplante Vorratsdatenspeicherung weder auf die Daten eines bestimmten Zeitraums und/oder eines bestimmten geografischen Gebiets und/oder eines bestimmten Personenkreises, der in irgendeiner Weise in eine schwere Straftat verwickelt sein könnte, noch auf Personen, deren auf Vorrat gespeicherte Daten aus anderen Gründen zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung schwerer Straftaten beitragen könnten, beschränkt ist?

Stefan Studdt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es eine Zusatzfrage? - Das ist der Fall. - Bitte, Frau Abgeordnete.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Trifft es also zu, dass die Vorratsdatenspeicherung fast ausschließlich unbescholtene Bürger betrifft?

Stefan Studdt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ja.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Danke schön!)

Präsident Klaus Schlie:

Ich sehe, weitere Fragen zu diesem Komplex gibt es nicht. Somit rufe ich auf:

Fragestunde**Frage 5**

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Minister, nach Artikel 15 der EG-Richtlinie 2002/58, der sogenannten E-Privacy-Richtlinie, dürfen EU-Mitgliedstaaten von der Pflicht zur frühestmöglichen Löschung von Telekommunikationsverbindungsdaten nur abweichen, wenn dies in einer demokratischen Gesellschaft notwendig, angemessen und verhältnismäßig ist. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die nach dem Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten geplante anlass- und verdachtslose Vorratsdatenspeicherung unverhältnismäßig im Sinne der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und damit europarechtswidrig ist?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, diese Frage stellt sich für die Landesregierung nicht. Unabhängig von dieser Beurteilung lehnt die Landesregierung diesen Gesetzentwurf ab.

Präsident Klaus Schlie:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer. - Bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Minister, dieses **Urteil des Europäischen Gerichtshofs** - wir haben in unseren Fragen Passagen daraus zitiert - wird unterschiedlich gelesen, von den einen so, dass die Bedingungen in diesem Urteil quasi alle erfüllt werden müssen, um ein verhältnismäßiges Gesetz zu machen, von den anderen so, dass es sozusagen ausreicht, eine der Bedingungen zu erfüllen, und dann sei das Urteil quasi nicht mehr anwendbar. Wie ist Ihre Auffassung dazu? Müssen alle Bedingungen erfüllt sein?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ich kann mich nur wiederholen: Diese Fragen stellen sich für die Landesregierung nicht. Wir lehnen den Gesetzentwurf - unabhängig von der Beantwortung dieser Frage - ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich sehe, weitere Fragen zu diesem Komplex gibt es nicht. Ich rufe nun auf:

Fragestunde**Frage 6**

Herr Abgeordneter Torge Schmidt hat das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Minister, welche konkreten Schritte beabsichtigt die Landesregierung, um die Einführung einer anlass- und verdachtslosen **Vorratsdatenspeicherung** auf Bundesebene zu **verhindern**, wie es der Landtag zuletzt mit Beschluss vom 19. März 2015 gefordert hat?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Wie bisher wird sich die Landesregierung im Bundesrat und in den Fachkonferenzen, Innenministerkonferenz, Justizministerkonferenz, gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung wenden. So haben wir dies - das habe ich bereits betont - auch im aktuellen Bundesratsverfahren in einer Protokollklärung deutlich zum Ausdruck gebracht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Torge Schmidt. - Bitte schön.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um eine Vorratsdatenspeicherung zu verhindern. Als Ministerpräsident Albig die Eckpunkte der Bundesregierung zur EG-Novelle ablehnte, hat er diese öffentlich als unsinnig kritisiert, ein Positionspapier erarbeitet und später zusammen mit Ministerpräsi-

(Torge Schmidt)

denten aus vier weiteren Bundesländern einen offenen Brief an die Bundesregierung verfasst. Welche dieser Möglichkeiten - öffentliche Kritik, Positionspapier, offener Brief - will die Landesregierung im Fall der Vorratsdatenspeicherung nutzen, um alles in ihrer Macht stehende gegen die Pläne zu unternehmen?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, ich stelle Ihnen anheim, diese Frage zu beantworten, weil diese Frage sehr weitgehend vom eigentlichen Fragekomplex abweicht.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ich möchte noch einmal betonen: Im Gesetzgebungsverfahren und in den Fachkonferenzen werden wir dieses deutlich zum Ausdruck bringen. Da ist unsere Stimme zum Gesetz gefragt. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Fragen zu diesem Komplex sehe ich nicht.

Ich rufe jetzt die Frage des Herrn Abgeordneten Daniel Günther auf:

Fragestunde

Frage 7

Daniel Günther [CDU]:

Herr Minister, gibt es fachliche Bewertungen der Polizeiabteilung im Innenministerium, des Landespolizeiamtes und des Landeskriminalamtes zur Frage der **Notwendigkeit** oder **Nützlichkeit** von **Speicherfristen** für **Verkehrsdaten**. Wenn ja: Mit welchem Inhalt und mit welchem Ergebnis? Wenn nein: Werden solche fachlichen Bewertungen noch eingeholt?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Aus Sicht der von Ihnen genannten Organisationseinheiten ist das Instrument der Höchstspeicherfristenverpflichtung nützlich.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Daniel Günther? - Bitte.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Minister, wie ist eigentlich Ihre Auffassung zur Vorratsdatenspeicherung?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Meine Auffassung entspricht der Auffassung der Landesregierung. Ich bin Teil dieser Landesregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Wir sind noch beim Fragekomplex Nummer 7. Das Wort dazu hat jetzt der Herr Abgeordnete Uli König zu einer weiteren Frage.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Minister! Gibt es Hinweise darauf, dass Straftäter zur Umgehung einer Vorratsdatenspeicherung Verschleierungsmethoden einsetzen, die eine Rückverfolgung selbst im Verdachtsfall und mit richterlicher Anordnung nicht mehr möglich machen, dass eine Vorratsdatenspeicherung der Strafverfolgung also abträglich sein kann?

Präsident Klaus Schlie:

Auch hier, Herr Minister, verhält es sich so, dass ich Ihnen anheimstelle, diese Frage zu beantworten; denn sie hat mit dem Kern der eigentlichen Fragestellung nichts zu tun.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ich sage Ja zu Ihrer Frage.

(Uli König [PIRATEN]: Danke!)

Präsident Klaus Schlie:

Nun sehe ich eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Minister, teilen Sie die Einschätzung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationa-

(Dr. Patrick Breyer)

les Strafrecht, dass sich auch nach der Beiziehung anderer Informationsquellen keine belastbaren Hinweise darauf ergeben, dass die Schutzmöglichkeiten durch den Wegfall der Vorratsdatenspeicherung reduziert worden wären?

Präsident Klaus Schlie:

Auch hier, Herr Minister, der Hinweis, dass ich Ihnen die Beantwortung der Frage freistelle.

Ich würde mir wünschen, wenn wir entsprechend unserer Geschäftsordnung die weiteren Zusatzfragen tatsächlich an dem Inhalt der Ursprungsfrage orientieren und nicht in einen völlig anderen Bereich abgleiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber, Herr Minister, selbstverständlich ist es Ihnen freigestellt, auch diese Frage zu beantworten, wenn Sie mögen.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ich folge dem Hinweis des Herrn Präsidenten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Komplex sehe ich nicht.

Ich rufe dann die Frage der Frau Abgeordneten Petra Nicolaisen auf:

**Fragestunde
Frage 8**

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Minister, sind der Landesregierung **Ermittlungsverfahren** bekannt, in denen Täter maßgeblich aufgrund der Abfrage von Verkehrsdaten ermittelt werden konnten? Und, wenn ja: Welche Sachverhalte waren überblickshaft Gegenstand dieser Ermittlungsverfahren?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Solche Verfahren sind uns bekannt, ja. Das Landeskriminalamt hat im Innen- und Rechtsausschuss

derartige Fälle in nicht öffentlicher Sitzung am 26. März 2014 dargestellt.

Präsident Klaus Schlie:

Es gibt noch eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten. - Bitte.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Minister, ist die Landesregierung der Auffassung, dass angesichts der genannten Beispiele ein Verzicht auf Mindestspeicherfristen tatsächlich vertretbar ist?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Für die Landesregierung gilt der Koalitionsvertrag.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage zu diesem Fragekomplex möchte der Herr Abgeordnete Dudda stellen. - Bitte schön.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ja, genau zu diesem Fragekomplex. Welche der hier genannten Ermittlungen sind auch ohne Geltung des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung möglich gewesen?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Das vermag ich Ihnen hier nicht zu sagen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das eine Falldarstellung in nicht öffentlicher Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses gewesen ist. Das können wir gern in einer solchen Sitzung wiederholen.

Präsident Klaus Schlie:

Zu diesem Fragekomplex sehe ich nun keine weiteren Fragen mehr. Dann erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein zu einer weiteren Frage:

**Fragestunde
Frage 9**

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Minister, teilt die Landesregierung die Auffassung, dass in der gegenwärtigen Rechtslage der Er-

(Dr. Axel Bernstein)

folg von Ermittlungsverfahren, bei denen Verkehrsdaten für die Ermittlung von Bedeutung sein können, maßgeblich von der Wahl des **Telekommunikationsanbieters** und der konkreten **Vertragsgestaltung** des Verdächtigen abhängt? Und wie bewertet die Landesregierung diesen Zustand?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Ja, das ist uns bekannt. Auch in Kenntnis dieses Zustands gilt der Koalitionsvertrag.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es zu diesem Komplex weitere Zusatzfragen? - Ja, eine hat der Herr Abgeordnete Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Herr Minister, teilt die Landesregierung die Auffassung, dass das Vorhandensein von Spuren bei Straftaten immer vom Zufall abhängt?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Das ist Zufall, ja.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es weitere Wortmeldungen hierzu? - Ja, eine von dem Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer. - Bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Minister, der Kollege Herr Dr. Bernstein hat Fälle von mittels Telekommunikation begangener Straftaten angesprochen. Können Sie bestätigen, dass die **Aufklärungsquote** gerade im Bereich der **Internetdelikte** nach Einführung des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung sogar zurückgegangen ist?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Fragekomplex sehe ich nicht.

Damit ist die Fragestunde beendet.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/3090

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 62 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/3090. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Ich sehe, das ist auch nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/3090 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise auf Folgendes hin: Der Beginn der nächsten, der 34. Tagung, des Landtags ist am Mittwoch, 15. Juli 2015, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg bei den Veranstaltungen und den Diskussionen während der Kieler Woche sowie den Sportlerinnen und Sportlern gute Ergebnisse bei den Segelwettbewerben und viel Wind. Ihnen wünsche ich einen guten Heimweg, einen schönen Feierabend und ein schönes Wochenende.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:37 Uhr